



# Berufsorientierung

**Programme und Projekte von Bund und Ländern,  
Kommunen und Stiftungen im Überblick**

**Petra Lippegaus-Grünau, Franciska Mahl, Iris Stolz**

GEFÖRDERT VOM



**Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung**

Wissenschaftliche Texte

Wissenschaftlic

Texte



Petra Lippegauß-Grünau, Franciska Mahl, Iris Stolz

**Berufsorientierung – Programme und Projekte  
von Bund und Ländern, Kommunen  
und Stiftungen im Überblick**

In dieser Broschüre veröffentlicht das Deutsche Jugendinstitut (DJI) die Ergebnisse einer Recherche, die das Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS) und das DJI im 2. Halbjahr 2009 im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) durchgeführt haben. Die Ergebnisse dieser Recherche wurden ebenfalls im Auftrag des BMBF für diese Broschüre aufbereitet. Die Verantwortung für den Inhalt der Broschüre liegen beim Deutschen Jugendinstitut und dem Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Ebenfalls in die Broschüre aufgenommen wurden einleitende Statements und das Programm einer Fachtagung, die das Land Schleswig-Holstein, die Bundesagentur für Arbeit und das BMBF am 2. und 3. November 2009 in Kiel durchgeführt haben. Die Veröffentlichung dieser Broschüre erfolgt mit Förderung durch das BMBF.

Das Deutsche Jugendinstitut ist ein außeruniversitäres sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut mit Sitz in München und einer Außenstelle in Halle. Das DJI untersucht die Lebenslagen und Einstellungen von Kindern, Jugendlichen, Frauen, Männern und Familien in Deutschland sowie die Handlungs- und Leistungssysteme der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, die sich auf diese Lebenslagen beziehen. Es erarbeitet Empfehlungen zu gesellschaftlichen Entwicklungen und Problemlagen, stellt sozialpolitisch relevante Daten und Orientierungshilfen für Politik und Praxis bereit und entwickelt und begleitet Modellvorhaben.

Das Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik - INBAS GmbH, Offenbach - bietet Forschungs- und Beratungsleistungen in den Bereichen Arbeitsmarkt, berufliche Aus- und Weiterbildung, Beschäftigungsförderung und soziale Integration von gesellschaftlichen Randgruppen in nationalen und internationalen Kontexten an.

© 2010 Deutsches Jugendinstitut e.V.  
Internet: <http://www.dji.de>

Nockherstraße 2  
81541 München  
Telefon (089) 62306-0  
Telefax (089) 62306-162

Außenstelle Halle  
Franckeplatz 1, Haus 12+13  
06110 Halle a. S.  
Telefon (0345) 68178-0  
Telefax (0345) 68178-47

Weitere Exemplare dieser Broschüre können gegen einen Versandkostenbeitrag von EUR 1.45 in Briefmarken pro Exemplar bei der DJI-Außenstelle in Halle angefordert werden

ISBN 978-3-935701-57-0

# Inhaltsverzeichnis

<b>0</b>	<b>Einführung</b>	<b>5</b>
<b>1</b>	<b>Programme und Projekte in Bund und Ländern</b>	<b>11</b>
1.1	Recherche und Überblick	11
1.1.1	Darstellung der Ergebnisse	11
1.1.2	Entwicklungslinien	12
1.1.3	Schwerpunkt der Entwicklung: Programme zur (erweiterten) vertieften Berufsorientierung	12
1.2	Kompetenzfeststellung und Kompetenzentwicklung	14
1.2.1	Konzepte und Zielgruppen	15
1.2.2	Qualitätsstandards	16
1.2.3	Schulische Regelangebote	16
1.2.4	Zielgruppenorientierte Angebote	18
1.2.5	Arbeitsmarktorientierte Angebote	19
1.3	Produktion und Praxis	20
1.3.1	Konzeptlinien und zentrale Ziele	21
1.3.2	Praxis-Projekte in der Schule	21
1.3.3	Unternehmensgeist und Schülerfirmen	23
1.3.4	Schnupperpraktika und begleitete Betriebspraktika	24
1.3.5	Praxistage und Werkstattklassen	25
1.3.6	Produktionsschulen	27
1.4	Berufseignung und Betrieb	29
1.4.1	Bausteine zur Entscheidungsfindung und Einmündung	30
1.4.2	Systematische Gesamtkonzepte	31
1.4.3	Branchenspezifische Berufsorientierung	33
1.5	Berufswahl und Biografiegestaltung	35
1.5.1	Biografiearbeit	36
1.5.2	Modulare Angebote zur Entwicklung von Berufswahlkompetenz	38
1.5.3	Systematisch aufbauende Konzepte zur Entwicklung von Berufswahlkompetenz	39
1.5.4	Programme zur Öffnung des Berufswahlspektrums	40
1.6	Beratung und Begleitung	43
1.6.1	Ergänzende Angebote für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf	44
1.6.2	Sozialpädagogische Konzepte in Kooperation mit Schule	45
1.6.3	Sozialpädagogisch orientierte schulische Konzepte für spezifische Zielgruppen	46
1.6.4	Beratung und Begleitung als integraler Bestandteil schulischer Berufsorientierung	47
1.7	Schulqualität und Schulentwicklung	49
1.7.1	Öffnung der Schulen – Aufbau externer Kooperationen	50
1.7.2	Veränderung der Lehr- und Lernkultur	52
1.7.3	Qualität in den Schulen sichern	54

1.8	Koordination und Kooperation	56
1.8.1	Kooperation mit außerschulischen Partnern	57
1.8.2	Kooperation zwischen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen	57
1.8.3	Regionale Netzwerke	58
1.8.4	Landesweite Strategien	59
<b>2</b>	<b>Berufsorientierung als Gegenstand von kommunaler Bildungspolitik und des Engagements von Stiftungen</b>	<b>65</b>
2.1	Kommunale Programme und Projekte zur Verbesserung von Abschlüssen und Anschlüssen am Ende des Schulbesuchs	65
2.1.1	Ausgangslagen für kommunale Programme und Projekte und empirische Grundlagen dieses Abschnitts	65
2.1.2	Kommunale Strategien zur Verbesserung des Zugangs von Hauptschüler/innen/n zur betrieblichen Ausbildung	66
2.1.3	Mentoren- und Patenprojekte	71
2.1.4	Kommunale Strategien zur Koordination und Qualitätsentwicklung in der Berufsorientierung	78
2.2	Programme und Projekte von Stiftungen zur Verbreitung guter Praxis in der Berufsorientierung	89
2.2.1	Ausgangslagen für Programme und Projekte von Stiftungen und empirische Grundlagen dieses Abschnitts	89
2.2.2	„Starke Schule“: ein Schulwettbewerb als Ausgangspunkt für eine Transferstrategie	90
2.2.3	Das „Siegel berufswahl- und ausbildungsfreundliche Schule“: Transfer guter Praxis durch ein Zertifizierungsverfahren	91
2.2.4	„SENTA! Schule, Entwicklung, Arbeit“: Schulentwicklung als Lernprozess zwischen Schulen	92
<b>3</b>	<b>Tagungsprogramm und Eröffnungsvorträge der Fachtagung „Berufsorientierung – Konzepte, Strategien, Entwicklungstendenzen“ am 2./3.November 2009 in Kiel</b>	<b>95</b>
3.1	Tagungsprogramm	95
3.2	Berufsorientierung als Auftrag der Schulen	101
3.3	Berufsorientierung – zentraler Bestandteil der Qualifizierungsinitiative	104
3.4	Berufsorientierung durch die Bundesagentur für Arbeit – der Einstieg in die Berufswegplanung	110
<b>4</b>	<b>Ausblick</b>	<b>118</b>
<b>5</b>	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>122</b>
<b>6</b>	<b>Anhang</b>	<b>125</b>

## 0 Einführung

*Petra Lippegaus-Grünau, Franciska Mahl, Iris Stolz*

### *Bildungspolitische Ausgangslage*

In ihrer „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“ haben im November 2008 Bund und Länder auf dem „Bildungsgipfel“ in Dresden das Ziel formuliert, dass alle Jugendlichen „einen Schul- und Berufsabschluss schaffen“ sollen (BMBF 2008: 8). Ziel der gemeinsamen Initiative „Abschluss und Anschluss“ ist, (in Kooperation mit der Wirtschaft) die Ausbildungsvorbereitung und den Übergang in Ausbildung, insbesondere für Benachteiligte, zu verbessern (ebd.: 9).

Die dazu getroffenen Vereinbarungen umfassen u. a. folgende Aspekte:

- Um „Jugendlichen ihre Stärken und Schwächen frühzeitig bewusst (zu) machen“, werden die Länder „mit finanzieller Unterstützung durch die Bundesagentur für Arbeit durch systematische Kompetenzprofilierung noch vor dem Schulabschluss den Übergang von den allgemeinbildenden Schulen in die beruflichen Schulen und in das duale System erleichtern“ (ebd.).
- „Berufsorientierung wird an allen allgemeinbildenden Schulen und Förderschulen verbindlich und mit konkreten Maßnahmen gemeinsam mit den Partnern der Schule (Eltern, Berufliche Schulen, Schulträger, Agenturen für Arbeit, Jugendhilfe, Stiftungen, Unternehmen, Gewerkschaften und weitere Akteure vor Ort), auch mit dem Ziel einer Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen und Jungen, durchgeführt.
- Bund und Länder vereinbaren, dass an jeder Schule mit Bildungsgängen, die zu einem Hauptschulabschluss führen, und für Schülerinnen und Schüler in Förderschulen eine vertiefte Berufsorientierung angeboten wird. Dieses Angebot umfasst auch die Förderung lokaler Partnerschaftsnetzwerke. Mit vertiefter Berufsorientierung ab Beginn der Vorabgangsklasse der Sekundarstufe I und dem Ausbau des Praxisbezugs im Unterricht soll der Übergang von Schülerinnen und Schülern in die Ausbildung unterstützt werden. Diese Bemühungen werden durch die modellhafte Erprobung der Berufseinstiegsbegleiter ergänzt. Bund und Länder sind sich einig, dass Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung mit Mitteln der Bundesagentur für Arbeit verstärkt werden“ (ebd.: 9f.).

Die Aktivitäten der Länder, der Bundesagentur für Arbeit, aber auch von Kommunen, Stiftungen und im Rahmen von Programmen der Bundesministerien zur Verbesserung der Berufsorientierung sind vielfältig. In vielen Programmen und Projekten steht „Berufsorientierung“ als Sammelbegriff für umfassendere Konzepte, die über eine verbesserte Vorbereitung auf die Wahl eines Ausbildungsberufes hinaus häufig auch folgende Ziele zum Inhalt haben:

- die Verringerung der Zahl der Schulabsolventinnen und -absolventen ohne Schulabschluss,
- die Verbesserung der Qualität der erworbenen allgemeinbildenden Abschlüsse,

- den Erwerb der Ausbildungsreife,
- das Gelingen von Übergängen am Ende der Sekundarstufe I, und zwar sowohl in Richtung Ausbildung als auch in Richtung eines möglichen weiteren Schulbesuchs,
- die Prävention von Abbrüchen in den Stationen, die an den Besuch der allgemeinbildenden Schulen anschließen.

Wenn im Folgenden von „Berufsorientierung“ die Rede ist, so ist dies im Sinne einer umfassenden Vorbereitung auf das Gelingen von Abschlüssen und Anschlüssen zu verstehen.

## *Vielfalt der Akteure*

Die Vereinbarungen des Bildungsgipfels benennen eine große Zahl von zu beteiligenden Akteuren und machen damit deutlich, dass Berufsorientierung nach dem o. g. Verständnis nicht von einer Institution allein zu leisten, sondern immer auf Kooperation angewiesen ist.

- Blickt man auf die Sekundarstufe I, so sind in jedem Fall die Schulen selbst zentrale Akteure der Berufsorientierung mit Kultusministerien und Schulaufsichtsbehörden „im Hintergrund“ und der Berufsberatung mit dem gesetzlichen Auftrag der Beratung und Vermittlung als Kooperationspartner.

Das Spektrum potenzieller Kooperationspartner bei der Berufsorientierung ist breit gefächert:

- Arbeitsagenturen als Verantwortliche für Programme der „vertieften Berufsorientierung“ und der „Berufseinstiegsbegleitung“;
- Betriebe als Anbieter von Praktika, aber auch als Beteiligte in Lernpartnerschaften mit den Schulen;
- Kammern, Verbände und Arbeitsgemeinschaften der Wirtschaft und Gewerkschaften;
- Jugendämter und freie Träger als Anbieter von Jugendsozialarbeit in den Schulen;
- berufliche Schulen und überbetriebliche Ausbildungsstätten, die Praktikumsorte darstellen;
- Träger der Grundsicherung als Anbieter von Fördermaßnahmen für Jugendliche im Rechtskreis des SGB II;
- Bildungsträger, die Verfahren der Kompetenzfeststellung durchführen;
- Kommunen und Landkreise, die eigene Programme durchführen oder sich mit dem Ziel engagieren, die Vielfalt der Initiativen, Aktivitäten und Angebote von Dritten in ihrer Gebietskörperschaft zu einem konsistenten Ganzen zusammenzuführen;
- Stiftungen, die den Einsatz innovativer Verfahren anregen und Strategien entwickeln, in „Leuchtturmprojekten“ implementierte gute Praxis in die Fläche zu bringen.

Ähnlich breit ist auch das Spektrum potenzieller Kooperationspartner bei der Berufsorientierung in der Sekundarstufe II. In den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe II kommen noch Anbieter von Maßnahmen der Studienorientierung und -beratung hinzu.

## *Verständnis von Berufsorientierung*

Wie die hier vorgelegte Bestandsaufnahme zeigt, gibt es aktuell eine große Vielfalt von Initiativen, Schülerinnen und Schüler gezielt an die Arbeitswelt heranzuführen und auf die Anforderungen der Berufsausbildung und Erwerbsarbeit vorzubereiten. Diese Orientierung auf die Arbeitswelt liegt nicht zuletzt auch im Interesse von Unternehmen, frühzeitig einem drohenden Fachkräftemangel vorzubeugen.

Neben einer Orientierung auf die Arbeitswelt müssen die Jugendlichen sich auch selbst orientieren, sich zurechtfinden, einen eigenen Standort bestimmen und einen Weg planen, der ihren Neigungen und Interessen entspricht. Diese Auseinandersetzung ist umso wichtiger, als „Berufswahl“ längst keine einmalige Entscheidung mehr darstellt, sondern junge Menschen heute Kompetenzen entwickeln müssen, um in immer neuen beruflichen Situationen zu bestehen und wechselhafte Erwerbsbiografien zu bewältigen.

Im Fokus der hier dargestellten Programme und Projekte zur Berufsorientierung stehen Jugendliche, die den Übergang von der Schule in den Beruf bzw. ins Arbeitsleben meistern müssen. Hinsichtlich der Zielgruppen lassen sich zwei Konzepte ausmachen: Ein Teil der Programme und Projekte fasst Berufsorientierung als Aufgabe aller Jugendlichen auf und richtet sich folglich an Schülerinnen und Schüler aller Schulformen bis hin zum Gymnasium. Andere Programme und Projekte haben vor allem diejenigen Jugendlichen im Blick, die beim Wettbewerb um Ausbildungsstellen benachteiligt sind, bei denen Schwierigkeiten im Übergang erwartet werden, also insbesondere die Absolventinnen und Absolventen von Haupt- und Förderschulen.

Die letztgenannten Konzepte haben deshalb in der Regel auch die grundsätzliche Zielsetzung, individuellen und sozialen Benachteiligungen entgegenzuwirken. Dazu wird Berufsorientierung als ein Teil einer ganzheitlichen Lebensplanung verstanden. Entsprechend wird der Blick geöffnet und die Lebenswelt der Jugendlichen mit einbezogen. Zunehmend fassen die Akteure vor Ort Berufsorientierung als gemeinsame Aufgabe auf und kooperieren im Rahmen integrierter Handlungskonzepte.

Mit der Weiterentwicklung der Berufsorientierung ist auch eine Diskussion über einen erweiterten Bildungsauftrag von Schulen verbunden. Der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ hatte 2004 gefordert, Schulen müssten den Erwerb der „Ausbildungsreife“ stärker fördern. Kritiker warfen die Frage auf, ob es ausreicht, junge Menschen für den Arbeitsmarkt „fit zu machen“ (vgl. Rützel 2006: 9). Vielmehr liege die Aufgabe in der Stärkung von Selbstkenntnis, Eigenverantwortung und Entscheidungsfähigkeit (vgl. OECD 2004: 44), um die Jugendlichen zu befähigen, die Klippen im Berufswahlprozess und im späteren Berufsleben zu meistern.

Mit der Erklärung „Berufswegeplanung ist Lebensplanung“<sup>1</sup> hat sich auch der Nationale Pakt am 2. Februar 2009 auf ein breiteres Verständnis von Berufsorientierung geeinigt. In dem genannten Papier wird Berufswegeplanung als Prozess verstanden, den Jugendliche aktiv mitgestalten, und bei dem sie verschiedene Formen der Unterstützung, Begleitung und Förderung erhalten. Im Zentrum steht die/der einzelne Jugendliche mit ihren/seinen Zukunftsperspektiven, ihren/seinen biografischen Brüchen und Chancen.

Dabei übernehmen die an diesem Prozess beteiligten Partner verschiedene Aufgaben und kooperieren untereinander. Eine Schlüsselrolle wird den Schulen zugewiesen:

„Die Schulen werden

- junge Menschen auf den Übergang in die Berufs- und Arbeitswelt durch individuelle Diagnose und Förderung vorbereiten;
- ein über mehrere Schuljahre angelegtes, systematisches Konzept für die Berufsorientierung der Schüler erstellen und umsetzen;
- mit außerschulischen Partnern zusammenarbeiten wie z. B. Unternehmen, Verbänden, Kammern, Jugendhilfe, Arbeitsagenturen und Hochschulen.“

Das Beispiel des „Nationalen Pakts“ spiegelt eine Entwicklung in der Praxis der Berufsorientierung: Ging es zunächst vor allem um die Erfüllung von Anforderungen des Arbeitsmarktes, gerät mehr und mehr die Person der/des Jugendlichen in den Blick, die sich mit diesen Anforderungen auseinandersetzt.

Als dritte Perspektive kommen Programme hinzu, die Berufsorientierung nicht nur als individuellen Prozess der Selbstreflexion und der Auseinandersetzung mit Anforderungen sehen, sondern strukturelle Aspekte des (gefährdeten) Übergangs einbeziehen bzw. in den Mittelpunkt stellen.

## ***Zielsetzung und Aufbau dieser Broschüre***

Kennzeichnend für die aktuelle Entwicklung ist, dass fast alle genannten potenziellen Beteiligten im Feld der Berufsorientierung auch als Initiatoren von Programmen und Projekten auftreten (können). Weil solche Programme und Projekte von sehr unterschiedlichen Akteuren initiiert werden, gibt es keinen zentralen Ort für einen akteursübergreifenden Informationsaustausch über Konzepte, Erfahrungen, Einsichten und Ergebnisse, die bei der Durchführung von Programmen und Projekten in diesem Feld gewonnen werden.

Um einen solchen Austausch zu unterstützen, haben das Land Schleswig-Holstein, das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Bundesagentur für Arbeit am 2. und 3. November 2009 in Kiel zu diesem Thema eine

<sup>1</sup> „Berufswegeplanung ist Lebensplanung – Partnerschaft für eine kompetente Berufsorientierung von und mit Jugendlichen.“ Erklärung der Partner des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland, der Bundesagentur für Arbeit, der Kultusministerkonferenz und der Wirtschaftsministerkonferenz vom 2. Februar 2009, S. 1, <http://www.bmbf.de/pub/berufswegeplanung.pdf> (15.12.09)

Fachtagung durchgeführt. Das Programm dieser Tagung und die einleitenden Beiträge zur Tagung werden am Ende dieser Broschüre dokumentiert. Die Tagungsdokumentation kann auf der folgenden Webseite herunter geladen werden: <http://www.berufsorientierung.inbas.com>.

Der Unterstützung des Austausches dient weiterhin die vorliegende Broschüre, die zentrale Konzepte und Handlungsansätze von Programmen und Projekten zur Berufsorientierung beschreibt und Entwicklungslinien aufzeigt. Ergänzend zur Broschüre stehen Beschreibungen zu einzelnen Programmen und Projekten in tabellarischer Form im Internet zur Verfügung<sup>2</sup>.

Für die Erstellung der Broschüre wurden im Vorfeld vom Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS) und dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) Recherchen zu Programmen und Projekten in diesem Feld durchgeführt<sup>3</sup>. Angesichts der Vielfalt der Aktivitäten und der Dynamik der Entwicklung war eine vollständige Erfassung und Beschreibung nicht möglich. Die in dieser Broschüre beschriebenen Ansätze sind daher exemplarisch gemeint – ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Für die Gliederung dieser Broschüre wurde der folgende Aufbau gewählt:

- Im ersten Kapitel beschreiben Petra Lippegau-Grünau und Iris Stolz (INBAS) Programme und Projekte des Bundes und der Länder. In fast allen Bundesländern hat die Einführung der erweiterten vertieften Berufsorientierung (VBO) durch die Bundesagentur für Arbeit die Entwicklung von Landesprogrammen zur Berufsorientierung befördert. Entstanden sind Programme und Projekte in großer Vielfalt. Bei einer genaueren Untersuchung zeichnen sich aber gemeinsame Entwicklungslinien in diesem bunten Feld ab: einige Programme legen den Schwerpunkt auf Kompetenzen, andere auf Praxis und Berufseignung. Einige wenden sich gezielt an benachteiligte Jugendliche, wollen sie bei ihrer Biografiegestaltung unterstützen, z. B. durch Beratung und Begleitung. Andere beginnen, Schulqualität zu entwickeln oder verändern Strukturen durch mehr Koordination und Kooperation. Konzeptionelle Eckpunkte der Programme und Projekte werden exemplarisch dargestellt.
- Bei den Anbietern von Programmen und Projekten zur Verbesserung der Berufsorientierung sind neben den Ländern, der Bundesagentur für Arbeit und mehreren Bundesministerien in den letzten Jahren auch noch Kommunen und Stiftungen hinzugekommen. Ihre Aktivitäten gehen in mehrere Richtungen: Zum einen haben sie eigene Programme entwickelt und implementiert, zum anderen bemühen sie sich, über die vielfältigen Programme von Dritten Transparenz herzustellen, für eine gleichmäßige Versorgung aller Jugendlichen zu sorgen und Qualitätsstandards zu entwickeln und durchzusetzen. Schließlich haben insbesondere die Stiftungen Programme entwickelt und implementiert, die zum Ziel haben, die in Modellprojekten und „Leuchtturmschulen“ erprobten Konzepte breiter zu transferieren. Die Aktivitäten der Kommunen und Stiftungen sind Thema des von Franciska Mahl (DJI) erstellten zweiten Kapitels.

2 [http://www.dji.de/bibs/9\\_11672\\_berufsorientierung.pdf](http://www.dji.de/bibs/9_11672_berufsorientierung.pdf) und <http://www.berufsorientierung.inbas.com>

3 Eine Auflistung der Programme und Projekte, zu denen vertiefende Informationen erhoben wurden, befindet sich im Anhang.

- In Kapitel 3 dieser Broschüre werden schließlich das Programm der Fachtagung „Berufsorientierung – Konzepte, Strategien, Entwicklungstendenzen“, die im Haus der Wirtschaft in der Industrie- und Handelskammer zu Kiel am 2./3. November 2009 stattfand, sowie die einführenden Beiträge des Gastgebers Schleswig-Holstein, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Bundesagentur für Arbeit dokumentiert. Sie illustrieren anschaulich ein Verständnis von Berufsorientierung als gemeinsamer Aufgabe aller Akteure.
- In einem abschließenden vierten Kapitel wird ein Ausblick auf zukünftige Entwicklungen in diesem Feld skizziert.

# 1 Programme und Projekte in Bund und Ländern

*Petra Lippegaus-Grünau, Iris Stolz*

## 1.1 Recherche und Überblick

Im Vorfeld der bundesweiten Fachtagung „Berufsorientierung – Konzepte, Strategien, Entwicklungstendenzen“ führte das Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS GmbH, Offenbach) eine Recherche zu aktuellen Aktivitäten zur Berufsorientierung in den Ländern und auf Bundesebene durch. Die Befragung erfolgte schriftlich (über Briefverkehr und per E-Mail). Die Kultus-, Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialministerien aller sechzehn Bundesländer wurden über die Staatssekretäre und Staatssekretärinnen angeschrieben und um Auskunft zu ihren aktuellen Programmen und Projekten mit „guter Praxis“ gebeten. Im Mittelpunkt des Interesses standen Zielsetzungen, Zielgruppen und konzeptionelle Schwerpunkte wie auch vorliegende Erfahrungen mit der Umsetzung. Ergänzend dazu wurde eine Internetrecherche zu Aktivitäten der Berufsorientierung durchgeführt.

Aus allen 16 Bundesländern sind insgesamt 31 Rückmeldungen aus Kultus-, Wirtschafts- und Sozialministerien eingegangen. Die meisten Rückmeldungen gingen aus den Kultus- und Wirtschaftsministerien ein, hier liegen mit 14 Rückmeldungen aus den Kultusministerien und 12 Rückmeldungen aus dem Wirtschaftsministerien Rückmeldungen aus fast allen Ländern vor. Rückmeldungen aus den Arbeits- und Sozialministerien gab es mit 5 Rückmeldungen nur vereinzelt. Bereits in den Rückmeldungen wurde deutlich, dass in einzelnen Bundesländern Berufsorientierung ressortübergreifend angelegt ist. Es gab Verweise auf landesweite Rahmenvereinbarungen und gemeinsame Programme und Projekte.

Die Rückläufe wurden gesichtet, um vorhandene Informationen aus der Internetrecherche und aus vertiefenden Telefoninterviews ergänzt und in Form von Projektbeschreibungen aufgearbeitet. Der Erhebungszeitraum für die Befragung, Nachfragen und Recherchen lag zwischen dem 15. August und dem 30. Oktober 2009.

Die Ergebnisse dieser Recherche werden in diesem Kapitel vorgestellt. Dieses erste Kapitel gibt einen Überblick über zentrale Ergebnisse, die folgenden sind nach thematischen Schwerpunkten geordnet, sie bilden zentrale Entwicklungslinien ab.

### 1.1.1 Darstellung der Ergebnisse

In der folgenden Ergebnisdarstellung werden Projekte, Programme und Konzepte exemplarisch dargestellt. Ziel der Darstellung ist es, einen Einblick in die vielfältigen Konzepte, Strategien und Entwicklungstendenzen in Bund und Ländern zu geben. Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Projekte, die im Rahmen dieses Überblicks nicht im Einzelnen aufgeführt werden können. Die Ergebnisse der Befragung erheben deshalb ausdrücklich keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Sie werden für unterschiedliche Interessen in zweierlei Form veröffentlicht:

- Wer einen Überblick über zentrale Entwicklungslinien sucht, findet diese in dieser Broschüre. Sie stellt Tendenzen dar – analog zur Tagung „Berufsorientierung – Konzepte, Strategien, Entwicklungstendenzen“ am 2. und 3. November 2009 in Kiel. Programme und Projekte werden in einen thematischen Kontext gebracht und einzelne exemplarisch vorgestellt.
- Wer gezielte Informationen über Aktivitäten in einem Land oder über einzelne Projekte haben möchte, erhält diese im Netz. Maßgebliche Projekte jedes Bundeslandes sind in Tabellenform beschrieben und auf der Seite der Dokumentation der Fachtagung (<http://www.berufsorientierung.inbas.com>) abrufbar.

### **1.1.2 Entwicklungslinien**

Die Ergebnisse der Befragung zeigen eine große Vielfalt von Programmen und Projekten zur Berufsorientierung, die in den letzten Jahren in Bund und Ländern entwickelt wurden. Es variieren z. B. das Verständnis von Berufsorientierung, die Zielgruppen, Umfang, Gestaltung und Akteure. Auf den zweiten Blick lassen sich innerhalb dieser Vielfalt gemeinsame Entwicklungslinien ausmachen, denn in vielen Ländern gehen Innovationen in ähnliche Richtungen. Als zentrale Themen zeichnen sich ab:

1. Kompetenzfeststellung und Kompetenzentwicklung
2. Produktion und Praxis
3. Berufseignung und Betrieb
4. Berufswahl und Biografiegestaltung
5. Beratung und Begleitung
6. Schulqualität und Schulentwicklung
7. Kooperation und Koordination

Unter diesen Überschriften wurden auf der Fachtagung „Berufsorientierung“ die Projekte geordnet, sie bildeten die Titel der Foren. Die Rubriken dienen auch in dieser Bestandsaufnahme einer Systematisierung der Programme und Projekte. Nicht immer sind dabei Zuordnungen eindeutig, insbesondere komplexe Programme vereinen unterschiedliche Elemente der Berufsorientierung.

Diese zentralen Entwicklungslinien dienen auch als Überschriften für die folgenden Kapitel. Die mit ihnen verbundenen konzeptionellen Ansätze werden erläutert und einzelne Programme ausführlich vorgestellt, die als exemplarisch für den dargestellten Ansatz (eingefügt in einen Kasten) gelten können. Daneben werden – kürzer gefasst – Bezüge zu weiteren Projekten hergestellt.

### **1.1.3 Schwerpunkt der Entwicklung: Programme zur (erweiterten) vertieften Berufsorientierung**

In allen deutschen Bundesländern gibt es aktuelle bzw. neue Programme und Projekte zur Berufsorientierung. Mit Programm sind an dieser Stelle vor allem landesweite Förderprogramme gemeint, mittels derer zahlreiche unterschiedliche Projekte gefördert werden.

Viele landesweite Initiativen in allen Ländern profitierten von der Einführung der erweiterten vertieften Berufsorientierung – VBO (nach § 241q i. V. m. § 33 SGB III) in das Instrumentarium des Sozialgesetzbuchs (SGB) III. In fast allen Bundesländern sind Programme entstanden, die Mittel der erweiterten vertieften Berufsorientierung nutzen; in der Regel wurden dazu (Rahmen-)Vereinbarungen auf Landesebene zwischen der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit (BA) und dem Land getroffen.

Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung (VBO) und Berufswahlvorbereitung (§ 33 Satz 3 bis 5 SGB III) sollen das vorhandene Angebot der Schulen und der Agenturen für Arbeit ergänzen. Sie zielen u. a. darauf, durch die bessere Vorbereitung auf die Berufswahl den Anteil der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber zu verringern. Angesprochen sind Schüler und Schülerinnen der allgemeinbildenden Schulen. Vertiefte Berufsorientierung setzt sich hier aus verschiedenen Elementen zusammen:

- umfassende Information zu Berufsfeldern;
- Interessenerkundung;
- Eignungsfeststellung/Kompetenzfeststellung;
- Strategien zur Berufswahl- und Entscheidungsfindung;
- fachpraktische Erfahrungen im Betrieb;
- Reflexion eigener Eignung, Neigungen und Fähigkeiten sowie verbesserte Selbsteinschätzung;
- Realisierungsstrategien;
- sozialpädagogische Begleitung und Unterstützung.

Die Maßnahmen sind für die Schüler/innen kostenlos. Nicht gefördert werden Coaching von Einzelpersonen, Koordinierung oder reines Bewerbungstraining. VBO muss bei einer Förderung nach § 33 SGB III in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden und ist auf maximal vier Wochen begrenzt.

Mit der „erweiterten vertieften Berufsorientierung“ (§ 421q SGB III) – i. d. R. subsummiert unter VBO – wurde ab 2007 befristet bis Ende 2010 die Möglichkeit geschaffen, Berufsorientierungsmaßnahmen über einen Zeitraum von vier Wochen hinaus und innerhalb des Unterrichts durchzuführen. Damit besteht auch die Möglichkeit, Elemente modular zu bündeln und kontinuierliche Maßnahmen anzubieten, die das ganze Schuljahr begleiten. Gefördert werden kann nur, wenn sich Dritte mit mindestens 50 Prozent beteiligen, Kofinanzier können sein: Land, Kommune, Kammern, Schulen, Fördervereine der Schulen, Betriebe und in Ausnahmefällen auch Träger oder Trägerverbände. Beabsichtigt ist mit der erweiterten VBO die Initiierung von Landesprogrammen zur Kofinanzierung; hier dürfen auch ESF-Landesmittel eingebracht werden.

Ein großer Teil der im Rahmen der Bestandsaufnahme und der Fachtagung präsentierten Programme geht auf diese Initiative der Bundesagentur für Arbeit zurück. Daneben existiert eine Reihe von weiteren Programmen und Projekten zur Berufsorientierung auf Landesebene. Im Rahmen dieser Befragungen wurden i. d. R. nur die Projekte erfasst, die als Landesprogramme von den Ministerien benannt bzw. im Internet ausgewiesen wurden.

## 1.2 Kompetenzfeststellung und Kompetenzentwicklung

Kompetenz gilt als Antwort auf die Anforderungen, die sich einem Menschen heute stellen. In einer Zeit ständigen Wandels ist der flexible Mensch gefragt, der in immer wieder neuen Situationen mit sich, mit anderen und mit wechselnden Anforderungen zurechtkommt. In der Wissenschaft meint der Begriff Kompetenz i. d. R. Verhaltensweisen, die einem Menschen zur Verfügung stehen, um diese neue Situation zu bewältigen. Dabei stehen nicht sein Wissen und seine Kenntnisse im Vordergrund, sondern deren Anwendung. Mit ihnen verbunden sind Gefühle, Erfahrungen, Einstellungen, persönliche Werte und Normen (vgl. Erpenbeck/Rosenstiel 2003).

Den Menschen selbst helfen Kompetenzen, ihr Leben in Gegenwart und Zukunft zu bewältigen, im Wandel der Zeit handlungsfähig zu sein. Jugendliche sollen frühzeitig lernen, sich selbst einzuschätzen, eigene Interessen und Neigungen zu erkennen und Kompetenzen zu entwickeln, mit denen sie Anforderungen meistern. Dazu ist es notwendig, sich der eigenen Kompetenzen bewusst zu sein, (unentdeckte) Talente aufzuspüren und die Weiterentwicklung der eigenen Kompetenz zielgerichtet anzugehen. Dieser Prozess ist ein selbstbestimmter und individueller, der zur Übernahme von Eigenverantwortung führt. Arbeitsmarkt und Gesellschaft benötigen die Kompetenzen der Menschen; z. B. um in globalisierten Märkten wettbewerbsfähig zu bleiben. D.h. mit dem Begriff Kompetenz sind (mehr oder weniger klare) Erwartungen von außen verbunden.

Am Arbeitsmarkt haben sich die Gewichte der erwarteten Kompetenzen verschoben: Früher standen fachliche Aspekte im Vordergrund, heute ist Fachwissen schnell überholt und niemand mehr „aus“gebildet. Deshalb haben die so genannten Schlüsselkompetenzen an Gewicht gewonnen: Gefragt sind vor allem personale, soziale und methodische Kompetenzen.

Diese bilden – etwas anders formuliert – auch das Zentrum des Kriterienkatalogs zur Ausbildungsreife, in dem der Nationale Pakt für Ausbildungsreife und Fachkräftenachwuchs seine Erwartungen an zukünftige Auszubildende bündelt. Ergänzend kommt vor allem die Berufswahlreife hinzu (vgl. Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland 2006). „Eine Person kann als ausbildungsfähig bezeichnet werden, wenn sie die allgemeinen Merkmale der Bildungs- und Arbeitsfähigkeit erfüllt und die Mindestvoraussetzungen für den Einstieg in die berufliche Ausbildung mitbringt. Dabei wird von den spezifischen Anforderungen einzelner Berufe abgesehen, die zur Beurteilung der Eignung für den jeweiligen Beruf herangezogen werden (Berufseignung). Fehlende Ausbildungsreife zu einem gegebenen Zeitpunkt schließt nicht aus, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt erreicht werden kann“ (Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland 2006: 7).

Mit der Definition der Ausbildungsreife und der dazugehörigen Merkmale haben die Paktpartner zur Klärung der Erwartungen an Auszubildende beigetragen und einen Orientierungsrahmen für die Phase der Berufsorientierung geboten. Gleichzeitig haben sie eine Messlatte definiert, die unter den gegenwärtigen Bedingungen für viele Jugendliche nicht leicht zu erreichen ist.

### 1.2.1 Konzepte und Zielgruppen

Ein großer Teil der untersuchten Programme und Projekte orientiert sich am Ziel der „Ausbildungsreife“. Angebote der Berufsorientierung sollen Schülerinnen und Schüler frühzeitig unterstützen, bis zum Ende der allgemeinbildenden Schule diese Kompetenzen zu entwickeln. Dabei geht es nicht immer um die exakte Erfüllung der im Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife definierten Merkmale.

Das Ziel „Ausbildungsreife“ wird häufig verbunden mit „Berufswahlreife“ und/oder mit dem Erreichen des Hauptschulabschlusses, der „Berufsreife“. Projekte, die dieses Ziel verfolgen, wenden sich häufig an Schülerinnen und Schüler, die explizit abschlussgefährdet erscheinen, seltener an ganze Klassen aus Haupt- und Sonderschulen bzw. an vergleichbaren Schulformen, die auf den Hauptschulabschluss zielen.

Eine große Zahl von Programmen sieht eine Kompetenzfeststellung als wesentlichen Bestandteil der Berufsorientierung vor und wendet sich an Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I. Hier werden unterschiedliche Verfahren angewandt, anhand derer sich die Kompetenzen beobachten und messen oder beschreiben lassen: Verbreitet sind Berufswahltests, d. h. Verfahren zur Selbstbeschreibung, die häufig am PC ausgeführt werden. In vielen Schulen werden Portfolios wie der Berufswahlpass<sup>4</sup> eingesetzt, einige Schulen nutzen auch andere biografieorientierte Verfahren wie den Profilpass<sup>5</sup> oder andere Kompetenzbilanzen.

In Programmen und Projekten kommen darüber hinaus Verfahren zum Einsatz, die höhere Ansprüche an die Rahmenbedingungen stellen, handlungsorientierte Verfahren wie Arbeitsproben (z. B. der „hamet 2“<sup>6</sup> oder Assessment-Center<sup>7</sup>). Wenn man Kompetenz als Verhaltensweise versteht, sind diese handlungsorientierten Verfahren besonders geeignet, diese zu beobachten.

Die Schülerinnen und Schüler bekommen darin die Möglichkeit, eigene Kompetenzen zu erleben und Stärken zu zeigen, das eigene Profil zu entdecken und Verantwortung zu übernehmen und selbstbestimmte Wege zu beschreiten.

Die Ergebnisse der Kompetenzfeststellung bilden die Grundlage für eine gezielte individuelle Förderung zur systematischen Kompetenzentwicklung. In Einzelgesprächen werden mit den Jugendlichen die ermittelten Kompetenzen und Ansatzpunkte für ihre Weiterentwicklung besprochen. Die Schülerinnen und Schüler formulieren Ziele; gemeinsam wird überlegt, wie diese erreicht werden können, welche Aufgaben der/die Jugendliche eigenverantwortlich übernimmt und welche Unterstützung dabei hilfreich ist.

Um Kompetenzen gezielt zu entwickeln, bieten einige Projekte gezielte Trainings an, z. B. Sozialtrainings oder erlebnispädagogische Angebote. Andere Konzepte basieren auf der Erkenntnis, dass Kompetenzen sich vor allem in der Praxis entwickeln (vgl. z. B. Rauner/Grollmann/Martens 2007 und Niemeyer 2005) und kombinieren die Kompetenzfeststellung mit Praxisangeboten.

4 <http://www.berufswahlpass.de> (15.12.2009)

5 <http://www.profilpass-online.de> (15.12.2009)

6 Vgl. <http://www.hamet.de> (15.12.2009)

7 Vgl. Profil AC Kap. 1.2.3

### 1.2.2 Qualitätsstandards

Viele Modellprojekte und Programme sind darauf ausgerichtet, Standards für die Kompetenzfeststellung zu entwickeln bzw. einzuhalten. Ein Teil der Projekte orientiert sich an den „Qualitätsstandards für die Kompetenzfeststellung im Übergang Schule – Beruf“, die im Rahmen des Programms „Kompetenzen fördern – Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ (BQF) entwickelt wurden (vgl. Druckrey 2007).

Diese differenzieren

- pädagogische Prinzipien (z. B. die Subjektorientierung, die besagt, dass der/die Teilnehmende und seine/ihre Kompetenz im Mittelpunkt steht),
- Standards zur professionellen Durchführung (z. B. geschultes Personal, d. h. Fortbildungen sind unerlässlich)
- Standards zur systematischen Beobachtung von handlungsorientierten Verfahren (z. B. die mehrfache Beobachtung eines Merkmals, um Zufallsergebnisse zu vermeiden).

### 1.2.3 Schulische Regelangebote

Programme und Projekte, die die Kompetenzfeststellung als schulisches Regelangebot anstreben, bilden bislang die Ausnahme.

Das Programm „Kompetenzanalyse/Profil-AC“ in Baden-Württemberg ist ein Beispiel dafür, wie diese Qualitätsstandards auch unter schulischen Bedingungen umgesetzt werden können. Dieses Programm weist einige Besonderheiten auf: Die Kompetenzfeststellung und -entwicklung bildet den Kern des Projekts. Sie wird flächendeckend umgesetzt und das zurzeit in der Hauptsache durch Lehrkräfte selbst. Alle Lehrkräfte erhalten eine entsprechende Schulung. Das Programm stärkt und erweitert die diagnostische und die Förderkompetenz der Lehrerinnen und Lehrer, und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung von Schulqualität (s. Kap. 1.7).

#### **Kompetenzanalyse/Profil AC an allgemeinbildenden Schulen und an beruflichen Schulen – Baden-Württemberg**

Das Kultusministerium in Baden-Württemberg führt mit dem landesweiten Modellprojekt „Kompetenzanalyse/Profil AC“ flächendeckend ein Diagnoseverfahren zur Erhebung der überfachlichen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern ein. Das Projekt richtet sich an alle Schülerinnen und Schüler der Klassen 7 in Haupt- und Sonderschulen und darüber hinaus an Schülerinnen und Schüler des Berufseinstiegsjahres und ab Mai 2010 auch an Schülerinnen und Schüler des Berufsvorbereitungsjahres der beruflichen Schulen.

Durch das Projekt sollen die überfachlichen Kompetenzen einer jeden Schülerin /eines jeden Schülers erfasst, ihre Stärken anerkannt und als Ansatzpunkte für eine konsequente individuelle Förderung unter Einbeziehung der Schüler/innen als wichtige Partner des Lernprozesses genutzt werden.

Eingesetzt wird das Kompetenzfeststellungsverfahren Profil AC, ein Verfahren zur Erhebung der für die Ausbildungsreife erforderlichen überfachlichen Potentiale über Verhaltensbeobachtungen und in den beruflichen Schulen auch über Tests und Arbeitsergebnisse. Die Kompetenzanalyse Profil AC an Schulen<sup>8</sup> versteht sich als ein Assessment Center (AC) zur Förderung. Es umfasst standardisierte Einzel- und Gruppenaufgaben in fünf Kompetenzfeldern (Methodenkompetenz, Sozialkompetenz, Personale Kompetenz, Berufsspezifische Kompetenz, Kulturtechnische Kompetenz) mit bis zu 18 beobachtbaren Merkmalen im Bereich der allgemeinbildenden Schulen und bis zu 20 Merkmalen im Bereich der beruflichen Schulen. Die Verfahren bauen aufeinander auf und haben ein gemeinsames Grundgerüst.

Für die Kompetenzanalyse ist ein Bearbeitungszeitraum von ein bis drei Wochen vorgesehen. In Gruppen (maximal acht Schülerinnen und Schüler) werden in den Hauptschulen sechs, in den Sonderschulen acht und in den beruflichen Schulen neun Aufgaben verpflichtend bearbeitet. Zusätzlich werden optionale Aufgaben zur Verfügung gestellt, z. B. Konzentrationstest, Lerntypentest. Im Anschluss an die Aufgaben füllen die Schüler einen Selbsteinschätzungsbogen aus. Jede Gruppe wird bei der Bearbeitung der Aufgaben von zwei bis drei Lehrkräften begleitet, die ihre Beobachtungen schriftlich festhalten und sie in einem Beurteilungsbogen zusammenfassen. Die Lehrkräfte erstellen mit Hilfe der Software für das Analyseverfahren das individuelle Kompetenzprofil und besprechen es mit der Schülerin oder dem Schüler. Gemeinsam werden Förderziele und Fördermaßnahmen sowie Verantwortlichkeiten erarbeitet und in einem Förderplan gesammelt. Das Kompetenzprofil, als wichtiges Element der Berufswegeplanung bzw. Berufsvorbereitung, zeigt Fähigkeiten und Talente der Schülerinnen und Schüler auf, die ein Zeugnis nicht abbilden kann. Das Profil soll auch ein Instrument dafür sein, Berufsvorstellungen zu entwickeln, die den Stärken der Jugendlichen besonders entsprechen.

Die Lehrkräfte, die das AC durchführen, unterrichten in der Regel in den Klassen und fungieren als Bindeglied zwischen AC / Schüler/innen und den weiteren Lehrkräften in der Klasse. Die Ergebnisse des AC und die Förderpläne werden in den Klassenkonferenzen besprochen.

Ein zentraler Bestandteil des Modellprojekts bildet die Qualifizierung der Beteiligten. Die Lehrkräfte bereiten sich in mehrtägigen Schulungen auf die Durchführung des Verfahrens an den Schulen vor.

Das Projekt wird durch ein im Kultusministerium Baden-Württemberg angesiedeltes Projektbüro koordiniert. Seit September 2008 unterstützen regional 48 Verfahrensexperten, die den regionalen Schulämtern zugeordnet sind, die Haupt- und Sonderschulen sowie 16 Multiplikatoren die beruflichen Schulen und wirken an der Weiterentwicklung des Profil AC mit.

Das Projekt wird von MTO – Psychologische Forschung und Beratung GmbH Tübingen wissenschaftlich begleitet.

*Weitere Informationen: <http://www.kultusportal-bw.de>*

8 Das Verfahren wurde mit dem CJD Offenburg entwickelt. Weitere Informationen zum Verfahren unter [www.cjd-offenburg.de](http://www.cjd-offenburg.de).

#### 1.2.4 Zielgruppenorientierte Angebote

Während in Baden-Württemberg die Kompetenzfeststellung für alle Schülerinnen und Schüler ausgebaut wird, richten sich in anderen Ländern diese Angebote oft gezielt an Abschlussgefährdete.

Dazu arbeiten Schulen mit externen Partnern z. B. aus der Jugendberufshilfe zusammen. Diese führen die Kompetenzfeststellung durch und verzahnen sie mit Elementen intensiver Betreuung/Beratung, auch unter der Überschrift „Coaching“ oder „Case Management“ (s. Kap. 1.6).

Das Projekt BRAFO aus Sachsen-Anhalt, das in Kapitel 1.6 ausführlicher vorgestellt wird, zielt auf die Berufswahlreife. Dazu verbindet es die Kompetenzfeststellung zunächst mit einem Praxismodul in Werkstätten. Es folgen Zielvereinbarungsgespräche unter Einbeziehung der Eltern und Lehrkräfte. Im Anschluss an ein begleitetes Praktikum werden diese Zielvereinbarungen fortgesetzt. Innerhalb von BRAFO kommt eine Reihe unterschiedlicher Instrumente zur Anwendung, die der Kompetenzfeststellung und -entwicklung dienen: Stärken-Schwächen-Profil, Schülerbegleitheft, Berufswahlpass, computergestützter Berufs-, Interessen- und Neigungstest, individuelle Förderpläne sowie Auswertungsgespräche der Bildungsträger mit Schüler/innen/n, Eltern und Lehrer/innen/n. Der Ansatz, Kompetenzfeststellung, individuelle Förderung, Begleitung und Werkstat-terfahrung zu verbinden, liegt auch den Berufsstarterklassen in Niedersachsen zugrunde.

#### **Modellprojekt „Abschlussquote erhöhen – Berufsfähigkeit steigern“ – Niedersachsen**

Das Modellprojekt wird in Kooperation der Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Niedersachsen und dem Land Niedersachsen, vertreten durch das Kultusministerium, durchgeführt.

Die Zielgruppe bilden Schülerinnen und Schüler, die nach Einschätzung der Lehrkräfte voraussichtlich den Hauptschulabschluss nicht erwerben werden. Landesweit wurden an 46 Hauptschulstandorten so genannte Berufsstarterklassen mit jeweils ca. 20 Schülerinnen und Schülern eingerichtet<sup>9</sup>. Mit den Projekten soll erreicht werden, dass die abschlussgefährdeten Schülerinnen und Schüler durch intensive Begleitung, Betreuung und Förderung ihrer Lernmotivation sowie einer Verzahnung von Theorie (Unterricht) und Praxis (Betrieb) den Hauptschulabschluss erreichen und erfolgreich in eine Ausbildung übergehen. Dazu erhalten Schülerinnen und Schüler an drei Tagen in der Woche Unterricht in der Hauptschule und absolvieren an zwei Tagen Praktika in Betrieben. Die Teilnahme der Schülerinnen und Schüler am Modellprojekt ist freiwillig und erfolgt nach einem Auswahlverfahren.

9 Parallel dazu wird das vergleichbare Modellprojekt „Vertiefte Berufsorientierung und Praxisbegleitung an Hauptschulen“ an weiteren 22 Standorten durchgeführt, sodass in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt in Niedersachsen diese besondere Förderung für lernschwächere Schülerinnen und Schüler angeboten wird.

Zu Beginn des Projekts wird durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Trägers (s.u.) ein fünftägiges Kompetenzfeststellungsverfahren durchgeführt, mit dessen Hilfe das Maß der erworbenen Kulturtechniken, Bildungsfähigkeit, berufliche Interessen, soziale Kompetenzen sowie Schlüsselkompetenzen ermittelt werden. Im Anschluss daran erfolgt die Bildung der so genannten Berufsstarterklassen an den Projektschulen.

Jeder Projektklasse ist eine Berufsstartbegleiterin/ein Berufsstartbegleiter fest zugeordnet. Externe Träger sind verantwortlich für die Auswahl von Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie deren Ausbildung zu Berufsstartbegleiterinnen und -begleitern. Sie begleiten die Schülerinnen und Schüler in Zusammenarbeit mit den Klassenlehrkräften, den Erziehungsberechtigten sowie den Praktikumsbetrieben. Das Aufgabenspektrum der Berufsstartbegleitungen reicht vom Case Management (Erstellen von Bildungs-, Förder- und Entwicklungsplänen; Begleitung der Prozessschritte; ggf. Zusammenarbeit mit kommunalen sozialen Diensten) bis zum Bewerbungstraining und Angeboten zur Berufsorientierung. Dabei gehören die Praktikumsakquise und die Betreuung der Schülerinnen und Schüler während des Praktikums zu ihren primären Aufgaben.

Weitere Informationen: <http://www.bmw-aqb.de>

### 1.2.5 Arbeitsmarktorientierte Angebote

Wie dieses Projekt zeigt, werden in zahlreichen Projekten die Jugendlichen als Person auch in ihrem sozialen Kontext wahrgenommen und gefördert. Solche Projekte zielen implizit oder explizit nicht nur auf Ausbildungsreife (und somit auf eine berufliche Verwertung der Kompetenzen), sondern darüber hinaus darauf, junge Menschen mit den Kompetenzen auszustatten, die sie zur Lebensbewältigung brauchen.

Stärker an Praxis und Arbeitswelt angebunden ist die Kompetenzfeststellung im Thüringer Projekt „Berufsstart Plus“. Als besonderes Kennzeichen bietet das Programm eine arbeitsmarktorientierte Berufswahlvorbereitung sowie Dienstleistungen für Betriebe. Hier werden Kompetenzfeststellung und Berufseignungstests im Konzept verbunden. Aus den Kompetenzprofilen wird – als Dienstleistung für Betriebe – eine Vorauswahl von Bewerberinnen und Bewerbern getroffen, deren Profile mit betrieblichen Anforderungsprofilen übereinstimmen.

### Fazit

Kompetenzfeststellungen unterscheiden sich zunächst in ihrer Ausrichtung. Die Tendenzen sind dabei eher als Pole zu verstehen, denen die Maßnahmen unterschiedlich stark zuneigen.

Ein Teil ist auf die Anforderungen des Arbeits- und Ausbildungsmarktes ausgerichtet, hier sollen die Ausbildungsreife oder auch die Berufseignung unter-

sucht werden. Diese Art der Kompetenzfeststellung richtet sich häufig an alle Schülerinnen und Schüler. Die Verfahren variieren; hier werden neben handlungsorientierten Verfahren häufig Berufswahltests eingesetzt.

Ein anderer Schwerpunkt liegt bei Kompetenzfeststellungen, die darauf zielen, die Bewältigungskompetenz der Teilnehmenden zu stärken. Häufig wenden sich diese Maßnahmen an Jugendliche mit Förderbedarf, die befähigt werden sollen, neben beruflichen auch alltägliche, lebensweltliche Anforderungen zu bewältigen. Dazu werden vor allem handlungs- und biografieorientierte Verfahren eingesetzt.

### 1.3 Produktion und Praxis

Praxis ist das Schlüsselwort in der Berufsorientierung, so gut wie alle Projekte haben praktische Anteile. Hier offenbart sich ein enormer (Nachhol-)Bedarf in der allgemeinbildenden Schule: Durch die Trennung der Allgemeinbildung und der beruflichen Bildung in Deutschland hat das praktische Arbeiten, das Produzieren (von Produkten und Dienstleistungen) als Lerngegenstand in den allgemeinbildenden Schulen in der Regel nur eine Randexistenz. „Berufsvorbereitung“ ist in der Berufsschule angesiedelt, z. B. im Berufsvorbereitungsjahr.

Dabei bietet das Lernen durch praktische Erfahrungen große Chancen für die Entwicklung von Kompetenz und persönlicher Identität. Der Arbeitsprozess stellt konkrete Anforderungen an Jugendliche, die sie bewältigen, dazu gehören die Erfahrungen mit Arbeitsgegenständen, mit der Arbeitsorganisation ebenso wie soziale Prozesse (vgl. Rauner 2004).

Neben der Produktion ist die Erfahrung von Ernstsituationen in der Arbeitswelt von erheblicher Bedeutung für Schülerinnen und Schüler. Sie lernen Werkstätten und Betriebe nicht nur kennen, sondern werden zeitweise ein Teil dieser Arbeitsrealität, sie erleben neue Rollen und Regeln, Umgangsformen, Kulturen und Rahmenbedingungen (Arbeitszeiten, Arbeitsrhythmus, Stehen, Kollegialität, „Feierabend“) sowie Verantwortung für ein Produkt/eine Tätigkeit und (greifbare) Erfolge.

Wie die Ergebnisse des Programms „Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben“ zeigen, können insbesondere umfassende Lernkonzepte große Wirkung entfalten, wenn sie Schülerinnen und Schüler aus ihrer „Konsumentenhaltung im Bildungsbereich herauslösen“ und „auf ihre Akteursrolle im arbeitsweltlichen Kontext vorbereiten“ (Butz 2007: 16). „So werden nicht nur einzelne berufs- und arbeitsweltliche Kompetenzen und eindimensionales Fachwissen gefördert bzw. vermittelt, sondern das notwendige Zusammenspiel der Kompetenzen als auch die Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen Ansprüchen und Möglichkeiten können erfahren werden“ (ebd.).

### 1.3.1 Konzeptlinien und zentrale Ziele

Fast alle Programme und Projekte zur Berufsorientierung schaffen Möglichkeiten, sich in praktischer Tätigkeit zu erproben und Arbeitswelt konkret zu erleben. Praxis wird in die Schule geholt, in der Schule werden Praxiserfahrungen vermittelt; Schule kooperiert mit Partnern, damit Jugendliche an anderen Lernorten praktische Erfahrungen sammeln und auswerten können. Zum Teil sind praktische Elemente additiv zum Unterricht; insbesondere für Jugendliche, deren Abschluss gefährdet erscheint, werden aber auch neue didaktische Konzepte entwickelt, in denen Praxis einen deutlich höheren Stellenwert erhält und zum Ausgangspunkt von Lernen wird.

Gemeinsam zielen die Programme darauf, dass Schülerinnen und Schüler berufsbezogene Kompetenzen entwickeln, Einblicke in die Arbeitswelt bekommen und erste Erfahrungen mit eigener Tätigkeit machen. All dies soll als Grundlage für eine berufliche Orientierung dienen und gleichzeitig zum schulischen Lernen motivieren.

### 1.3.2 Praxis-Projekte in der Schule

Einen ersten Kontakt zu praktischem Lernen stellen Angebote her, die in der Schule in der Regel unter Beteiligung oder in Kooperation mit Fachleuten aus der Arbeitswelt Projekte durchführen bzw. ein Produkt oder eine Dienstleistung produzieren. Diese Projekte sind Bestandteil der Einführung von Berufsfeldern oder Berufen.

Häufig wenden sich diese Projekte an Schülerinnen und Schüler aus dem Hauptschulbereich, die durch diese Arbeitsformen motiviert und ermutigt werden sollen, so z. B. das Projekt „Praxis-Erleben“ des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung. Hier wählen die Jugendlichen im Rahmen eines Projekttagess aus verschiedenen Arbeitsfeldern drei Berufe zum Hineinschnuppern aus, sie fertigen ein konkretes Projekt. Anschließend werden in einem mehrtägigen Vertiefungskurs arbeitsfeldrelevante Fähigkeiten vermittelt. Die Kurse werden von berufserfahrenen Praktikern und Praktikerinnen aus dem Handwerk bzw. Dienstleistungssektor geleitet. Dabei sollen insbesondere regionale Firmen in das Projekt eingebunden werden, um Kontakte zwischen den Schülerinnen und Schülern und den ortsansässigen Betrieben zu knüpfen.

In Brandenburg werden im Rahmen des Programms „Initiative Oberschule“ in einem Teilprojekt der Niederlausitzer Kunstschule in Brieske „Berufe praxisnah vorgestellt“. In 25 Einheiten zu je 90 Minuten führt der Träger zahlreiche Berufe anhand von Praxisaufgaben ein. In einer ersten Einheit finden Gespräche über Arbeitsfelder, Ausbildungsinhalte und Voraussetzungen statt, und die Schülerinnen und Schüler erhalten eine berufsspezifische Aufgabe, die sie möglichst selbstständig allein oder im Team lösen sollen, z. B. die Zusammenstellung eines interessanten Reiseangebotes für die Region im Beruf Reiseverkehrskaufmann/frau oder Touristikassistent/in. In einer zweiten Einheit folgen Exkursionen zu entsprechenden Firmen und Einrichtungen<sup>10</sup>.

10 Stiftung SPI (2009). Angebotsbroschüre für Projekte im Rahmen des Programms Initiative Oberschule für das Schuljahr 2009/10 in den Schulamtsbereichen Cottbus und Wünsdorf

Eine Besonderheit stellt ein solches Projekt noch im Bereich der Gymnasien dar:

### **Projektseminar zur Studien- und Berufsorientierung (P-Seminar) – Bayern**

Speziell für Schülerinnen und Schüler der Gymnasien ist das P-Seminar des Bayerischen Kultusministeriums konzipiert, das eine Brücke schlagen will zwischen Gymnasium und Arbeitswelt.

Das heutige Regelangebot ist aus einem Schulversuch an 50 Gymnasien hervorgegangen, es wendet sich an alle (jährlich 30.000) Schülerinnen und Schüler der 11. und 12. Jahrgangsstufe in Bayern, die nach G 8 beschult werden. Diese Öffnung des Gymnasiums zur Arbeitswelt wird als wesentlicher Teil der Reform der gymnasialen Oberstufe verstanden.

Im Rahmen einer praktikablen, sinnvollen und ergebnisorientierten Projektarbeit vor Ort sollen die Schülerinnen und Schüler die reale Arbeitswelt und ihre Anforderungen kennen lernen und praxisrelevante Kompetenzen erwerben. Gleichzeitig erhalten sie in der Auseinandersetzung mit der konkreten Berufswelt Impulse für ihre eigene berufliche Orientierung.

Dazu führen die Gymnasien zusammen mit externen Partnern ein möglichst praxisrelevantes Projekt durch. Es soll die Schüler in Arbeitsmethoden wie Projektmanagement und Teamarbeit einführen. Als Projektpartner kommen alle Bereiche der Arbeitswelt infrage: Wirtschaftsunternehmen, soziale und kirchliche Einrichtungen, Behörden, Museen, Theater, Verbände und Vereine.

Die Schülerinnen und Schüler arbeiten in Teams (Projektgruppen) an einem konkreten Projektauftrag und in enger Zusammenarbeit mit den Partnern aus der Arbeitswelt. Die Projektaufträge können unterschiedliche Fachgebiete ansprechen und somit auch die Projektgruppen interdisziplinär zusammengestellt sein.

#### Projektbeispiele:

- Ein Kleinunternehmen vergibt an ein P-Seminar den Auftrag, eine Kundenbefragung durchzuführen, zum Beispiel zur Akzeptanz bestimmter Produkte.
- Ein P-Seminar untersucht und entwickelt Einsparmöglichkeiten beim Energiebedarf eines Einfamilienhauses unter Einbeziehung von Architekt, Heizungsbauer, Schreiner und Energieberater.
- Abiturienten entwickeln für das Treppenhaus einer regionalen Klinik einen gestalterischen Gesamtentwurf von der künstlerischen Planung bis zur finanziellen Kalkulation.
- Schülerinnen und Schüler führen gemeinsam mit der örtlichen Naturschutzbehörde ein Naturschutzprojekt durch.
- Eine Theateraufführung der Schule wird mit dem örtlichen Theater vorbereitet.

Die Schülerinnen und Schüler erhalten für die Projektarbeit ein Zertifikat.

#### *Weitere Informationen:*

*[http://www.gymnasium.bayern.de/imperia/md/content/gymnasialnetz/flyer\\_p\\_seminar.pdf](http://www.gymnasium.bayern.de/imperia/md/content/gymnasialnetz/flyer_p_seminar.pdf) und <http://www.sprungbrett-bayern.de>*

### 1.3.3 Unternehmensgeist und Schülerfirmen

In einigen Projekten der Berufsorientierung werden junge Menschen auf eine mögliche Selbstständigkeit vorbereitet, Projekte wie das „Network for Entrepreneurship Deutschland“ (NFTE)<sup>11</sup> wollen frühzeitig unternehmerisches Denken und Handeln fördern.

NFTE, eine internationale Organisation aus dem Bereich der Wirtschaft und der Unternehmensberatung, hat sich zum Ziel gesetzt, junge Menschen mit schlechten Startchancen zu unterstützen. Sie sollen Gelegenheiten bekommen, eine neue, positive Sichtweise zu entwickeln, selbst aktiv zu werden und Mut zur Gestaltung der eigenen Zukunft aufzubauen. Der Lehrplan setzt auf den „spontanen, unverbrauchten Ideenreichtum“ der Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren und vermittelt ihnen das nötige Know-how, um ihre Ideen in die Realität umsetzen zu können. Als gesellschaftliches Ziel will NFTE die notwendige Entwicklung von mehr Selbstverantwortung und Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland beschleunigen. Das Projekt richtet sich an Jugendliche aus Haupt-, Real- und Gesamtschulen, die im Berufsleben geringe Chancen haben. Es wird jährlich ein Preis für die beste Idee ausgesetzt: der „Schülerpreis für Unternehmergeist“. Ein wichtiger Bestandteil des Projektes ist die Schulung der Lehrerinnen und Lehrer.

Neben Rheinland-Pfalz („The Global Enterprise Challenge“) hat auch Bayern einen solchen Wettbewerb, der sich aber auf Gymnasien, Fach- und Berufsober-schulen bezieht. „Play the Market“ ist ein softwarebasiertes Unternehmensplan-spiel. Die Teams erhalten eine CD-ROM mit der Software, einer Demo-Version des Planspielszenarios sowie ein Handbuch. Es beginnt mit einer sechswöchigen Internetrunde, die besten 40 Teams qualifizieren sich weiter für die Zwischen-runde und die „Besten der Besten“ spielen wiederum im Finale um attraktive Preise. Dem Siegerteam winkt eine Reise nach New York. Bei „Play the Market“ wechseln Schülerinnen und Schüler in die Rolle des Geschäftsführers eines mit-telständischen produzierenden Unternehmens. Alle Unternehmen (= Schüler-teams) starten mit der gleichen Ausgangssituation, stellen das gleiche Produkt her und treten auf dem Markt in Konkurrenz zueinander.

In Schülerfirmen werden Jugendliche unter Marktbedingungen unterneh-merisch tätig. Sie planen und produzieren Produkte oder Dienstleistungen und vermarkten sie. Die beteiligten Jugendlichen durchlaufen alle Stationen des Pro-duktionsprozesses – von der Entwicklung der Produktidee, des Produktdesigns, der Kalkulation, die Produkterstellung bis zur Vermarktung. Durch die selbst-ständige Tätigkeit der Schülerinnen und Schüler wird die Schule zum Lebens- und Erfahrungsraum für sie.

Schülerfirmen erweisen sich – u. a. bestätigt durch eine Untersuchung des DJI (vgl. Hofmann-Lun 2007) als besonders geeignet, Selbstbewusstsein, Ei-genständigkeit und Lernmotivation der Jugendlichen zu fördern. Ihr Erfolg liegt darin begründet, dass sie „die Lebenswelten der Jugendlichen in den Schulall-tag integrieren, das Sozialklima in der Schule verbessern und mit der Öffnung der Schule nach außen Einblicke in Wirtschaftsabläufe und Arbeitssituationen ermöglichen“ (ebd.: 9). Dabei werden auch ökologische und soziale Aspekte be-achtet und erlernt.

11 Vgl. <http://www.nfte.de> (15.12.2009)

Es gibt sie mittlerweile bundesweit, allein in Bremen existieren 50 Schülerfirmen. Das Projekt „Schülerfirmen in Bremen“ unterstützt deren Gründung, Nachhaltigkeit und qualitative Weiterentwicklung. Jährlich finden eine Schülerfirmen-Messe und ein Wettbewerb statt; für Lehrkräfte, die mit der Organisation eine anspruchsvolle Aufgabe auf sich nehmen, werden Fortbildungen angeboten.<sup>12</sup>

#### **1.3.4 Schnupperpraktika und begleitete Betriebspraktika**

An das betriebliche Praktikum werden hohe Erwartungen geknüpft: Es geht um weit aus mehr als das Kennenlernen und Ausprobieren eines Berufes, das Praktikum soll einen sinnvollen Baustein in der Biografie bilden, zu Neigungen und Interessen passen, Kompetenzentwicklung unterstützen, neue Lernchancen vermitteln, den Schüler/die Schülerin motivieren, ihm/ihr Zusammenhänge verdeutlichen und neue Zugänge eröffnen. Betriebe möchten über Praktika zukünftige Fachkräfte rekrutieren. Um den Erfolg des Betriebspraktikums abzusichern, arbeitet eine Reihe von Projekten daran, das Praktikum zu optimieren, zu flexibilisieren und Schüler und Schülerinnen sowie Lehrkräfte besser auf das Praktikum vorzubereiten.

In mehreren Ländern und bundesweit wurden Angebote entwickelt, die Schülerinnen und Schülern vor ihrem „Ernstpraktikum“ die Gelegenheit verschaffen, sich in einer Werkstatt zu erproben. So bietet das Programm „Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Werkstätten“ des BMBF (s. Kap. 1.4) die Möglichkeit, bereits in der 8. Klasse eine zweiwöchige Praxisphase „vorzuschieben“, mehrere Berufsfelder auszuprobieren und so in Bezug auf das Betriebspraktikum eine fundierte Entscheidung treffen zu können. In den Programmen BRAFO aus Sachsen-Anhalt und „Berufsstart Plus“ aus Thüringen wird ein solcher Orientierungsbaustein in der Klasse 7 eingesetzt. In beiden Projekten ist – wie auch im Projekt „Startklar!“ in NRW – das „Schnupperpraktikum“ eingebunden in ein Gesamtkonzept, das Bausteine wie Kompetenzfeststellung, Praxiserfahrungen in Werkstätten, begleitete Praktika aufeinander bezieht und Jugendliche durch eine Begleitung systematisch fördert.

Vielfach wird die Unterstützung in diesen Projekten von kooperierenden Trägern in der Regel mit sozialpädagogischem Hintergrund übernommen. Um auch die Kompetenz der Lehrkräfte in diesem Feld zu stärken und die Kooperation mit Externen zu fördern, werden in einigen Programmen z.T. gemeinsame Fortbildungen angeboten.

<sup>12</sup> [www.lis.bremen.de/schuelerfirmen](http://www.lis.bremen.de/schuelerfirmen) (15.12.2009)

### **„Arbeits- und Berufsorientierung für die Zukunft – Lernort Praktikum“ – Bremen**

Das Projekt des Instituts Arbeit und Wirtschaft, Universität/Arbeitnehmerkammer Bremen zielt darauf, Betriebspraktika durch die Qualifizierung von Lehrkräften zu optimieren. In Bremen können die Schülerinnen und Schüler sich durch kontinuierliche Praktika in Betrieben und (berufs-)schulischen Werkstattphasen auf einen Beruf vorbereiten. Sie lernen so die Anforderungen kennen, erleben persönliche Kompetenzen, können diese vergleichen und dies zur Grundlage ihrer Berufsentscheidung machen. Zudem können die Jugendlichen im Praktikum neue Lerninteressen entwickeln, die sie für das Lernen in der Schule motivieren.

Um diese Ziele erfolgreich umzusetzen, benötigen die Schülerinnen und Schüler die kompetente Lernberatung durch ihre Lehrkräfte und das Fachwissen regionaler Experten und Expertinnen der Berufsorientierung. Das Projekt-Team „ABO für die Zukunft“ begleitet die teilnehmenden Schulen bei der kontinuierlichen Verbesserung des Praxislernens und der Entwicklung von Standards für Praktika in der Berufsorientierungsphase. Aufbauend auf die Erfahrungen der am Projekt beteiligten Lehrkräfte werden Bausteine für die Vorbereitung, Durchführung und Reflexion des Praktikums entwickelt. Aus diesen Bausteinen entsteht ein „Baukasten“, in dem Module für den direkten Einsatz im Unterricht aufbereitet sind.

*Weitere Informationen: <http://www.abo-beruf.de>*

#### **1.3.5 Praxistage und Werkstattklassen**

Die im Bremer Projekt bereits genannten kontinuierlichen Praxistage sind in einzelnen Bundesländern Bestandteil des Curriculums. Bei diesem Unterrichtskonzept wird ein Teil der regulären Unterrichtszeit, häufig ein Tag in der Woche, aktiv an einem außerschulischen Lernort, z. B. in einer Werkstatt oder in einem Betrieb verbracht. Die Erfahrungen werden im Unterrichtsfach Arbeitslehre/Wirtschaft-Arbeit-Technik sowie in weiteren Fächern aufgearbeitet.

Ein solches Konzept setzt z. B. das Projekt „Praxislernen“ in mehreren ESF-geförderten Projekten im Rahmen der „Initiative Oberschule“ in Brandenburg um. Hier erbringt die Verbindung der außerschulischen Lernorte mit dem Regelunterricht eine dauerhafte Einbindung der Praxis in das System Schule.

Das Praxislernen schafft für alle Schülerinnen und Schüler der brandenburgischen Oberschulen ab Klasse 7 die Möglichkeit, unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Interessen und ihrem Leistungs- und Entwicklungsstand, im „wirklichen Leben“ zu lernen. Dies beginnt in Klasse 7 in Praxislerneinheiten in geschützten Räumen, wie z. B. in Projektarbeit oder in Schülerfirmen, steigert sich in der 8. Klasse durch regelmäßige Besuche in überbetrieblichen Ausbildungszentren und geht in der 9. und 10. Klasse in betriebliche Praktika über (vgl. Kruse 2009).

### **„Praxistag“ – Rheinland-Pfalz**

Nach positiven Erfahrungen an einigen Standorten wird in Rheinland-Pfalz der „Praxistag“ ausgeweitet. Im laufenden Schuljahr sind 135 Schulen, die zur „Berufsmündigkeit“ führen, beteiligt; vorgesehen ist der landesweite Ausbau im Rahmen der Schulstrukturereform. Der „Tag im Betrieb“ wird zum festen Bestandteil des Stundenplans während der gesamten Schulhalbjahre 8/2 und 9/1.

Bei ihrem Einsatz in einem Unternehmen oder einer Verwaltung lernen die Schülerinnen und Schüler nicht nur den Betrieb kennen, sondern übernehmen eigenverantwortliche Aufgaben. Das Projekt zielt darauf, dass den Schülerinnen und Schülern die „Bedeutung von Anstrengung und Lernen erfahrbar werden: Pünktlichkeit, Genauigkeit und Zuverlässigkeit bekommen einen neuen Stellenwert“ (Anton 2008: 324). Der Praxistag soll einen Motivationsschub für das Lernen bewirken und so dazu beitragen, die Abschlussquoten zu erhöhen.

Dem eigentlichen Praxistag geht ein einwöchiges Blockpraktikum voraus, erst dann beginnt die Phase des kontinuierlichen Praktikums. Einmal monatlich werden die Schülerinnen und Schüler von der betreuenden Lehrkraft besucht, sie wird dafür vom Unterricht freigestellt und kooperiert mit weiteren Beteiligten wie Eltern oder Schulsozialarbeit. Die Ergebnisse des Praxistages werden ausgewertet und dokumentiert, z. B. in einer Arbeitsmappe, einem Praxistagebuch, einem Berufswahlkompass oder einem Portfolio. Die Leistung kann in einem Zertifikat dokumentiert werden.

Als Firmen kommen i. d. R. nur diejenigen infrage, die auch ausbilden und somit eine Übernahmeoption bieten.

Das Element „Praxistag“ kann im Rahmen schulischer Konzepte mit weiteren wie Berufsorientierungscamps, Assessment-Centern oder Bewerbungstrainings verknüpft werden.

*Weitere Informationen: <http://praxistag.bildung-rp.de>*

Vergleichbare Konzepte mit noch höherem Praxisanteil haben sich als erfolgreich für Jugendliche erwiesen, deren Schulabschluss gefährdet erscheint, z. B. „Lernen und Arbeiten in Schule und Betrieb – SchuB“ in Hessen, „Betrieb und Schule – BUS“ in Nordrhein-Westfalen oder Werkstatt-Klassen der Initiative „Du schaffst das!“ im Saarland.

Mit diesen neuen schulischen Konzepten ist – in unterschiedlicher Ausprägung – eine veränderte Lern- und Kooperationskultur verbunden. Im Vordergrund steht die Verbindung von theoretischem und praktischem Lernen; das individuelle, möglichst selbst gesteuerte Lernen, die individuelle Förderung sowie die sozialpädagogische Betreuung erhalten einen deutlich höheren Stellenwert.

Häufig werden Lehrpläne und Stundentafel flexibilisiert, in einigen Klassen bilden die verantwortlichen Lehrkräfte (ggf. zusammen mit einer sozialpädagogischen Fachkraft) ein Team.

In Mecklenburg-Vorpommern wurde mit dem „Produktiven Lernen“ in einer flexiblen Ausgangsphase das Lernkonzept umgestellt und die Produktion zum Ausgangspunkt des Lernens gemacht (s. Kap. 1.7). Dieses Regelangebot greift damit zentrale Elemente der Produktionsschule auf.

### 1.3.6 Produktionsschulen

Produktionsschulen wenden sich an Jugendliche, die durch andere Angebote nicht erreicht werden, unabhängig davon, ob sie noch schulpflichtig sind oder nicht, z. B. an Schulverweigerer/innen und Frühabgänger/innen. Sie verstehen sich als Angebote, in denen Jugendliche freiwillig mitarbeiten. Im Zentrum der Produktionsschule steht das produktions- und projektorientierte Lernen, die Produktion ist eingebunden in ein tatsächliches Marktgeschehen; das Produkt oder die Dienstleistung gilt als pädagogisches Werkzeug. Die Jugendlichen erleben sich als Arbeitende mit betrieblichen Arbeitszeiten, mit an der Arbeitswelt orientierten Hierarchien, mit einem Gehalt und Aufträgen von außen.

Produktionsschulen verknüpfen berufliche Orientierung und berufliche Integration mit persönlicher Stabilisierung und sozialer Integration (vgl. Mertens 2000: 3), sie zielen innerhalb dieses Kontextes auf eine umfassende Persönlichkeitsentwicklung. Nach einer Kompetenzfeststellung erarbeiten Jugendliche und das Personal individuelle Förder- oder Entwicklungspläne. Produktionsschulen wollen ein Lern- und Arbeitsort sein, mit dem sich junge Menschen identifizieren, auf den sie sich freuen und an dem ihnen mit Empathie, Respekt und Achtung begegnet wird. Sie wollen Jugendlichen „Heimat“ schaffen, in der sie Gemeinschaft, hilfreiche Beziehungen und eine ansprechende Lernatmosphäre erleben (vgl. Schröder/Martinek 2006).

In Mecklenburg-Vorpommern sind aus Landes- und ESF-Mitteln unter Federführung des Ministeriums für Soziales und Gesundheit im Zeitraum zwischen 2004 bis 2006 fünf Produktionsschulen aufgebaut worden. Die Finanzierung dieser Produktionsschulen wird bis zum Jahr 2013 durch das Operationelle Programm des ESF 2007 bis 2013 sichergestellt. (Eine sechste Produktionsschule wird durch die Sozialagentur des Landkreises finanziert.)

Mit der Einrichtung neuer Schulformen und Unterrichtskonzepte, die Arbeiten und Lernen neu verbinden und die diejenigen auffangen, die zu scheitern drohen, ist vielfach implizite und in einigen Konzepten explizite Kritik am bestehenden Bildungssystem verbunden. So verstehen sich auch die in mehreren Ländern bzw. bundesweit entstehenden Produktionsschulen weniger als ein Angebot der Berufsorientierung mit höherem Praxisanteil, sondern als bewusste Alternative zu bisherigen Schulkonzepten, wie ein Blick in die Produktionsschulprinzipien zeigt:

## **Präambel der Produktionsschulprinzipien**

Bundesverband Produktionsschulen e.V. 2006<sup>13</sup>

„Das Schulsystem in Deutschland mit seinen hoch entwickelten Selektionsmechanismen lässt tausende Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen und kulturell benachteiligten Schichten nahezu chancenlos bleiben. Ein Bildungssystem, das die kulturellen und sozialen Voraussetzungen der Individuen so wenig zum Ausgangspunkt des Lernens macht wie in Deutschland, reproduziert soziale Ungleichheit und wirkt damit verheerend auf die Verteilung von Lebenschancen. Die Produktionsschulen wollen mit ihrem Lernkonzept einen Beitrag zur Überwindung von Bildungsarmut leisten. Sie verstehen sich in erster Linie als ein Angebot an Systemverlierer, die nicht über die Basiskompetenzen verfügen, die nötig sind, um auf dem Erwerbsarbeits- und Ausbildungsmarkt zu bestehen.

Produktionsschule ist ein Lernort, an dem Arbeiten und Lernen sich gegenseitig bedingen. Junge Menschen machen in Produktionsschulen Lernerfahrungen an „sinnbesetzten Gegenständen“ (Produktion und Dienstleistungen). Im Mittelpunkt steht eine sehr hohe Praxis- bzw. Handlungsorientierung aller Lernprozesse. Mit ihrem Konzept des praktischen Lernens machen Produktionsschulen die erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen der Jugendlichen zum Ausgangspunkt. Produktionsschulen legen dabei besonderen Wert auf eigene Wirksamkeitserfahrungen und die Eigenmotivation der Lernenden.

Eine Produktionsschule ist ein facettenreicher Lern- und Arbeitsort für junge Menschen, der geprägt ist von Freude am Lernen und Arbeiten, von der Neugier auf Veränderung und einem konstruktiven Miteinander. Junge Menschen sollen Produktionsschule als einen Ort wahrnehmen, mit dem sie sich identifizieren können und den sie gerne besuchen. Hier können sie sich in vielschichtiger Weise erproben und das Gefühl bekommen, um ihrer selbst willen angenommen und respektiert zu werden. Sie können schrittweise ihre Stärken ausweiten und nach und nach ihr eigenes Leben aktiv und verantwortlich steuern. Das pädagogische Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist geprägt durch eine respektvolle Haltung gegenüber der Person und ihrem Lebensentwurf. Dies bedeutet: empathische Zuwendung, nachvollziehbare Grenzziehung und Orientierung an Erfolg und Stärken.

Produktionsschul-Pädagogik knüpft damit an reformpädagogische Traditionen an: Produktionsschule versteht sich als Bildungs-, Arbeits- und Lebensort, in dem Jugendliche neue Erfahrungen machen können und der ihnen Übergänge zu Bildung und Beruf ermöglicht. Produktionsschule kann damit ihre Erfahrungen und Erfolge selbstbewusst in die Diskussion über die Zukunft des deutschen Bildungssystems einbringen.“

13 <http://www.bv-produktionsschulen.de/downloads/Produktionsschulprinzipien.pdf> (15.12.2009)

## Fazit

Praxis und Produktion bilden einen zentralen Bestandteil innerhalb der Berufsorientierung. Entsprechende Konzepte ermöglichen Jugendlichen, Arbeitswelt und Berufe und deren Anforderungen im „wirklichen Leben“ kennenzulernen, und sich damit praktisch auseinanderzusetzen. Schüler und Schülerinnen bekommen Gelegenheiten, sich selbst zu erproben, eigene Interessen zu identifizieren und sie üben neue Rollen ein: als Arbeitnehmer/in, z.T. auch als Unternehmer/in.

Das Gewicht praktischer Ansätze ist ebenso unterschiedlich wie die Einbindung. Einige Programme holen Praxis und Praktiker/innen in die Schule; diese kooperieren mit Unternehmen, gründen Schülerfirmen oder nehmen an Wettbewerben teil.

Vielfach wird aber die Öffnung der Schule hin zu anderen Lernorten besonders wertgeschätzt. Schnupperpraktika finden in Werkstätten statt, Konzepte für Praktika werden ausgebaut, in einigen Ländern besteht die Möglichkeit, kontinuierliche Praktika (Praxistage, Werkstattklassen) zu absolvieren. Neue didaktische Konzepte verändern die schulische Lernkultur; sie machen Praxis (am realen Markt) zum Ausgangspunkt des Lernens. Diese Ansätze bleiben bislang auf Gruppen begrenzt, deren Abschluss als gefährdet eingeschätzt wird.

## 1.4 Berufseignung und Betrieb

Faktisch gehören die Aspekte Praxiserfahrungen und Berufseignung/betriebliche Nachwuchsförderung eng zusammen. Konzeptionell aber lassen sich durchaus Unterschiede identifizieren: die im letzten Kapitel dargestellten Konzepte legen den Schwerpunkt auf die Förderung der Jugendlichen, insbesondere der benachteiligten Jugendlichen und wollen diese durch praxisorientierte Ansätze dazu bringen, ihre Kompetenzen zu entdecken und zu entwickeln. Es handelt sich tendenziell eher um subjektorientierte, das heißt um an der Person ausgerichtete Ansätze.

In diesem Kapitel stehen die objektiven Anforderungen der Arbeitswelt, der Branchen, Berufe oder Betriebe stärker im Vordergrund. Programme und Projekte entwerfen eine Antwort auf die Frage: Wie können für die Bedürfnisse der Arbeitswelt geeignete Bewerberinnen und Bewerber motiviert, „entwickelt“ oder ausgewählt werden – und das in ausreichender Zahl?

Ein zentraler Begriff ist die Berufseignung. Ihre Beurteilung (vgl. Hilke 2007) bezieht sich stets auf einen oder mehrere konkrete (Ausbildungs-)Berufe oder auf ein bestimmtes Berufsfeld, das der/die Jugendliche anstrebt. Dafür werden die konkreten berufsspezifischen Anforderungsmerkmale geprüft, die entsprechend ausgeprägt sein müssen, um ein erfolgreiches Durchlaufen der Ausbildung zu prognostizieren. Neben der Leistung geht es um die voraussichtliche berufliche Zufriedenheit (Interessen, Motivation), denn nur derjenige kann seine volle Leistungsfähigkeit entfalten, der in seinem Beruf auch zufrieden ist – oder anders ausgedrückt: Nicht nur der/die Jugendliche muss zum Beruf passen, auch der Beruf muss zum/zur Jugendlichen passen.

Programme und Projekte, die sich diesem Schwerpunkt zuordnen lassen, zielen sowohl auf eine verbesserte Entscheidungsfindung der Jugendlichen als auch auf die verbesserte Einmündung geeigneter Jugendlicher in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bzw. in zukünftige Mangelberufe.

#### 1.4.1 Bausteine zur Entscheidungsfindung und Einmündung

Ein Beispiel für diese doppelte Zielsetzung ist das Programm „Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Bildungsstätten“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

##### **BMBF-Programm „Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Bildungsstätten“**

Das bundesweite Programm des BMBF verfolgt zwei Ziele:

- Die Jugendlichen sollen durch das Praktikum in Werkstätten realistische Vorstellungen über die Berufswahl und die eigenen Fähigkeiten und Interessen entwickeln. Sie sollen ihr Betriebspraktikum anschließend zielgenau auswählen, Einsicht in den praktischen Nutzen schulischen Lernens und Motivation zum Schulabschluss bekommen, gleichzeitig sollen zutage getretene Defizite rechtzeitig behoben werden können. Damit leistet das Projekt auch einen Beitrag zur Prävention von Ausbildungsabbrüchen.
- Die Betriebe, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, sollen geeignete Bewerberinnen und Bewerber über einen langen Zeitraum kennen lernen und diese gezielt anwerben können, so soll das Projekt auch den Fachkräftenachwuchs sichern.<sup>14</sup>

Zu diesem Zweck kooperieren die Bildungsstätten mit allgemeinbildenden Schulen ab der 8. Klasse. Die Schülerinnen und Schüler machen in 80 Stunden, d. h. in der Regel zwei Wochen lang praktische Erfahrungen in mindestens drei Berufen; sie werden dabei von Ausbilderinnen und Ausbildern angeleitet und beobachtet. Diese erstellen auf der Grundlage ihrer Beobachtungen am Ende ein Zertifikat.

Derzeit gibt es 195 bewilligte Projekte in ganz Deutschland, damit werden über 70.000 Schülerinnen und Schüler gefördert. Erste Erfahrungen zeigen, dass die Jugendlichen durch ihre praktischen Erfahrungen ihre eigenen Fähigkeiten und Stärken kennen lernen, Wertschätzung erhalten und ihr Selbstbewusstsein wächst. Sie erfahren die Vielschichtigkeit von Berufsfeldern und entwickeln Motivation für schulisches Lernen. Aus Sicht der Lehrkräfte werden die Vorstellungen über Berufe realistischer, die Erfahrung schützt vor Fehlentscheidungen. Die Jugendlichen können eigenständige Entscheidungen treffen und werden selbstständiger.

Mit solchen Projekten, die sich als Bindeglied zwischen Schulen und Betrieben verstehen, sollen Probleme im Betriebspraktikum vermieden werden. In Regio-

<sup>14</sup> Aus Sicht der Handwerkskammer Bielefeld z.B. hat das Projekt deutschlandweit vor allem handwerkspolitische Bedeutung. Ziel sei aus ihrer Sicht die Rekrutierung passenden Nachwuchses für das Handwerk. <http://www.handwerksblatt.de/Handwerk/Mittelstand/HWK-OWL-zu-Bielefeld/6655.html>

nen, in denen Schulen Schwierigkeiten haben, ausreichend Praktikumsplätze zu finden, soll eine solche Vorbereitung bzw. Entlastung zudem die Bereitschaft der Betriebe steigern, Praktikanten und Praktikantinnen zu beschäftigen.

#### 1.4.2 Systematische Gesamtkonzepte

Der Erfolg und die Wirksamkeit von Einzelbausteinen können noch gesteigert werden, wenn Praxisphasen in Gesamtkonzepte eingebunden werden. Diese Konzepte setzen in frühen Jahrgängen, z. B. in der 8. Klasse an und begleiten Schülerinnen und Schüler ggf. über mehrere Schuljahre. Dabei verzahnen sie verschiedene Bausteine – Kompetenzfeststellung, Praxiserfahrungen, Beratung und Begleitung, Lernhilfen – zu einem abgestimmten Gesamtangebot.

Das folgende Projekt setzt auf die Kombination von Berufsorientierung, Testen der Berufseignung und den gestuften Übergang in die betriebliche Praxis.

##### **„Startklar! Mit Praxis fit für die Ausbildung“ – Nordrhein-Westfalen**

Startklar! integriert neue Ansätze im Bereich der Berufsorientierung und des Übergangs von der Schule in Ausbildung und Beruf in ein dreijähriges Modell. Es führt verschiedene Bausteine und Modelle in ein frühzeitig beginnendes Angebot zusammen, um die Übergänge möglichst aller Schüler/innen von der Schule in den Beruf zu unterstützen. Zu diesen Bausteinen gehört auch das oben vorgestellte BMBF-Programm. Das Angebot wendet sich an Schülerinnen und Schüler der Haupt-, Gesamt- und Förderschulen in Nordrhein-Westfalen, die den direkten Übergang in eine Ausbildung anstreben und zusätzlicher Unterstützung bedürfen.

Das Grundmodell beginnt mit der 8. Jahrgangsstufe und endet mit dem Sekundarabschluss in der zehnten Klasse. Es gliedert sich in drei Phasen, die didaktisch konsequent aufeinander aufbauende Elemente praxis- und handlungsorientierten Lernens in Schule und außerschulischen Lernorten vorsehen. Es umfasst drei Phasen:

– Jahrgang 8 – Kompetenzen feststellen und sich orientieren:

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer orientieren sich durch praktisches Arbeiten in den Werkstätten der Berufsbildungsstätten in mindestens drei verschiedenen Berufsfeldern und lassen ihre dabei gezeigten Kompetenzen dokumentieren.

– Jahrgang 9 – Praxisbezogen lernen und sich qualifizieren:

Im nächsten Schritt lernen die Jugendlichen verstärkt praxisbezogene Arbeitsinhalte und qualifizieren sich vertiefend in einzelnen Berufsfeldern. Die Schule arbeitet dabei eng mit außerschulischen Partnern zusammen.

– Jahrgang 10 – Berufswahl konkretisieren/in die Ausbildung begleiten:

In Phase drei konkretisieren die Schülerinnen und Schüler ihre Berufswahl und bereiten sich auf den Schulabschluss und den Übergang in eine duale Ausbildung vor. Sie können dabei spezifische Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen.

– Eine anschließende Phase der Nachbetreuung sichert die Stabilität der geschlossenen Ausbildungsverhältnisse.

Eine Besonderheit dieses Projekts bilden Praxiskurse in betrieblichen Kontexten. Praxiskurse sind systematisierte Lerneinheiten – ähnlich den Qualifizierungsbausteinen. Sie dienen dazu, spezielle Qualifikationen zu erlangen und werden entsprechend zertifiziert. Praxiskurse können auch im Rahmen von Praxisstationen oder anderen Projektformen angeboten werden. Beispiele sind spezifische PC-Fähigkeiten, Holzbearbeitung, Bürotätigkeiten, Oberflächenbeschichtung oder Schutzgasschweißen. Zusätzlich gibt es Förderbausteine durch regional angebotene Fördermaßnahmen, z. B. eine handlungsorientierte Sprachförderung wie Kommunikation mit Kunden.

Startklar umfasst mindestens 546 Unterrichtsstunden, davon sind 266 in der Stundentafel verankert. Weitere Maßnahmen im Umfang von 280 Unterrichtsstunden werden von außerschulischen Partnern durchgeführt. Als Erweiterung sollte in Klasse 10 in der Regel ein Langzeitpraktikum mit bis zu 145 Zeitstunden (entsprechend 194 Unterrichtsstunden) angeboten werden.

Eine Besonderheit bildet die Berufsorientierung in Thüringen, hier ist das Programm arbeitmarktorientiert gestaltet und bei den Kammern angebunden. Es umfasst neben der Berufsorientierung für die Jugendlichen und der Unterstützung der Schulen auch Dienstleistungen für Betriebe.

#### **BERUFSSTART plus – Thüringen**

Dieses Gemeinschaftsprojekt der Thüringer Handwerkskammern, der Thüringer Industrie- und Handelskammern, des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen und des Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur umfasst ein aufeinander aufbauendes System verschiedener Instrumente zur Berufsorientierung.

Adressaten sind derzeit 13.500 Schüler/innen in den Klassen 7-10 von 136 Regelschulen und drei Gesamtschulen (Aug. 2009) sowie ca. 5000 Betriebe. Die Jugendlichen sollen viel über Ihre Stärken und Entwicklungspotenziale erfahren, erste berufliche Kompetenzen erwerben, überprüfen, ob sie ihre beruflichen Wünsche im regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verwirklichen können und ggf. Alternativen suchen. Bei diesem persönlichen Berufswahlprozess erhalten sie Unterstützung von Bildungsbegleiter/innen, d. h. von einer externen pädagogischen Begleitung, angesiedelt bei den Kammern (insgesamt 26, jeweils zuständig für 500 Schüler/innen).

Zum systematisch abgestimmten Angebotsspektrum gehören:

- In der Klasse 7: Informationsgespräche in jeder Klasse, Berufseignungstest im Rahmen des Unterrichts, Kompetenzfeststellung bei einem Bildungsträger und ein einwöchiger berufsfeldbezogener Orientierungsbaustein bei einem Bildungsträger (Tätigkeiten/Projekte aus verschiedenen Ausbildungsberufen, angelehnt an Qualifizierungsbausteine).
- In der Klasse 8: ein einwöchiger berufsbezogener Orientierungsbaustein sowie ein bis zwei berufsbildbezogene betriebliche Bausteine (strukturiertes Ablauf einer Praktikumswoche).

- In den Klassen 9 und 10: dritter und ggf. vierter Orientierungsbaustein (bei nicht gefestigter Berufswahlentscheidung), eine Phase der intensiven Bewerbung, ein oder mehrere weitere betriebliche Bausteine („Probeausbildung“), Infotage sowie ein Bewerbungstraining.

Die Bildungsbegleiterinnen bzw. Bildungsbegleiter u. a. unterstützen durch intensive Akquise von Ausbildungsplätzen für noch nicht versorgte Bewerber/innen.

Die Betriebe machen sich ein Bild über die Eignung künftiger Bewerber/innen, können die Entwicklung ihrer künftigen Nachwuchskräfte mit verfolgen und unterstützen, sie sollen motiviert werden, (zusätzliche) Ausbildungsplätze auch für Jugendliche mit Benachteiligungen zur Verfügung zu stellen und werden unterstützt bei der Ausbildung von Jugendlichen mit eher praktischer Begabung.

Als Dienstleistungen für Betriebe bieten die Bildungsbegleiterinnen und Begleiter eine Vorauswahl von Bewerberinnen und Bewerbern, deren Profile mit betrieblichen Anforderungsprofilen übereinstimmen sowie Förder- und Unterstützungsangebote von Kammern für die Ausbildung (Externes Ausbildungsmanagement, ausbildungsbegleitende Hilfen, kooperative Ausbildung).

*Weitere Informationen: <http://www.berufsstartplus-thueringen.de>*

### 1.4.3 Branchenspezifische Berufsorientierung

Ein typisches Beispiel für eine Orientierung auf eine Branche sind die diversen Programme, die junge Menschen, insbesondere junge Frauen für MINT-Berufe gewinnen wollen, MINT steht dabei für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Das Bundesprogramm „Komm mach MINT“ des Nationalen Pakts für Frauen in MINT-Berufen<sup>15</sup>, gefördert durch das BMBF ist ausgerichtet auf junge Frauen an den Schnittstellen zwischen Schule und Studium (sowie zwischen Hochschule und Beruf). Der Pakt will das Potenzial von Frauen für naturwissenschaftlich-technische Berufe angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels nutzen. Dazu sollen u. a. technisch begabte und interessierte Schülerinnen gezielt angesprochen werden. Das Programm bündelt unterschiedliche Projekte und ermöglicht Öffentlichkeitsarbeit und Transfer. Die geplanten Maßnahmen sollen den jungen Frauen u. a. Entscheidungshilfen für den Studieneinstieg geben, frühzeitige Kontakte mit Vorbildfrauen ermöglichen und mehr Selbstvertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit für ein technisches Studium bewirken. MINT-Aktivitäten werden auch für andere Ziel- und Altersgruppen entwickelt.

<sup>15</sup> Der Nationale Pakt für Frauen in MINT-Berufen umfasst 70 verschiedene Partner: Betriebe, Vereine, Hochschulen, Berufsverbände, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Bundesagentur für Arbeit, Bundesinstitut für Berufsbildung, Medien; er ist Teil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung. <http://www.komm-mach-mint.de> (21.12.2009).

Einen ähnlichen Schwerpunkt – im gewerblich-technischen Bereich – verfolgt das folgende Beispiel aus Niedersachsen.

### **Übergänge gestalten: das Neustädter Modell für die Realschule – Niedersachsen**

Richtet sich das „Neustädter Modell“ für die Hauptschule (s. Kap. 1.8) an alle Schülerinnen und Schüler des Schulzweigs und ist ursprünglich von der Förderung von Jugendlichen mit Vermittlungshemmnissen ausgegangen worden, so wird mit dem erweiterten Schulversuch in der Realschule die Zielgruppe der leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler angesprochen. Ausgangspunkt ist hier der zu erwartende Fachkräftemangel im gewerblich-technischen Bereich. Ziel des Schulversuchs ist es, Interesse und Begeisterung bei leistungsstarken Realschülerinnen und Realschülern für die gewerblich-technischen Berufe zu wecken. Die Industrie- und Handelskammer Hannover unterstützt den Versuch.

Das „Neustädter Modell“ für die Realschule bietet für eine Klasse mit 24 Schülerinnen und Schülern eine Doppelqualifizierung. Verbunden werden eine erweiterte Allgemeinbildung<sup>16</sup> mit einer breiten beruflichen Grundbildung, die die Anforderungen der Berufsausbildung und Berufsausübung<sup>17</sup> berücksichtigt. Es führt zum Realschulabschluss und bietet Einblick in den gewerblich-technischen Bereich mit der Möglichkeit, das erste Ausbildungsjahr im Ausbildungsberuf Mechatronikerin bzw. Mechatroniker zu absolvieren.

Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse der Kooperativen Gesamtschule Neustadt (KGS) müssen sich um die Teilnahme an dem Schulversuch bewerben. Die Auswahl erfolgt nach festgelegten Kriterien. Dabei spielen Arbeits- und Sozialverhalten und die bisher gezeigten Leistungen insbesondere in den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften, die Bewerbungsunterlagen und das Bewerbungsgespräch eine Rolle.

Unterrichtet wird wie im Hauptschulversuch an der KGS und der Berufsbildenden Schule Neustadt am Rübenberge (BBS) – drei Tage an der KGS und zwei Tage an der BBS. Unterstützt wird der Versuch durch eine enge Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer Hannover und der systematischen Einbeziehung von Patenbetrieben über den gesamten Zeitraum. Ein Mitarbeiter der IHK fungiert als Kontaktperson zwischen Schule, Jugendlichen und Betrieben.

Schülerinnen und Schüler, die den Realschulabschluss mit guten Leistungen abgeschlossen haben, können in ein Ausbildungsverhältnis als Mechatronikerin bzw. Mechatroniker übernommen und das erste Ausbildungsjahr kann anerkannt werden.

<sup>16</sup> Niedersächsisches Schulgesetz § 10

<sup>17</sup> Niedersächsisches Schulgesetz § 15

## Fazit

Es wird als eine Aufgabe der Berufsorientierung innerhalb eines breiten Spektrums verstanden, den zukünftigen Bedarf an Fachkräften zu sichern. Dazu werden die Berufseignung untersucht, die Motivation Jugendlicher für eine Ausbildung in Branchen oder Berufen gesteigert, Hilfen zur Entscheidung angeboten und Übergänge ermöglicht. Ein Teil der Programme lenkt das Interesse junger Menschen gezielt auf bestimmte Branchen oder Berufe, z. B. auf MINT-Berufe, den gewerblich-technischen Bereich oder das Handwerk. Die Zielgruppen variieren, einige Projekte wenden sich gezielt an leistungsstärkere, einzelne bewusst an benachteiligte Jugendliche. Bezogen auf die Organisationsform zeichnet sich ebenfalls eine große Spannweite ab: Es existieren einzelne Bausteine zur Förderung der Berufseignung, die unabhängig von anderen Angeboten wahrgenommen werden oder in Konzepte eingebunden werden können. Daneben werden abgestimmte und aufeinander aufbauende Konzepte entwickelt.

## 1.5 Berufswahl und Biografiegestaltung

Wer heute einen Beruf wählt, tut dies unter ganz anderen Vorzeichen als vorherige Generationen. In einer Gesellschaft, die keine „Lebensberufe“ mehr bietet, ist der flexible und kompetente Mensch gefragt, der in immer wieder neuen Situationen mit sich, mit anderen und mit wechselnden Anforderungen zurechtkommt.

Im Prozess der Berufswahl geht es deshalb nicht mehr um eine einmalige Entscheidung für einen Beruf. Im Zeitalter des lebenslangen Lernens bildet diese erste Wahl eher den Auftakt zu einer Kette anstehender Neu- und Umentscheidungen. Besonders gilt dies für Jugendliche mit schlechten Startchancen, in deren Erwerbsbiografie Brüche vorauszusehen sind. Statt nach der „Wahl“ eine entsprechende Berufsausbildung zu erhalten, müssen viele von ihnen mit Umwegen, Maßnahmekarrieren und Patchworkbiografien umgehen lernen. Dabei sollen sie trotz Frustrationen motiviert bleiben und berufliche Ziele im Auge behalten, sie sollen die eigene Biografie erfolgreich gestalten.

Der umfassenden Definition von Berufsorientierung entsprechend muss diese die Jugendlichen auf lebenslange Anpassungsprozesse in Beruf und Privatleben vorbereiten, sie für diese Aufgabe ausstatten. Die „Arbeitsgruppe Siegel Standards“ (Brauer-Schröder et al. o.J.) betont dementsprechend, dass es nicht nur darum gehe, Anforderungen der Arbeitswelt zu erfüllen, sondern Fähigkeiten und Bereitschaft zu Eigenaktivität, zur Gestaltung der Arbeitswelt und zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu entwickeln. Arbeit bedeute über den materiell-finanziellen Aspekt hinaus auch Sinnstiftung und weise gesellschaftlichen Status zu. Diese Erkenntnis erfordere auch, den Umgang mit Arbeitslosigkeit und mit anderen Formen von Erwerbsarbeit, Bürgerarbeit und Ehrenamt zu erlernen. Zur Berufsorientierung gehören deshalb aus Sicht der Arbeitsgruppe auch die Stärkung und Ermutigung, „das Leben nach der Schule mit der heute

notwendigen Offenheit, Zielstrebigkeit und Frustrations- und Ambiguitätstoleranz anzugehen“ (ebd.).

So verstanden ist die Berufswahl ein komplexer und langfristiger Prozess, der bereits in der frühen Kindheit beginnt und bis ins späte Erwachsenenalter andauert. Er wird geprägt durch individuelle Fähigkeiten und Interessen, das Elternhaus, die Schule, die Peergroups und die Möglichkeiten des Ausbildungs- und Arbeitsmarkts. Entscheidende Weichenstellungen erfolgen beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf. So weist Ratschinski darauf hin, dass Berufswünsche ein Spiegel sind für Interessen, Fähigkeiten, Neigungen, aber auch für das eigene Anspruchsniveau und die angestrebte Stellung in der Gesellschaft. Eine maßgebliche Rolle für Berufswünsche spielen dabei Geschlecht und gesellschaftliche Stellung, d. h. Menschen lehnen – unabhängig von Kompetenzen – Berufe ab, bei denen sie empfinden, dass diese nicht zu ihrem Geschlecht, ihrer sozialen Schicht, zu ihrem Begabungsniveau und schließlich zu ihren Interessen oder Wertvorstellungen passen (vgl. Ratschinski 2001: 176).

Wer bin ich? Was will ich werden? Wie soll mein Leben verlaufen? Diese Fragen beschäftigen junge Menschen auf der Suche nach ihrer Identität. Sie betreffen über die Berufswahl hinaus Fragen des Selbstkonzepts und der Selbstbestimmung, so z. B. die Frage der zukünftigen Ausgestaltung der Rolle als Mann oder als Frau. So verstanden, ist Berufswahlkompetenz nicht nur die Fähigkeit, sich Informationen zu erschließen und sie auszuwerten, sondern berufliche und damit verbunden gesellschaftliche Möglichkeiten in das eigene Leben, das eigene Selbst, die eigene Biografie zu integrieren (vgl. Ratschinski 2008: 78). Sie erfordert die Fähigkeit zur Auseinandersetzung mit der eigenen Person, die Reflexion des eigenen Denkens und Handelns.

An dieser Stelle setzt die Aufgabe einer Berufsorientierung ein, die weiter gefasst wird: als Befähigung zur Berufs- und Lebensplanung. Sie unterstützt Jugendliche dabei, über eine Berufswahl und einen Übergang hinaus die Kompetenzen zu entwickeln, die sie brauchen um ihre (Erwerbs-)Biografie eigenverantwortlich zu gestalten (vgl. Hendrich 2005: 25). Sie zielt auf die Entwicklung von Berufswahlkompetenz, die durch pädagogische Maßnahmen im Zusammenwirken mit informellen Prozessen erworben wird: „Berufswahlkompetenz ist demnach weder Qualifikation, die curricular direkt vermittelt werden kann, noch ist sie ein Reifezustand. Sie ist das Ergebnis einer komplexen lang andauernden Anlage-Umwelt-Interaktion eines aktiv auf seine Entwicklung einwirkenden Heranwachsenden. Durch pädagogische Maßnahmen kann die Entwicklung und Herausbildung von Kompetenzen ebenso unterstützt oder begünstigt werden, wie durch andere Umwelteinflüsse und Erfahrungen, aber Pädagogik sollte durch gezielte Arrangements und das geplante Bereitstellen von Erfahrungen effektiver und effizienter sein“ (Ratschinski 2006: 5f.).

### **1.5.1 Biografiearbeit**

In einigen Konzepten werden Biografiearbeit oder biografische Ansätze als wichtiger Bestandteil des Berufswahlprozesses gesehen. Sie regen die Schülerinnen und Schüler an, sich mit ihrer persönlichen Lebensgeschichte auseinanderzusetzen, mit all dem, was die Person und ihre Identität geprägt hat. Biografiearbeit ist

zu verstehen als eine angeleitete Erinnerungsarbeit, sie eröffnet einen vertieften Zugang zum eigenen Leben, z. B. unter folgenden Fragestellungen:

- Welche Orte und Ereignisse waren für mich besonders bedeutend?
- Was habe ich da getan, wie habe ich mich verhalten?
- Was habe ich gelernt?
- Welche persönlichen Kompetenzen habe ich daraus entwickelt?

In vielen Projekten kommen Portfolios zum Einsatz, die Jugendliche anregen, sich mit der eigenen Biografie zu beschäftigen und daraus berufswahlrelevante Kompetenzen abzuleiten. Sie führen Jugendliche an biografisches Arbeiten und an die Reflexion über das eigene Handeln heran, sie schaffen Bezüge zwischen den eigenen Erfahrungen, Vorzügen, Interessen und deren Bedeutung für den Arbeitsmarkt. Fast flächendeckend werden Instrumente wie der „Berufswahlpass“<sup>18</sup> oder der „ProfilPASS für junge Menschen“<sup>19</sup> eingesetzt. Sie begleiten und dokumentieren den Berufswahlprozess, mit ihnen lassen sich auch Entwicklungen und Fortschritte nachvollziehen.

Darüber hinaus gehende Ansätze der Biografiearbeit wie biografische Interviews<sup>20</sup>, ausführliche Kompetenzbilanzen etc. scheinen noch nicht sehr verbreitet zu sein. Eine Ausnahme bilden Angebote für besondere Zielgruppen, z. B. das Modul „Vertiefte Berufsorientierung an Förderschulen“ im Programm „Zukunft Fördern“ in NRW (s. Kap. 1.7): In der dazugehörigen Kompetenzanalyse „wird an der Selbsteinschätzung der Schülerinnen und Schüler gearbeitet. Dabei bildet der persönliche Erfahrungshorizont der Schülerinnen und Schüler die Basis, indem er an ihre unmittelbare Lebenswelt anknüpft. In einem Interview werden persönliche Interessen, Stärken und Ziele herausgearbeitet. Die Schülerinnen und Schüler bewerten individuell, was sie besonders gut können und was sie noch verbessern möchten. Neben den persönlichen Interessen wird erfragt, welche Erfahrungen die Schülerinnen und Schüler bisher in der Arbeitswelt gesammelt haben“ (Leitfaden zu Modul 4)<sup>21</sup>.

Ein interessantes Beispiel für die Verzahnung der Berufswahl mit der Lebenswelt ist das Bremer Projekt „Vertiefte Berufsorientierung im Bremer Westen“ der Waller Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft (WaBeQ), angesiedelt in einem Stadtteil mit hoher Arbeitslosenquote und hohem Migrationsanteil. Das Projekt verbindet die vertiefte Berufsorientierung u. a. mit Mitteln aus dem Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS). Neben berufspraktischen Projekten, zusätzlichen Praktika, stundenweiser Sozialarbeit an Schulen und Ausflügen zu Betrieben, Messen oder Veranstaltungen der Bundesagentur kooperiert das Projekt mit einem Seniorenzentrum. Eine Klasse einer Förderschule hat gemeinsam mit den Seniorinnen und Senioren biografische Erfahrungen reflektiert und das Theaterstück „Werdegänge“ entwickelt und aufgeführt.

18 <http://www.berufswahlpass.de> (15.12.2009)

19 [http://www.profilpass-online.de/index.php?article\\_id=191&clang=0](http://www.profilpass-online.de/index.php?article_id=191&clang=0) (15.12.2009)

20 Wie z. B. im EQUAL-Teilprojekt „Berufliche Orientierung und Begleitung (BOB)“ empfohlen, vgl. [http://www.hwk-muenster.de/equal/pdf/4\\_Biografisches%20Interview\\_Anlage4\\_FFA\\_08062006.pdf](http://www.hwk-muenster.de/equal/pdf/4_Biografisches%20Interview_Anlage4_FFA_08062006.pdf) (15.12.2009)

21 [http://www.partner-fuer-schule.nrw.de/dev/t3/fileadmin/redaktion/pdf/zukunft/leitfaden/zf\\_lf\\_m4\\_2010.pdf](http://www.partner-fuer-schule.nrw.de/dev/t3/fileadmin/redaktion/pdf/zukunft/leitfaden/zf_lf_m4_2010.pdf) (15.12.2009)

### 1.5.2 Modulare Angebote zur Entwicklung von Berufswahlkompetenz

In einigen Ländern (z. B. Berlin, Brandenburg, NRW) werden wählbare Bausteine angeboten, um die Berufswahlkompetenz zu stärken. Diese umfassen sowohl Angebote, die dazu beitragen, individuelle Interessen und Fähigkeiten festzustellen und realistisch zu beurteilen als auch solche, die eine Auseinandersetzung mit den Anforderungen in Ausbildung und Beruf ermöglichen. Neben dem eigenständigen Orientieren und Erkunden der beruflichen Möglichkeiten sollen mit Unterstützung von Berufswahl-Partnern (Eltern, Schule, Berufsberatung etc.) Entscheidungs- und Handlungskompetenzen entwickelt werden.

„Neugier wecken, Orientierung geben, Kompetenz entdecken, Orientierung ermöglichen, Begleitung bieten“ lautet der Ansatz in der vertieften Berufsorientierung in Berlin, einem freiwilligen Angebot an Jugendliche der Klassen 8 bis 13, die an einer individuell ausgerichteten Berufsorientierung interessiert sind.

#### **BVBV – Berlin**

Das „Berliner Programm zur vertieften Berufsorientierung“ will eine höhere Berufswahlkompetenz der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler bewirken. Das Programm zielt insbesondere auf die Vertiefung berufs- und betriebskundlicher Kenntnisse und Erfahrungen in der Arbeitswelt, die vertiefte Eignungsfeststellung, die Verbesserung des beruflichen Entscheidungsverhaltens sowie die Nutzung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten zur Berufswegeplanung und Bewerbung.

Das Programm geht von äußerst differenzierten Bedarfslagen aus, deshalb erfolgt die Umsetzung in Form von Bausteinen, deren Auswahl, Intensität, Dauer und Frequenz individuell wählbar sind. Jeder interessierten Schülerin und jedem interessierten Schüler werden die bestehenden Angebote transparent gemacht und er/sie kann sich daraus ein individuelles Programm zur VBO zusammenstellen. An allen Schulen werden die vier Bausteine Kompetenzfeststellung, Stärken-Schwächen-Analysen, Praxiserfahrungen (ganztägige oder wochenweise Schnuppertage) und die Arbeit mit dem Berufswahlpass durchgeführt. Bei einigen kommen Elemente wie Praktikumsbegleitung, Bewerbungstrainings, Wochenendworkshops, Patenschaftsmodelle, Werkstatttage beim Bildungsdienstleister oder anderen ausbildenden Unternehmen hinzu. Speziell für Gymnasien entstehen freiwillige Angebote in den Abendstunden, in den Ferien oder am Wochenende. Zum Angebot gehören auch Gruppenveranstaltungen sowie die individuelle Beratung zur Studien- und Berufswahl.

Vielfach sind die Projekte in sozialräumliche Schulkonzepte integriert. An den Schulen werden runde Tische gebildet, an denen z. B. die Schulleitung, Lehrer/innen, Bundesagentur für Arbeit und lokal relevante Akteure teilnehmen, z. B. der DGB, der TÜV, der JoB Coach. Sie erarbeiten einen Zeitstrukturplan, welcher Schritt mit welcher Klassenstufe erfolgen kann. Das Programm ist zudem eingebunden in das Netzwerk der Regionalen Ausbildungsverbände (NRAV) Berlin.

Weitere Informationen: <http://www.bvbo-berlin.de>

### 1.5.3 Systematisch aufbauende Konzepte zur Entwicklung von Berufswahlkompetenz

In einigen Ländern entstehen aufeinander aufbauende Konzepte, die die Berufswahlkompetenz systematisch entwickeln wollen, wie z. B. das Programm „Startklar!“ in NRW, dargestellt in Kapitel 1.4. Weitergehende Konzepte binden die Aufgabe der Öffnung des Berufsspektrums mit ein (dieser Aspekt wird im nachfolgenden Abschnitt ausführlicher dargestellt):

#### **Zukunft konkret – Saarland**

Das Ziel, Schülerinnen und Schüler zur eigenständigen Berufswahl zu befähigen, verfolgt auch das Landesprogramm „Zukunft konkret“<sup>22</sup> im Saarland, in das flächendeckend alle Erweiterten Realschulen, Gesamtschulen, Gymnasien und Förderschulen ab der Klassenstufe 7 einbezogen sind.

Berufsorientierung soll die Jugendlichen zu einer eigenverantwortlichen Berufswahl befähigen und ihnen die für eine erfolgreiche Bewerbung und den Berufseinstieg erforderlichen Kompetenzen vermitteln. Dazu gehören Informationen über Berufe und die richtigen Bestandteile einer Bewerbung ebenso wie das Wissen, welche Erwartungen im Hinblick auf personale und soziale Kompetenzen seitens der künftigen Arbeitgeber an die Jugendlichen gestellt werden. Notwendig sind darüber hinaus Handlungsfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Selbstwahrnehmungsfähigkeit und die Entscheidungsfähigkeit.

In dem Programm wird deshalb insbesondere das Aufbrechen von geschlechtstypischem Rollenverhalten bei der Berufswahl von Mädchen und Jungen betont. Die Motivation von Schülerinnen und Schülern mit spezifischen Problemstellungen (z. B. Migrationshintergrund), sich mit Fragen der Berufswahl auseinanderzusetzen, und die Förderung von Interesse an MINT-Berufen bzw. entsprechenden Ausbildungs- und Studiengängen (vor allem bei Mädchen und jungen Frauen) werden als Ziele mit einbezogen. Dabei werden Kooperationen mit externen Partnern und anderen Projekten genutzt und somit die Netzwerkarbeit verstärkt.

Die Umsetzung erfolgt durch die Einführung schulspezifischer Konzepte in der Sekundarstufe I im Rahmen eines Curriculums<sup>23</sup> und die Implementierung einer verpflichtenden Berufsorientierungsphase an Gymnasien, die ein mindestens einwöchiges Schülerbetriebspraktikum in der Klassenstufe 9 sowie dessen Vor- und Nachbereitung im zeitlichen Umfang von fünf Projekttagen umfasst.

Bestehende Projekte und Aktivitäten können in ein schulspezifisches Curriculum integriert werden, das aus fünf Themenblöcken besteht und für die Erweiterten Realschulen, Gesamtschulen und Förderschulen folgende Inhalte berücksichtigt:

1. Stärken erkennen und Ziele benennen – Was kann ich und was möchte ich? (Kl. 7/8)

22 <http://www.saarland.de/zukunftkonkret.htm> (15.12.2009)

23 Curriculum für erweiterte Realschulen, Gesamtschulen und Förderschulen: [http://www.saarland.de/dokumente/thema\\_bildung/Curriculum\\_ZK\\_ERS\\_GeS\\_FS.pdf](http://www.saarland.de/dokumente/thema_bildung/Curriculum_ZK_ERS_GeS_FS.pdf) (15.12.2009) Curriculum für Gymnasien: [http://www.saarland.de/dokumente/thema\\_bildung/Curriculum\\_ZK\\_Gym.pdf](http://www.saarland.de/dokumente/thema_bildung/Curriculum_ZK_Gym.pdf) (15.12.2009)

2. Informationen über Berufe sammeln und Hilfe nutzen – Welche Berufe kommen für mich in Frage? (Kl. 8/9)
3. Vorstellungen überprüfen und Berufsalltag erleben – Ist das wirklich mein Traumberuf? (Kl. 8/9)
4. Nachweise sammeln und Bewerbungen schreiben – Wie bewerbe ich mich erfolgreich? (Kl. 8/9)
5. Eignungstest absolvieren und beim Vorstellungsgespräch überzeugen – Wird man mich auswählen? (Kl. 8/9)

Die fünf Themenblöcke werden an zehn Nachmittagen im Rahmen von ca. drei Unterrichtsstunden behandelt, davon werden fünf Nachmittage durch Lehrkräfte und fünf Nachmittage durch außerschulische Experten gestaltet.

Zum Programm gehört darüber hinaus eine Schulung bzw. Fortbildung der Lehrer/innen, die folgende Aspekte je nach Bedarf umfassen können:

- den Einsatz von Kompetenzfeststellungsinstrumenten wie Profilpass
- den Einsatz „Spiel das Leben“
- die Durchführung eines Assessment-Center, wie z. B. hamet 2, v. a. in Förderschulen
- Projektmanagement
- gezielte themenorientierte Elternarbeit

#### 1.5.4 Programme zur Öffnung des Berufswahlspektrums

Wie wissenschaftliche Studien zeigen und Alltagserfahrungen anschaulich belegen, ist das eigene Geschlecht eine maßgebliche Einflussgröße bei der Berufswahl. Rollenvorgaben engen das mögliche Spektrum eigener Entwicklung massiv ein. Die den Geschlechtern zugewiesenen typischen Kompetenzen decken bei weitem nicht alle Anforderungen ab, die berufsübergreifend in Arbeitswelt und Gesellschaft gestellt werden.

Gleichzeitig ist abzusehen, dass auf beiden Seiten Fachkräfte fehlen bzw. fehlen werden. Das Handwerk und die MINT-Berufe wollen das Potenzial der gut ausgebildeten Frauen nutzen, soziale Einrichtungen mehr junge Männer für soziale Berufe begeistern. Wie kann das geschlechtsspezifische Berufswahlverhalten verändert werden? Welche Unterstützung brauchen junge Frauen und junge Männer, um neue Wege zu beschreiten? Seit 2001 fördern das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gemeinsam den Mädchen-Zukunftstag „Girl's Day“. Über eine zentrale Koordinierungsstelle<sup>24</sup> wird an jedem vierten Donnerstag im April ein bundesweiter Aktionstag durchgeführt, an dem Unternehmen und Betriebe, Behörden und wissenschaftliche Einrichtungen ihre Labore, Büros und Werkstätten öffnen, um Mädchen der Klassen 5 bis 10 für Technik, IT und Naturwissenschaften zu begeistern. Rund 800.000 Mädchen haben seit 2001 daran teilgenommen (vgl. Berufsbildungsbericht 2009: 29).

<sup>24</sup> <http://www.girls-day.de> (15.12.2009)

Ausgehend vom „Girl's Day“ haben sich in mehreren Ländern Initiativen und vertiefende Projekte entwickelt, wie zum Beispiel das Landesprogramm „Girl's Day Akademie“ in Baden-Württemberg.

### **Girl's Day Akademie – Baden-Württemberg**

Die Akademie bietet Mädchen und jungen Frauen aus den Klassen 7 bis 10 der Haupt-, Realschulen oder Gymnasien eine Begleitung auf ihrem Weg in eine naturwissenschaftliche Ausbildung oder einen entsprechenden Studiengang. Die Mädchen werden aufgrund einer Bewerbung und ihrer vorherigen Leistungen in naturwissenschaftlichen Fächern ausgewählt. Ihre Berufsorientierung für Berufe und Studiengänge aus dem Bereich MINT soll vertieft, ihr Interesse an Technik gefördert werden. Über das Programm sollen sie Ausbildungsbetriebe, Hochschulen und die Duale Hochschule ebenso kennen lernen wie weibliche Vorbilder in gewerblich-technischen Berufen oder naturwissenschaftlich-technischen Studienfächern. Dazu werden die Mädchen langfristig begleitet. Während eines ganzen Schuljahres finden Arbeitsgemeinschaften einmal wöchentlich am Nachmittag statt, hinzu kommen eintägige Seminare am Wochenende. Zum Programm gehören: Projekte zur Technikorientierung (z. B. zu Themen wie Energie, Umweltschutz, Mechanik), Firmenbesuche, Praktika, Seminare zu Kommunikation, Präsentation, Teamtraining, Selbstbehauptung sowie ein Bewerbungstraining speziell für gewerblich-technische Berufe. Die Ergebnisse werden dokumentiert, die Schülerinnen erhalten nach erfolgreicher Teilnahme ein Zertifikat. Einen anschaulichen Einblick in die Aktivitäten des Programms gibt das Handbuch „Girl's Day Akademie“.<sup>25</sup>

Das vom BMBF geförderte Programm „Komm mach MINT“ richtet sich an junge Frauen an den Schnittstellen zwischen Schule und Studium sowie zwischen Hochschule und Beruf. Von der Berufswahl bis hin zu Begleitung in Ausbildung/Studium und beim Berufseinstieg werden neue Ansätze und Konzepte entwickelt, die Frauen auf dem Weg in die technischen Berufe unterstützen. Dabei reicht das Spektrum von der Entwicklung eines Potenzialassessments für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik für Abiturientinnen bis hin zu einer Talentschool, die den jungen Frauen von Klasse 10 bis zum Studienabschluss und darüber hinaus unterstützende Module und Vernetzungen anbietet. Mehrere Projekte sind biografiebegleitend angelegt und bieten den jungen Frauen Gelegenheit, sich zu vernetzen und sich mit den unterschiedlichen weiblichen Rollenmodellen auseinanderzusetzen. E-Mail-Mentorinnen bieten Unterstützung auf dem Weg in den und im Beruf.

25 <http://www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/RD-BW/RD-BW/Regionalinformationen/Chancengleichheit-am-Arbeitsmarkt/ca-dateien/202-GDA-Handbuch.pdf> (15.12.2009)

## „Neue Wege für Jungs“ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

„Neue Wege für Jungs“ eröffnet das bundesweite Vernetzungsprojekt, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wird. Anknüpfend an die Erfolgsgeschichte des „Girl's Day“ wird hier eine Plattform eröffnet, sich mit der Erweiterung des jungenspezifischen Berufswahlspektrums auseinanderzusetzen. Dabei soll ein Beitrag zur Flexibilisierung männlicher Rollenbilder und zur Stärkung sozialer Kompetenzen geleistet werden.

„Neue Wege für Jungs“ richtet sich an Lehrkräfte, soziale Fachkräfte, Berufsberatende, Personal-, Bildungs- und Ausbildungsverantwortliche sowie Eltern. Zielgruppe sind Jungen der Jahrgangsstufen 5 bis 10. In diesem Alter befinden sich Jungen in einer Phase der intensiven Auseinandersetzung mit der Geschlechterthematik und der Konfrontation mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Vorstellungen von Männlichkeiten. Viele Jungen fühlen sich heute durch den Widerspruch zwischen möglichen Lebensentwürfen und ihren Chancen angesichts des schnellen Wandels der Arbeitswelt überfordert und verunsichert. Damit die eingleisige Fokussierung vieler Jungen auf die Erwerbsarbeit verändert werden kann, soll die Berufswahlorientierung in eine gendersensible Lebensplanung eingebunden werden.

In dem Projekt erhalten Jungen die Möglichkeit,

- Chancengleichheit und Rollenvielfalt als persönlichen Gewinn für das spätere berufliche und persönliche Leben zu erfahren;
- neue berufliche Perspektiven insbesondere in Sozial-, Pflege-, Erziehungs-, aber auch Dienstleistungsberufen kennen zu lernen;
- Sozialkompetenzen wie z. B. Konflikt- und Kommunikationsfähigkeit sowie Teamarbeit zu vertiefen.

Durch das Vernetzungsprojekt werden Aktive in der Berufs- und Studienberatung sowie Lehr- und Fachkräfte in Schule und Jugendarbeit und die Öffentlichkeit für eine geschlechterbezogene Berufs- und Lebensplanung sensibilisiert. Bestehende Initiativen und Projekte werden gebündelt und der fachliche Austausch wird gefördert. Es ist ein bundesweites Netzwerk für Jungenförderung entstanden, das kontinuierlich ausgebaut und wissenschaftlich begleitet wird.

Weitere Informationen: <http://www.neue-wege-fuer-jungs.de>

## Fazit

Programme, die hier dem Schwerpunkt „Berufswahl und Biografiegestaltung“ zugeordnet sind, zielen darauf, Jugendliche bei der Entwicklung ihrer Berufswahlkompetenz zu stärken. Sie verstehen Berufswahl dabei als langfristigen, ja lebenslangen Prozess der Auseinandersetzung. Dies geschieht im Alltag, aber auch gezielt durch Bildungsangebote. Projekte der Berufsorientierung schaffen pädagogische Arrangements, die Jugendliche anregen, sich mit ihrer eigenen Biografie zu beschäftigen und biografische Gestaltungskompetenz zu entwickeln.

Bausteine zur Entwicklung von Berufswahlkompetenz werden mit berufsbezogenen und lebensweltlichen Elementen verzahnt. Andere sind als systematische Konzepte aufgebaut, die über mehrere Schuljahre hinweg Jugendliche, insbesondere Zielgruppen mit ungünstigen Voraussetzungen, unterstützen.

Ein Schwerpunkt innerhalb der Programme zur Berufsorientierung bilden Projekte, die das Berufswahlspektrum von Mädchen oder auch von Jungen öffnen möchten; einige zielen darüber hinaus auf eine Flexibilisierung geschlechtsspezifischer Rollenbilder im Rahmen ihrer Lebensplanung.

## 1.6 Beratung und Begleitung

In der Phase des Übergangs Schule – Beruf kommen unterschiedliche Ansätze von Beratung zum Tragen:

Ein Teil der Angebote richtet sich an alle Jugendlichen, z. B. die Berufsberatung der Bundesagenturen für Arbeit. Hier steht die Berufswahl im Vordergrund, entsprechend liegt der konzeptionelle Schwerpunkt auf Informations- und Entscheidungshilfen. Die Beratung konzentriert sich überwiegend auf Berufsfragen, auf die Darstellung der Anforderungen der Berufe und der Arbeitswelt und auf die Situation auf dem Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt (vgl. Koch/Kortenbusch 2009: 7).

Ein anderer Teil richtet sich gezielt an Jugendliche, bei denen sich der Bedarf einer zusätzlichen Unterstützung zeigt. Hier wird Beratung i. d. R. als professionelles Element der Sozialarbeit bzw. Sozialpädagogik von externen Partnern eingebracht. Die unterschiedlichen Formen der Beratung sollen die Jugendlichen bei der Entwicklung ihrer biografischen Gestaltungskompetenz unterstützen, dazu binden sie die Berufsorientierung i. d. R. in Konzepte der Lebensbewältigung ein (vgl. Böhnisch/Schröer 2003). Die Hilfen zielen darauf, die Jugendlichen für eigene Wege und Problemlösungen stark zu machen und dafür zusätzliche Ressourcen zu erschließen: ökonomische, materielle, psychosoziale oder kulturelle Ressourcen. Entsprechend umfassen diese Hilfen Zeit und Raum für Beziehungen, sie wenden sich stärker dem Individuum und seinem sozialräumlichen Alltag zu. Im Selbstverständnis der Jugend(berufs)hilfe sind damit das Prinzip der Selbstbestimmung, das Ziel der Emanzipation und eine Anwaltschaft für benachteiligte Jugendliche verbunden.

Mit den Beraterinnen und Beratern kommen neue Personen, neue Professionen und Perspektiven in die Schule, sie tragen dazu bei, die pädagogische Angebotspalette, z.T. auch das Selbstverständnis von schulischer Bildung zu erweitern. So werden Beratung und Begleitung in schulische Konzepte integriert, zunächst als sozialpädagogisch orientierte schulische Maßnahmen für spezielle Zielgruppen, darüber hinaus aber als fester Bestandteil des schulischen Angebots für alle, die dieser Unterstützung bedürfen.

Der Begriff Begleitung unterstreicht, dass die Hilfen i. d. R. über eine kurzfristige Beratung hinausgehen. Er bezeichnet eine längerfristige Unterstützung der Lern- und Entwicklungsprozesse insbesondere in Phasen des Übergangs oder der Veränderungen.

### 1.6.1 Ergänzende Angebote für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf

Ein Teil der Jugendlichen bedarf zusätzlicher Hilfen, um den Übergang zu bewältigen. Die „üblichen“ schulischen Bedingungen und Möglichkeiten reichen nicht aus, um diese Jugendlichen angemessen zu unterstützen. Diese Erkenntnis hat zum einen zu ergänzenden Angeboten geführt, die sich – zunächst unabhängig von schulischer Pädagogik – an die einzelnen Jugendlichen wenden. Ein Beispiel für ein solches additives Element der Beratung und Begleitung ist das Bundesprogramm der Berufseinstiegsbegleitung.

#### **Berufseinstiegsbegleitung – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)**

Mit der befristeten Einführung der professionellen Berufseinstiegsbegleitung wurde die Möglichkeit geschaffen, leistungsschwächere Schüler und Schülerinnen der allgemeinbildenden Schulen über längere Zeit individuell beim Übergang von der Schule in Ausbildung oder Beschäftigung zu begleiten. Bei einem Träger fest beschäftigte Berufseinstiegsbegleiter/innen sollen Schüler und Schülerinnen bei der Vorbereitung auf den Schulabschluss, bei der Berufsorientierung und Berufswahl und beim Übergang in eine Berufsausbildung sowie bei der Stabilisierung des Ausbildungsverhältnisses individuell unterstützen. Durch eine feste Zuordnung des/der Berufseinstiegsbegleiters/Berufseinstiegsbegleiterin zu den von ihm/ihr begleiteten Jugendlichen soll ein besonderes Vertrauensverhältnis entstehen. Mit anderen Akteuren im Bereich der Berufsorientierung und -wahl und mit den Arbeitgebern in der Region soll eng zusammengearbeitet werden, ebenso mit ehrenamtlichen Patinnen und Paten.

Die Berufseinstiegsbegleitung wird an 1.000 bundesweit verteilten Modellschulen<sup>26</sup>, die von der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Abstimmung mit den Schulträgern und den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe ausgewählt wurden, erprobt. Berücksichtigt werden Schulen, die zum Hauptschulabschluss führen, darunter auch Förderschulen. Zielgruppe sind förderungsbedürftige Jugendliche, die voraussichtlich Schwierigkeiten haben, den allgemeinbildenden Schulabschluss zu erreichen und den Übergang in eine berufliche Ausbildung zu bewältigen. Schüler/innen mit Migrationshintergrund sind besonders zu berücksichtigen.

Die Begleitung beginnt in der Regel in der Vorabgangsklasse, möglichst zu deren Beginn. Die Förderung der individuellen Begleitung endet ein halbes Jahr nach Beginn der beruflichen (betrieblichen, außerbetrieblichen oder schulischen) Ausbildung, spätestens aber 24 Monate nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule. Eine Berufseinstiegsbegleiterin/ein Berufseinstiegsbegleiter soll in der Regel höchstens zwanzig Jugendliche gleichzeitig begleiten; jeder/jedem Jugendlichen ist eine Berufseinstiegsbegleiterin/ein Berufseinstiegsbegleiter zuzuordnen.

Seit dem zweiten Schulhalbjahr 2008/2009 wurde die Begleitung in den Vorabgangsklassen begonnen, die Erfahrungen werden vom BMAS evaluiert.

26 Liste der beteiligten Schulen unter [http://www.bmas.de/portal/29378/property=pdf/2008\\_\\_11\\_\\_04\\_\\_liste\\_\\_der\\_\\_schulen\\_\\_mit\\_\\_berufseinstiegsbegleitung.pdf](http://www.bmas.de/portal/29378/property=pdf/2008__11__04__liste__der__schulen__mit__berufseinstiegsbegleitung.pdf) (15.12.2009)

Ergänzend zur Schule, aber in der Phase jenseits des Pflichtschulbesuchs setzt das Förderprogramm „Kompetenzagenturen“<sup>27</sup> des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) an. Zielgruppe sind Jugendliche, die vom bestehenden System der Hilfsangebote für den Übergang in den Beruf nicht profitieren oder den Zugang zu den Unterstützungsleistungen nicht aus eigenem Antrieb finden. Ein Herzstück der Arbeit vor Ort ist die Fallbegleitung durch aufsuchende und präventive Arbeit. Die Zugangswege zu den Jugendlichen werden sowohl über Kontakt- und Beziehungsarbeit im Lebensraum zu Einzelnen und Gruppen (Streetwork) als auch durch vorbeugendes Handeln wie Aufklärung, Anleitung und Beratung erschlossen. Anschließend werden die Jugendlichen durch Kompetenzfeststellung und Entwicklung des Integrations- und Bildungsplanes an Integrations- und Qualifizierungsangebote herangeführt.

Die Begleitung im Übergang Schule – Beruf erfolgt in enger Abstimmung mit anderen Beteiligten. Sie reicht damit über die klassische Einzelfallhilfe hinaus im Sinne eines modernen Case Managements. Hier geht es darum, Ressourcen und Netzwerke zu nutzen, und wo dies privat nicht möglich ist, professionelle Hilfen planvoll einzusetzen und zu koordinieren (vgl. Kleve et al. 2006: 45). Das Case Management soll dem Prozesscharakter der Übergangsverläufe gerecht werden und eine bei Bedarf längerfristig angelegte, eher distanzierte Begleitung gewährleisten.

## 1.6.2 Sozialpädagogische Konzepte in Kooperation mit Schule

Während bei externen Angeboten die Akteure und Zuständigkeiten zunächst unabhängig voneinander existieren, beziehen andere Programme und Projekte sozialpädagogische Beratung und Begleitung in die Berufsorientierungsarbeit der Schule ein. Hier bildet die Beratung und Begleitung einen Baustein, der mit weiteren Instrumenten, wie mit der Kompetenzfeststellung und/oder praktischen Erfahrungen verzahnt wird. Auch hier wird die Aufgabe von externen sozialpädagogischen Fachkräften wahrgenommen, die – zeitweise – mit den Lehrkräften kooperieren.

### **„Berufswahl richtig Angehen Frühzeitig Orientieren“ (BRAFO) – Sachsen-Anhalt**

Das VBO-Landesprogramm in Sachsen-Anhalt orientiert sich an einem subjektorientierten Verständnis von Berufsorientierung und stellt Beratung und Begleitung in den Mittelpunkt des Programms. Mit dem Ziel, die persönlichen Interessen, Neigungen und Stärken der Schülerinnen und Schüler zu ermitteln und Berufsfelder zu erkunden, werden von sozialpädagogischen Fachkräften externer Bildungsträger zwei Berufsorientierungsmodule in der 7. und 8. Jahrgangsstufe durchgeführt.

27 <http://www.kompetenzagenturen.de> (15.12.2009)

BRAFO ist ein flächendeckendes Angebot zur Berufsorientierung für alle Schülerinnen und Schüler öffentlicher Sekundar- und Gesamtschulen sowie Schulen in freier Trägerschaft Sachsen-Anhalts; im Jahr 2009 waren dies über 7.300.

Das Konzept ist in zwei Module mit dem Schwerpunkt Praxiserfahrung gegliedert, die jeweils eine Phase der Vorbereitung, der Durchführung und der Nachbereitung umfassen. Die Jugendlichen werden durch die sozialpädagogischen Fachkräfte begleitet und angeleitet, ihre Erfahrungen zu reflektieren und nächste Schritte zu planen.

In einem ersten Modul lernen die Schülerinnen und Schüler eigene Interessen, Neigungen und Stärken kennen. Die Interessensanalyse erfolgt außerhalb der Schule ohne Einbindung der Lehrkräfte. Nach einer Vorbereitung durch Gespräche und Eingangsschecks erhalten die Teilnehmenden Gelegenheiten, sich in Werkstätten an vier Tagen sechs Stunden lang in vier Berufskategorien mit jeweils zwei Berufsfeldgruppen auszuprobieren. Die Ergebnisse der Erfahrungen werden ausgewertet, es finden eine Kompetenzfeststellung und Zielvereinbarungsgespräche statt, in die dann die Eltern und Lehrkräfte eingebunden werden.

Im Mittelpunkt des zweiten Moduls steht ein zusätzliches Betriebspraktikum. Es wird intensiv vorbereitet, die Zielvereinbarungen aus dem ersten Modul werden fortgesetzt. Während des Praktikums werden die Schülerinnen und Schüler sozialpädagogisch begleitet, nachher finden Auswertungsgespräche und eine Fortschreibung der Zielvereinbarungen statt. Die sozialpädagogischen Fachkräfte strukturieren den Prozess mit den Jugendlichen und beziehen Lehrkräfte und Eltern mit ein. Ein besonderes Angebot gibt es zudem für Lehrkräfte: Sie können selbst ein Betriebspraktikum oder einen Betriebsbesuch absolvieren und werten ihre Erfahrungen dann gemeinsam mit den sozialpädagogischen Fachkräften aus.

Weitere Informationen: <http://www.bwsa.de/AktuelleAngebote/BRAFO.htm>

### **1.6.3 Sozialpädagogisch orientierte schulische Konzepte für spezifische Zielgruppen**

Einen zentralen konzeptionellen Bestandteil bilden professionelle sozialpädagogische Beratung und Begleitung in vielen neuen pädagogischen Konzepten, die sich gezielt an Jugendliche richten, deren Abschluss gefährdet erscheint.

In den bereits im Kapitel 1.3 unter dem Stichwort „Werkstattklassen“ (z. B. BUS in NRW, SchuB in Hessen, Werkstatt-Klassen der Initiative „Du schaffst das!“ im Saarland) eingeführten Konzepten arbeiten sozialpädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte z. T. in Teams zusammen. Sie bieten individuelle Förderung, kleine Lerngruppen, Verzahnung der beruflichen und schulischen Lernorte und sozialpädagogische Betreuung.

Im Projekt „Abschlussquote erhöhen – Berufsfähigkeit steigern“ (AQB), beschrieben in Kap. 1.2.4, ist jeder Projektklasse eine Berufsstartbegleiterin/ein Berufsstartbegleiter fest zugeordnet. Externe Träger sind verantwortlich für die

Auswahl von Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie deren Ausbildung zu Berufsstartbegleiterinnen und -begleitern. Durch diese erfolgt eine enge Begleitung der Schülerinnen und Schüler in Zusammenarbeit mit den Klassenlehrkräften, den Erziehungsberechtigten sowie den Praktikumsbetrieben.

Die sozialpädagogischen Fachkräfte erstellen im Rahmen eines Case Managements Bildungs-, Förder- und Entwicklungspläne, sie begleiten die Prozessschritte und arbeiten mit kommunalen sozialen Diensten zusammen. Dabei gehören die Praktikumsakquise, die Betreuung der Schülerinnen und Schüler während des Praktikums sowie Bewerbungstraining zu ihren zentralen Aufgaben.

#### **1.6.4 Beratung und Begleitung als integraler Bestandteil schulischer Berufsorientierung**

Traditionell wurden Ursachen für Probleme und Benachteiligungen im Übergang Schule – Beruf bei den Jugendlichen gesucht, ihre Defizite sollten durch kompensatorische Angebote ausgeglichen werden. Nicht zuletzt im Gefolge der PISA-Ergebnisse rücken strukturelle Aspekte als Ursache für Schwierigkeiten im Übergang Schule – Beruf stärker in den Blick. Gefordert wird eine Öffnung und Veränderung bisheriger Schulkonzepte, eine neue Lernkultur, die Benachteiligungen entgegenwirke. Entsprechend werden einige Programme und Projekte Beratung und Betreuung als originäre Aufgabe schulischer Pädagogik. Beratung und Betreuung beschränken sich nicht auf definierte Zielgruppen, sondern werden allen Schülerinnen und Schülern gewährleistet, die sie brauchen.

Im Rahmen neuer Lernkulturen wandelt sich die Rolle der Lehrenden zu Lernberaterinnen und -beratern, die ihre Schülerinnen und Schüler kennen und in ihren Lern- und Entwicklungsprozessen durch individuelle Förderung unterstützen. Sie arbeiten eng zusammen mit sozialpädagogischen Fachkräften, z. B. aus der Schulsozialarbeit, mit externen Fachdiensten oder zusätzlichen pädagogischen Fachkräften. Dies gilt insbesondere für Phasen anstehender Veränderungen wie der Übergang Schule – Beruf.

#### **Hamburger Programm Berufsorientierung und Berufswegeplanung – Hamburg**

Das Programm wertet Beratung und Begleitung als festen Bestandteil der schulischen Berufsorientierung. Es formuliert folgende Leitsätze für den Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf (Aktionsbündnis für Bildung und Beschäftigung Hamburg/Behörde für Schule und Berufsbildung, Hamburg 2009: 11):

*Individuelle Berufswegeplanung:* Für jede Schülerin und jeden Schüler wird ein individueller Berufswegeplan erstellt und fortgeschrieben. Hierzu wird eine verantwortliche Lehrkraft/pädagogische Kraft benannt, die von der Schule mit der Begleitung der Schülerinnen und Schüler beauftragt und mit erforderlichen Zeitressourcen ausgestattet ist. Die Berufswegeplanung bzw. die Begleitung soll spätestens zu Beginn des Vorabgangsjahres beginnen.

*Individuelle Begleitung und Unterstützung:* Keine Schülerin und kein Schüler verlässt einen Bildungsgang oder eine Maßnahme, ohne dass ein Anschluss vereinbart ist. Jugendliche, die Schwierigkeiten haben, den Abschluss der allgemeinbildenden Schule zu erreichen und den Übergang in eine berufliche Ausbildung zu bewältigen, erhalten zusätzliche Beratungs- und Begleitangebote. Diese werden auf der Grundlage der Auswertung der bisher erfolgten Beratungs- und Begleitungsmaßnahmen abgesprochen und sind am individuellen Bedarf ausgerichtet.

Diese Leitsätze werden durch folgende Erfolgsfaktoren untermauert:

„Jugendliche haben einen persönlichen Ansprechpartner bzw. eine Ansprechpartnerin, der/die sie individuell im Prozess des Übergangs begleitet. Diese Person sollte über geeignete Erfahrung verfügen, während der Betreuung nur aus wichtigem Grund wechseln und den Jugendlichen jeweils bis zu einem halben Jahr nach Verlassen der Schule in das nachfolgende System, z. B. die berufliche Ausbildung oder Bildungsgänge in der Oberstufe oder im Studium, begleiten“ (ebd.: 12).

Um diese Ziele umzusetzen, arbeiten in Hamburg die Schulen eng mit der Berufsberatung der Agentur für Arbeit und anderen außerschulischen Beratungsdiensten zusammen.

Im Schleswig-Holsteiner „Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt“ (s. Kap. 1.8) wird diese Art der Betreuung und Beratung als „Coaching“ bezeichnet. Der aus dem Leistungssport und der Personalentwicklung stammende Begriff drückt aus, dass es darum geht, erfolgreiche Strategien zu trainieren und die Persönlichkeit zu stärken. Sie soll unterstützt werden, eigene Talente wahrzunehmen und eigene Leistungen zu verbessern (vgl. Fallner/Pohl 2001: 27).

Hierzu werden sachkompetente Personen eingesetzt, mit denen die Jugendlichen regelmäßig gemeinsam überlegen, Ziele planen und Wege verabreden können. Die Jugendlichen sollen mit dieser Hilfe sich selbst und eigene Möglichkeiten realistisch einschätzen lernen.

Das Angebot der Schulen umfasst außerdem flankierende Maßnahmen zur sozialen Integration, spezifische Angebote für Mädchen und Jungen und/oder Jugendliche mit Migrationshintergrund, Krisenintervention und Sozialtraining sowie individuelle Beratung.

„Das Coaching im Sinne des Handlungskonzepts wird als Querschnittsfunktion innerhalb des organisatorischen Rahmens Schule verstanden. Es handelt sich hierbei um die personenzentrierte Förderung von Schülerinnen und Schülern im Arbeits- und Aufgabenkontext durch

- prozessbegleitende Beratung (auf der Grundlage der Ergebnisse der Kompetenzfeststellungen und unter Verwendung des Berufswahlpasses),
- zielorientierte Anleitung (auf der Basis des Förderplans und der Zielvereinbarungen, an denen Eltern mitwirken),
- handlungsorientiertes Training (durch konkrete Aufgabenstellung sowohl innerhalb des schulischen Curriculums als auch innerhalb der individuellen Berufswegeplanung)“ (Landesregierung Schleswig-Holstein 2009: 13f.).

Coaching-Fachkräfte begleiten die Schülerinnen und Schüler individuell unter Berücksichtigung der persönlichen Lebenswelten der Betroffenen. Dabei bezie-

hen sie das schulische Umfeld und das private und regionale Umfeld mit ein. Dieser systemische Ansatz ist ein besonderes konzeptionelles Kennzeichen des „Handlungskonzepts Schule & Arbeitswelt“.

## Fazit

Beratung und Begleitung, speziell für gefährdete bzw. benachteiligte Zielgruppen, z. B. Jugendliche mit Migrationshintergrund, sind Bestandteile zahlreicher Programme und Projekte. Konzeptionell eint viele dieser Ansätze, dass sie sich an der Person orientieren, die Lebenswelt einbeziehen und in systemische Netzwerke eingebunden sind.

Unterschiede beziehen sich auf die Rollen und Aufgaben, die die Beraterinnen und Berater wahrnehmen sowie auf ihre Stellung im Rahmen der Berufsorientierung.

Einzelne Programme agieren ergänzend zum Angebot der Schule, andere sind mit Angeboten wie Kompetenzfeststellung und Praktikumsbegleitung verzahnt. Speziell in Klassen, die auf neue Lernkulturen zur Förderung Benachteiligter setzen, wird die Sozialpädagogik als konzeptioneller Bestandteil integriert, zum Teil bilden sozialpädagogische Fachkräfte und Lehrer/innen ein Team.

Erste Handlungskonzepte begreifen individuelle Begleitung, Coaching und Beratung als Aufgabe der Schule und nehmen personenzentrierte Angebote in das Regelangebot der Schule auf.

## 1.7 Schulqualität und Schulentwicklung

Die gesellschaftlichen Veränderungen und das erweiterte Verständnis von Berufsorientierung führen dazu, dass Schule als zentraler Ort neue Ansätze und Konzepte für die Berufsorientierung entwickeln muss. Diese sind eingebettet in Prozesse der Schulqualität und Schulentwicklung.

Dafür gibt es zwei zentrale Schaltstellen:

- Die erste Schaltstelle liegt in den Ländern. Sie sind verantwortlich für die allgemeinen Rahmenbedingungen und setzen mittels zusätzlicher Programme und Modellversuche Akzente für konzeptionelle Weiterentwicklungen auf Länderebene. Hier wird über mögliche Ansätze von berufsorientierendem Unterricht entschieden, Möglichkeiten für fächerübergreifenden Unterricht und betriebsnahe Praxiseinheiten können geschaffen werden. Mit den Rahmenlehrplänen und den personellen Ausstattungen werden die notwendigen Voraussetzungen geschaffen.
- Die zweite Schaltstelle liegt direkt in den einzelnen Schulen, in der Umsetzung vor Ort. Gefragt ist die Entwicklung von schuleigenen Konzepten zur Berufsorientierung, die Integration von Berufsorientierung ins Schulkonzept und in die Schulkultur. Es geht um die Zusammenarbeit in den Kollegien, um die Verankerung vor Ort, um den Aufbau von Kooperationen mit Betrieben und anderen externen Kooperationspartnern.

### 1.7.1 Öffnung der Schulen – Aufbau externer Kooperationen

Ver mehrt werden Kooperationen mit Bildungsträgern und Betrieben aufgebaut, um gemeinsam den Schülerinnen und Schülern Einblicke in die Arbeitswelt zu ermöglichen und ihnen Rüstzeug für ihre Berufs- und Lebensplanung zu geben. Dabei werden die Schulen in einigen Länderprojekten von Trägern unterstützt, die den Schulen Unterstützung bieten, indem sie koordinieren und Kontakte herstellen oder auch als „Servicestelle“ fungieren.

Ein Beispiel dafür ist das „Berliner Programm zur vertieften Berufsorientierung“ (BVBO) (s. Kap. 1.5). Das Programm ist eine ressortübergreifende Initiative Berlins<sup>28</sup>, die sich an alle Schulformen und Schülerinnen und Schüler ab der 8. Klasse richtet. Eine bei einem externen Träger eingerichtete Servicestelle bietet Bausteine zur vertieften Berufs- und Studienorientierung, die in Kooperation mit außerschulischen Partnern durchgeführt werden. Interessierte Schulen können diese Angebote buchen und an ihre schulischen und regionalen Bedürfnisse anpassen. Damit Berufsorientierung nachhaltig in den Schulen verankert wird, werden Schulen bei der Entwicklung ihres Konzepts für die Berufs- und Studienorientierung als Teil des pädagogischen Gesamtkonzeptes der Schule begleitet. Das Konzept ist erfolgreich und berücksichtigt die Heterogenität der Berliner Schullandschaft mit adäquater Vielfalt.

Einen ähnlichen Weg beschreitet Nordrhein-Westfalen. Im Rahmen einer umfassenden Berufsorientierung im Kontext der individuellen Förderung werden Kooperationen zwischen Schule und außerschulischen Partnern geschlossen. Basierend u. a. auf dem Rahmenkonzept „Berufsorientierung als Bestandteil einer schulischen individuellen Förderung“<sup>29</sup> bietet das Projekt „Zukunft fördern“<sup>30</sup> den Schulen Unterstützung bei der Berufswahlorientierung ihrer Schülerinnen und Schüler. In dem Projekt wurden zehn Module schulischer Berufsorientierung entwickelt, die die Schulen selbst oder in Kooperationen durchführen können. Mittels dieses Ansatzes wird die Entwicklung der Schulen hin zu berufsorientierenden Schulen unterstützt.

#### **„Zukunft fördern“ – Nordrhein-Westfalen**

Die von der Stiftung „Partner für Schule“ im Auftrag des Kultusministeriums durchgeführte Initiative „Zukunft fördern“ soll einen Beitrag dazu leisten, dass es Jugendlichen möglich wird, die richtige und passende Berufswahlentscheidung zu treffen. Das Programm richtet sich an Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden, weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen.

Zur Wahl gestellt werden zehn Module zur innerschulischen Berufswahlorientierung, die von Schulen selbst oder in Kooperation mit externen Partnern durchgeführt werden können:

- *Berufsorientierungsbüros* – Einrichtung eines Informations- und Berufswahlzentrums in der Schule;

28 Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales / Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung / Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

29 [http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Unterricht/Faecher/Berufs\\_Studienorientierung/Anlage\\_2.pdf](http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Unterricht/Faecher/Berufs_Studienorientierung/Anlage_2.pdf) (15.12.2009)

30 Ein Kooperationsprojekt des Ministeriums für Schule und Weiterbildung NRW, der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit und dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW

- *Berufsorientierungscamps* – mehrtägige praxisbezogene Fortbildungen für Schulklassen außerhalb von Schule, z. B. Sozialtrainings, Erlebnispädagogik, Bewerbungstrainings;
- *Kompetenzfeststellungsverfahren* – variable und zielgruppenadäquate Tests (handlungsorientierte Verfahren, Online- und schriftliche Tests) in den 8. Klassen, durchgeführt von externen Trägern;
- *Vertiefte Berufsorientierung an Förderschulen* – Kompetenzanalysen, individuelle Fähigkeits- und Qualifikationsprofile, Bewerbung und Reflexion;
- *Förderkurse für Lernende mit Zuwanderungsgeschichte* – Berufsorientierungs-AG mit dem Schwerpunkt Sprachförderung, gemeinsam mit externen Bildungsträgern;
- *Gründung von Schülerfirmen* – Erprobung von Selbstständigkeit durch den Vertrieb (selbst hergestellter) Produkte und Dienstleistungen;
- *Schülerbetriebspraktika im Ausland* – Erweiterung des Horizonts über Praktika im Ausland, z. B. im Rahmen von Schulpatenschaften;
- *Duales Orientierungspraktikum in der Sekundarstufe II* – Studienorientierung schaffen durch eine Hospitationswoche an einer Hochschule incl. Beratung durch die Zentrale Studienberatung und Hospitation in einem korrespondierenden akademisch geprägten Tätigkeitsbereich;
- *Theaterpädagogisches Berufswahltraining für Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte* – Rollenspiele und szenische Darstellungen zur Vorbereitung auf das Berufsleben in Zusammenarbeit mit professionellen Schauspielerinnen und Schauspielern oder (mehrsprachigem) pädagogischem Personal;
- *Sozialpraktikum* – gemeinsame Konzepte der Schule mit externen Experten wie Trägern der freien Wohlfahrtspflege zur Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Praktika im sozialen Bereich.

Beteiligt sind u. a. lokale Agenturen für Arbeit in NRW, regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) in NRW, regionale Bildungsbüros und Fachberater/innen für den Übergang Schule – Beruf, Hochschulen in NRW, Landschaftsverbände, Wohlfahrtsverbände, Träger der Jugendhilfe.

*Weitere Informationen:*

<http://www.partner-fuer-schule.nrw.de/zukunft-082008/index.php>

Das Programm „Initiative Oberschule – IOS“ in Brandenburg legt den Schwerpunkt auf die Entwicklung von Schulqualität in der Schule selbst, im Mittelpunkt stehen dabei Berufsorientierung, Praxislernen und die Förderung sozialer Schlüsselkompetenzen. Die Schulen entwickeln in Ergänzung zum Unterricht eigene Konzepte, um den Schülerinnen und Schülern bessere Schulabschlüsse zu ermöglichen, ihre Ausbildungsfähigkeit zu verbessern und ihr Selbstbewusstsein zu stärken.

Alle rund 130 beteiligten Schulen sind zur Kooperation mit externen Partnern verpflichtet. In Bezug auf die Auswahl der Kooperationspartner und auf die Projektkonzeption besteht weitgehende Entscheidungsfreiheit. Schulen entwickeln Ideen und können Fördermittel für Kooperationsprojekte, mit direkter Auszahlung an die Partner, beantragen.

Insgesamt sind in den Projekten die Kooperationen mit außerschulischen Partnern ausgeweitet worden und haben sich zu einem wichtigen Qualitätsmerkmal entwickelt. Die Kooperationen mit den außerschulischen Partnern bringen in den Schulen Entlastung und setzen gleichzeitig neue Impulse. Die Akzeptanz wird auch anhand der steigenden Nachfrage deutlich.

### 1.7.2 Veränderung der Lehr- und Lernkultur

Die Öffnung der Schule nach außen steht meist an erster Stelle, wenn Berufsorientierung und Schulentwicklung diskutiert werden. Dabei wird schnell aus dem Blick verloren, dass die Öffnung und die neuen Konzepte auch eine Wirkkraft nach innen haben und Schulen vor neue Anforderungen stellen. Wie können Praxiserfahrungen mit dem Unterricht verzahnt werden? Wie kann fächerübergreifend unterrichtet werden? Wie kann individuelle Förderung im Schulalltag umgesetzt werden? Welche Rahmenbedingungen werden benötigt?

Neue Lernkulturen verlagern den Schwerpunkt der Lernprozesse auf das Subjekt und verändern die Rolle der Lehrenden ebenso wie die Lernkontexte. „Unter dem allgemeinen Begriff ‚neue Lernkulturen‘ werden hier pädagogische Arrangements verstanden, die aufbauend auf konstruktivistischen Lerntheorien individuelle, eigenverantwortliche Lernprozesse zum Ziel haben, in denen der oder die Lernende die Verantwortung für das Gelingen trägt. Die Lehrpersonen sind wohl für die Herstellung eines strukturellen Rahmens zuständig, in dem ein solcher Lernprozess möglich werden soll, sie beraten und begleiten, aber sie belehren nicht mehr. Entsprechende Ansätze differenzieren in der Regel konzeptionell und methodisch nicht systematisch zwischen der Entwicklung spezifischer Kompetenzcluster, sondern verstehen Lernen als Entwicklungsprozess, der (...) Schlüsselkompetenzen und Persönlichkeitsmerkmale mit umfasst und in realen bzw. realitätsnahen Arbeitskontexten verortet ist“ (Niemeyer 2005: 78).

Die Bestandsaufnahme zeigt deutlich, dass in den Programmen und Projekten in diese Richtung zielende neue Ansätze entwickelt und erprobt werden. Erprobt werden fächerübergreifender Unterricht, andere Formen der Leistungsmessung, Angebote zur Persönlichkeitsstärkung, Teamteaching und neue Formen des Coaching. Berufsorientierung wird zur individuellen Berufswegeplanung mittels Kompetenzanalysen, zum Kennenlernen verschiedener Berufsfelder, zum Training sozialer Kompetenzen und Betriebspraktika. Eine neue Kooperationskultur unter den Lehrkräften, den Schülerinnen und Schülern, Eltern, Arbeitsagentur, Betrieben und Jugendhilfe wird aufgebaut.

Viele Impulse werden in den Modellprojekten für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf gesetzt, aber auch darüber hinaus verbreiten sich die Ansätze in der Schullandschaft. Die saarländische Initiative „Du schaffst das!“<sup>31</sup> hat sich in dem Modellversuch „Reformklassen“ die Entwicklung einer veränderten Lernkultur auf die Fahnen geschrieben. Mit dem Ziel, die Schulabbrecherquote im Saarland noch weiter zu senken ist die Initiative „Du schaffst das!“ vom Kultusministerium und der Bundesagentur für Arbeit ins Leben gerufen worden. Sie enthält zwei Teilprojekte, den Modellversuch „Werkstatt-Schule“ im berufs-

31 Eine Kooperation des Ministeriums für Bildung, Familie, Frauen und Kultur im Saarland mit der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland

bildenden Bereich und den Modellversuch „Reformklassen“ in den allgemeinbildenden Schulen. Ansatzpunkte sind frühe Förderung, ein starker Praxisbezug und individuelle Berufswegeplanung.

An sechs allgemeinbildenden Schulen sind Reformklassen eingerichtet worden. Die Reformklassen beginnen in der Klassenstufe 7 und führen zum regulären Hauptschulabschluss. In den Reformklassen werden neue Konzepte erprobt, die die aktuellen Erkenntnisse der Lehr-Lern-Forschung aufgreifen. Pädagogische Teams aus Lehrkräften, Sozialcoaches und Bildungsbegleitern streben gemeinsam eine optimale individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers und jeder Schülerin an. Sie erhalten weitgehende pädagogische Freiheiten, u. a. durch die Flexibilisierung der Lehrpläne und der Stundentafel, veränderte Formen der Leistungsmessung und durch den Wegfall des „Sitzenbleibens“.

Einen neuen Weg beschreitet auch Mecklenburg-Vorpommern mit einem besonderen Angebot in den nicht gymnasialen Bildungsgängen (Regionale Schulen, Gesamtschulen). Im Rahmen einer Flexiblen Schulausgangsphase von mindestens zwei und maximal vier Jahren können Schülerinnen und Schüler unter Beachtung ihrer individuellen Bildungsentwicklung den von ihnen angestrebten Schulabschluss erlangen.

Das Produktive Lernen ist ein besonderes Bildungsangebot der Flexiblen Schulausgangsphase und leistet einen Beitrag zur Individualisierung des Lernens in der Sekundarstufe I. Grundlage des Produktiven Lernens ist eine gänzliche Reorganisation des Schulablaufs der Schüler/innen, gegliedert in die Bereiche „Lernen in der Praxis“, „Kommunikationsgruppe“ und „Fachbezogenes Lernen“. Die Lehrkräfte werden über einen Zeitraum von zwei Jahren berufsbegleitend fortgebildet. Das Projekt führt zu einer neuen Lernkultur und ist lebendige Schulentwicklung!

### **Produktives Lernen im Rahmen der Flexiblen Schulausgangsphase – Mecklenburg-Vorpommern**

Schüler und Schülerinnen der Regionalen Schulen und der Gesamtschulen nach Beendigung der Jahrgangsstufe 7, die durch das übliche Unterrichtsangebot nicht ihren Entwicklungsmöglichkeiten entsprechend gefördert und gefordert werden können, können in einem flexiblen Zeitraum von mindestens zwei Jahren bis zu maximal vier Jahren die Flexible Schulausgangsphase besuchen und dabei durch Produktives Lernen neue Lernerfahrungen machen.

An drei Tagen in der Woche lernen die Schüler/innen an selbst gewählten Praxisplätzen in Betrieben, sozialen, politischen und kulturellen Einrichtungen sowohl praktisch als auch theoretisch. Sie bearbeiten individuelle Aufgaben und erhalten am Praxisplatz einen auf den jeweiligen Beruf zugeschnittenen praxisnahen Unterricht in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch. Jedem Schüler/jeder Schülerin steht während des betrieblichen Lernens neben der Lehrkraft ein betrieblicher Mitarbeiter als Praxismentor zur Seite. Schule und Unternehmen arbeiten also Hand in Hand und sind im zu vermittelnden Lehrstoff aufeinander abgestimmt.

An zwei weiteren Tagen pro Woche lernen die Schüler/innen in der Schule auf der Basis ihrer Praxiserfahrungen sowie ihres Praxisfeldes. Die fachlichen und kulturellen Gegenstände werden genutzt, um die eigene Praxis zu verstehen und das Handeln zu qualifizieren.

In der *Kommunikationsgruppe* wird das Lernen in der Praxis geplant, Erfahrungen werden ausgetauscht und ausgewertet. Es können themenbezogene Projekte und Kurse durchgeführt werden.

*Fachbezogenes Lernen* findet in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik statt, fachliche Kompetenzen sollen erfahrungsbezogen und individuell differenziert erworben werden.

In jedem Trimester werden als individuelles oder als Gruppenprojekt die *Lernbereiche Mensch und Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft sowie Natur und Technik* behandelt.

Die Schüler/innen erhalten eine Stunde *Individuelle Bildungsberatung* wöchentlich. Darin werden gemeinsam individuelle Lernpläne erarbeitet, evaluiert und weiter entwickelt. Sie sollen die persönlichen Bildungsbedürfnisse mit den praktischen Erfahrungen und den gewählten kulturellen und fachlichen Themen verknüpfen. Ein individueller Bildungsbericht evaluiert die Bildungsentwicklung ausgehend vom individuellen Bildungsstand.

*Weitere Informationen:*

[http://www.bildung-mv.de/de/schule/entwicklung/produktives\\_lernen](http://www.bildung-mv.de/de/schule/entwicklung/produktives_lernen)

### 1.7.3 Qualität in den Schulen sichern

Berufsorientierung soll zum integralen Bestandteil der Bildung in den allgemeinbildenden Schulen werden. Damit dies gelingen kann, bedarf es einer dauerhaften curricularen und strukturellen Einbindung berufsorientierender Inhalte in das System Schule. Es gilt, die Erfahrungen der Projekte auszuwerten, gute Praxis zu sichern und zu verbreiten. Es ist an den Ländern, gute Ansätze zu verstetigen und in den Schulgesetzen, Verordnungen und Rahmenlehrplänen zu verankern. Beispielsweise wurden in Mecklenburg-Vorpommern die guten Erfahrungen mit dem Produktiven Lernen mit der am 2. August 2009 in Kraft getretenen „Verordnung über die Flexible Schulausgangsphase“<sup>32</sup> nachhaltig verankert.

In den Bayerischen Hauptschulen wurde Berufsorientierung mit der Einrichtung der berufsorientierenden Zweige Technik, Wirtschaft und Soziales ab dem Schuljahr 2009/2010 gestärkt. Zusammen mit dem Fach Arbeit-Wirtschaft-Technik übernehmen die berufsorientierenden Zweige Technik, Wirtschaft und Soziales bei der Berufsorientierung der Schüler eine zentrale Aufgabe. Die Lehrpläne der bisherigen Fächer gewerblich-technischer Bereich, kommunikationstechnischer Bereich und hauswirtschaftlich-sozialer Bereich wurden mit berufs-

32 <http://www.schulwesen-mv.de/vo/vo-flexible-schulausgangsphase.php>. Verordnung über die Flexible Schulausgangsphase in nichtgymnasialen Bildungsgängen an den allgemeinbildenden Schulen (FlexSchAphVO M-V) vom 27. April 2009; (Mitt.bl. BM M-V Sondernummer 2/2009 S. 2); (Berichtigung Mitt.bl. BM M-V Sondernummer 3/2009 S. 42) Die Verordnung trat am 2. August 2009 in Kraft und am 31. Juli 2014 außer Kraft. (15.12.2009)

orientierenden Lernzielen und Lerninhalten ergänzt und so zu „Lehrplänen für die berufsorientierenden Zweige Technik, Wirtschaft und Soziales“<sup>33</sup> weiterentwickelt. Die Neuordnung ermöglicht den Schulen u. a. die Zusammenlegung der berufsorientierenden Stunden zu Praxistagen, sodass neue Arbeitsformen und auch externe Kooperationen möglich werden.

In der „Sächsischen Strategie der systematischen Berufs- und Studienorientierung“ (s. Kap. 1.8) ist die Verankerung der Berufs- und Studienorientierung in den Lehrplänen ab Klasse 5 in allen Schularten als Ziel formuliert. Die Umsetzung erfolgt in drei Schritten: Zuerst werden Kernziele für alle Klassenstufen und Schularten<sup>34</sup> formuliert, in einem zweiten Schritt werden Bezüge zu den Lehrplänen erarbeitet. Die Bezüge geben den Lehrkräften Anregungen, wie sie berufsorientierende Inhalte in ihre vorgegebenen Rahmenpläne integrieren können. Dabei werden alle Fächer berücksichtigt, so dass Berufs- und Studienorientierung sich wie ein roter Faden durch die Schullaufbahn der Schülerinnen und Schüler zieht. Besondere Schwerpunkte liegen allerdings in den Fächern Wirtschaft, Technik, Haushalt/Soziales (WTH) für die Mittelschule, Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft für das Gymnasium und das Fach Arbeitslehre für die Schule zur Lernförderung. Der dritte Schritt ist dann die Entwicklung von schuleigenen Konzepten zur Berufs- und Studienorientierung, die mit dem Qualitätssiegel für Berufs- und Studienorientierung ausgezeichnet werden können.

In den meisten Ländern werden Schulen zum Erwerb eines Qualitätssiegels für Berufs- und Studienorientierung aufgefordert. Das Qualitätssiegel gibt in den Schulen Anstöße für Entwicklungsprozesse und unterstützt den Aufbau eines systematischen an die besonderen Bedingungen (z. B. Zielgruppe, Region) der Schule angepassten Konzepts und dokumentiert gleichermaßen nach außen Qualität und Qualitätsstandards für Berufsorientierung.

Wichtige Impulse sind von dem Projekt „Berufswahl-SIEGEL“ der Bertelsmann Stiftung und dem 2004 gegründeten „Netzwerk Berufswahl-SIEGEL“<sup>35</sup> ausgegangen. Diesen Ansatz haben die meisten Bundesländer aufgegriffen und vergeben Qualitätssiegel für Berufs- und Studienorientierung. Die Siegel sind jedoch je nach Bundesland unterschiedlich. Die Gestaltung der Kriterienkataloge liegt bei den Ländern, so unterscheidet sich beispielsweise das Berufswahl-SIEGEL Baden-Württemberg für berufsorientierte Schulen (Boris<sup>36</sup>) von dem Qualitätssiegel „Berufswahlfreundliche Schule“ in Thüringen oder vom Bremer Qualitätssiegel „Schule mit vorbildlicher Berufsorientierung“. Eine Untersuchung der „Gemeinsamkeiten und Unterschiede“ bei SIEGEL-Kriterienkatalogen der unterschiedlichen Regionen (Wust/Butz o. J.) stellt fest, dass in den Regionen große Unterschiede zu verzeichnen sind: In fast allen SIEGEL-Katalogen sind ökonomische Themen, Projekte, Praktika, die Einbindung externer Akteure, außerschulische Informationsangebote und die Qualifikation der Lehrkräfte angesprochen. In keinem Katalog findet man dagegen die Themen Arbeitslosigkeit, Jobs und Übergangssystem. Fragen der work-life-balance sind fast ganz außer Acht gelassen, auch soziale Kontexte wie Migrationshintergrund kommen selten vor. Eine gemeinsame Diskussion über inhaltliche Standards (vgl. Brauer-Schrö-

33 Lehrpläne stehen unter <http://www.isb-hauptschulinitiative.de> zum Download bereit. (12.12.2009)

34 Download der Kernziele unter [http://www.sasj.de/bwp/pages/material\\_arbeitshilfen.html](http://www.sasj.de/bwp/pages/material_arbeitshilfen.html) (12.12.2009)

35 <http://www.netzwerk-berufswahl-siegel.de> (12.12.2009)

36 <http://www.berufswahlsiegel-bw.de> (12.12.2009)

der et al. o.J.) ist bereits begonnen worden, die Diskussion muss anhand eines Abgleichens der unterschiedlichen Kriterienkataloge fortgesetzt werden.

## Fazit

Die Bestandsaufnahme zeigt deutlich, dass in den Schullandschaften viel in Bewegung ist. In den Ländern werden neue Rahmenpläne für berufsorientierenden Unterricht entwickelt und diskutiert, in den Schulen werden Schulkonzepte erarbeitet, die Berufsorientierung ins alltägliche Schulleben integrieren. Gute Konzepte werden prämiert. Die Berufsorientierung wird mit neuen Lehr-/Lernkonzepten verbunden, die den Schwerpunkt auf individuelle Förderung im Übergang Schule – Beruf legen. Schulen öffnen sich nach außen, sie initiieren und intensivieren schulübergreifende Aktivitäten mit verschiedenen Akteuren vor allem aus der Arbeitswelt.

## 1.8 Koordination und Kooperation

Der Bedeutungsgewinn der Berufsorientierung hat zur Entwicklung einer Fülle von Angeboten geführt. Wirft man einen Blick auf das bunte Spektrum der Aktivitäten, fehlt es heute weniger an Menge als an Abstimmung. Wie im „Maßnahmen-Dschungel“ der Berufsvorbereitung ist auch in der Berufsorientierung ein buntes Geflecht von Anbietern, Zuständigkeiten, Bausteinen entstanden. Da weiß die eine Hand häufig nicht, was die andere tut, Angebote folgen selten einer einheitlichen Förderlogik. Viele Schulen melden mittlerweile Probleme, die Angebote zu sichten und sachgerecht einzuordnen.

Bereits eine 2007 erstellte Übersicht im Rahmen des Programms „Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben“ (vgl. Wissenschaftliche Begleitung zum SWA-Programm 2007) resümierte, „dass es eine große Vielfalt an Richtlinien, Projekten und Maßnahmen zur Stärkung von Berufsorientierung gibt, die – über das gesamte Bundesgebiet betrachtet – weitgehend unkoordiniert nebeneinander herlaufen, zahlreiche Parallelentwicklungen beinhalten und kaum voneinander profitieren“ (ebd.: 2).

Maßnahmen abzustimmen, Ressourcen zu bündeln und Doppelstrukturen abzubauen, ist das Ziel zahlreicher landesweiter und regionaler Initiativen. Sie bringen alle Beteiligten an einen Tisch, einigen sich auf gemeinsame Gesamtkonzepte und fördern darüber hinaus lokale Verantwortungsgemeinschaften.

Das Vorhaben der Kooperation und Koordination im Rahmen der Berufsorientierung ist ein hochkomplexes Geschäft, für dessen Gelingen die unterschiedlichen Aufgaben, Zuständigkeiten und Ziele auf verschiedenen Ebenen zu beachten sind:

- auf der Ebene der Schulen und ihrer direkten Partner,
- auf der regionalen Ebene,
- auf der Landesebene.

Auf allen Ebenen entstehen dynamische und von Konflikten bedrohte Konstellationen, in denen Einzelakteure durchaus unterschiedliche Rollen wahrnehmen und in unterschiedlicher Weise profitieren. Überall setzt Kooperation Offenheit, Vertrauen, gegenseitige Anerkennung, einen Ausgleich der Interessen, Flexibilität und Lernfähigkeit voraus.

Die folgende Darstellung fasst Erkenntnisse zu Kooperation auf der Umsetzungs- und der regionalen Ebene, die in den vorherigen Kapiteln bereits ausgeführt wurden, zusammen. Ein Schwerpunkt liegt auf der Vorstellung umfassender Konzepte im Sinne landesweiter Strategien.

### **1.8.1 Kooperation mit außerschulischen Partnern**

Wurde Berufsorientierung anfangs als Öffnung von Schule zu Betrieben hin verstanden, so rücken mit dem erweiterten Verständnis von Berufsorientierung auch Kooperationen mit Bildungsträgern, Vereinen und Initiativen oder der Jugendhilfe ins Zentrum.

Viele Programme unterstützen z. B. die Öffnung der Schulen hin zur Praxis (wie das Programm „Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Werkstätten“ des BMBF s. Kap. 1.4) oder zu Anbietern von Kompetenzfeststellung, Beratung und Begleitung (u. a. BRAFO – „Berufswahl richtig Angehen Frühzeitig Orientieren“ in Sachsen-Anhalt, s. Kap. 1.6). Sie stellen Ressourcen zur Verfügung, um die Kooperation mit außerschulischen Partnern auszuweiten, damit regen sie ein kooperatives Verständnis von Berufsorientierung an und machen dies zu einem Kriterium für Schulqualität, wie z. B. das Brandenburger Programm „Initiative Oberschule – IOS“.

### **1.8.2 Kooperation zwischen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen**

Um Übergänge von der allgemeinbildenden Schule in die berufsbildende Schule besser abzusichern, entstehen neue Modelle zur Kooperation dieser Schulformen in mehreren Bundesländern wie z. B. Bayern, Hamburg oder Hessen.

Ein Beispiel für die Kooperation zwischen allgemeinbildender Schule und beruflicher Schule bietet das „Neustädter Modell“ aus Niedersachsen (s. auch Kap. 1.4).

### **Neustädter Modell – Niedersachsen**

Der Schulversuch wurde 2004 gestartet, um die Zahl der Schulabgänger/innen ohne Schulabschluss zu verringern und um den Übergang in berufliche Ausbildung zu verbessern. Durch die frühzeitige Kooperation der beiden Schulen sollen die Schülerinnen und Schüler eindeutige berufliche Zukunftsperspektiven entwickeln. Die Vermittlung beruflicher Grundbildung im Umfang eines Berufsgrundbildungsjahrs bzw. der einjährigen Berufsfachschule verzahnt mit allgemeiner Bildung soll die Lernmotivation und damit auch die Chance auf den Hauptschulabschluss und Vermittlung in ein Ausbildungsverhältnis steigern.

Die Schülerinnen und Schüler werden in den Klassenstufen 9 und 10 im Verbund von der Kooperativen Gesamtschule Neustadt (KGS) und der Berufsbildenden Schule Neustadt am Rübenberge (BBS) beschult. Jede Klasse hat 24 Schülerinnen und Schüler, die für den Fachunterricht nochmals in Untergruppen von zwölf Schülerinnen und Schülern geteilt werden. Fachpraxis wird in den Berufsfeldern Farbtechnik und Raumgestaltung, Metalltechnik, Nahrung und Körperpflege angeboten.

Die Schülerinnen und Schüler werden drei Tage in der Woche an der KGS und zwei Tage an der BBS beschult. Die Klassenleitungen der KGS arbeiten eng mit den Kollegen und Kolleginnen der BBS zusammen. Die Verzahnung der Fächer Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften mit der Fachtheorie und Fachpraxis ermöglichen eine stundenweise Abordnung der Klassenleitungen an die BBS, sodass konstanter Kontakt gewährleistet ist. Die Fachlehrkräfte der BBS übernehmen in enger Abstimmung mit den Klassenleitungen ebenfalls Klassenleitungsfunktionen. Es gibt regelmäßige Klassenkonferenzen mit allen Lehrkräften, die in der jeweiligen Klasse unterrichten. Die Lehrkräfte stimmen die Inhalte untereinander ab und arbeiten als schulübergreifendes Team zusammen.

### **1.8.3 Regionale Netzwerke**

Eine nächste Form der Kooperation bildet die Koordination der Angebote und Aktivitäten auf lokaler und regionaler Ebene. Programme und Projekte zielen darauf, die beteiligten Partner in einen gemeinsamen Abstimmungsprozess zu bringen und die vielfältigen, nebeneinander laufenden Aktivitäten am Übergang Schule – Beruf zu einem kohärenten Unterstützungs- und Fördersystem weiterzuentwickeln.

Mit diesem Ziel fördert z. B. das Bundesprogramm „Perspektive Berufsabschluss“<sup>37</sup> mit der Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ 27 regionale Vorhaben. Die Vorhaben werden, da es sich um regionale Initiativen handelt, ausführlich in Kap. 2 dargestellt.

Die beteiligten Städte und Landkreise stellen sich der Aufgabe, den Übergang von der allgemeinbildenden in die berufliche Bildung in ihrer Region systematisch zu gestalten. Dabei wird die Vernetzung aller Akteure und Angebote vor

37 <http://www.perspektive-berufsabschluss.de> (15.12.2009)

Ort als eine Aufgabe begriffen, die auf der Ebene der Kommune zu bearbeiten ist.

#### 1.8.4 Landesweite Strategien

Einige Programme erstellen landesweite Gesamtkonzepte, in ihnen werden Kommunikationsprozesse der Durchführungs-, der regionalen und der Landesebene miteinander verzahnt. Auf der Basis gemeinsamer Qualitätsstandards werden neue Strukturen geschaffen, die eine qualitative und kohärente Berufsorientierung absichern. Ein erster Schritt dazu ist die Analyse der vorhandenen Strukturen, der beteiligten Ebenen, ihrer Aufgaben und Möglichkeiten. In Anlehnung an die Studie „Professionalisierung des Systems der Berufsorientierung – Konzept für ein System der Berufsorientierung im Freistaat Sachsen“ (IRIS e.V. 2009) können folgende Schwerpunkte unterschieden werden:

- 1) Die *normative Ebene*: Eine zentrale Voraussetzung einer Kooperation bildet die Verständigung auf gemeinsame Ziele und konzeptionelle Leitlinien. Die Diskussion findet in den Regionen statt, die Erfahrungen dort werden aufgegriffen, eine Festlegung erfolgt auf Landesebene. Auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse werden die Eckpfeiler der Konzepte gesetzt. Neben den verantwortlichen Steuerungsstellen werden die Vertreterinnen und Vertreter organisierter Interessen einbezogen.
- 2) Die *strategische bzw. die Steuerungsebene*: Auf Landesebene werden innerhalb der Planungsverantwortlichen, z. B. der Ministerien und weiteren Akteure Vorgaben erarbeitet, an denen sich die Angebote im Rahmen der Berufsorientierung orientieren, z. B. Qualitätsstandards. Gleichzeitig werden Strategien/Konzepte zur Umsetzung entworfen und Rahmenbedingungen ermöglicht. Auf regionaler Ebene müssen zunächst Verantwortliche der beteiligten Akteure (z. B. Schulleitungen, Kammern, Trägerverantwortliche) in einen Kommunikationsprozess treten, gemeinsam Angebote planen und die Voraussetzungen für ihre Umsetzung schaffen.
- 3) Die *operative Ebene*: Auf der Angebotsebene werden die Angebote zur Berufsorientierung durchgeführt und vernetzt.

Drei Programmbeispiele aus Hamburg, Sachsen und Schleswig-Holstein setzen in unterschiedlicher Ausprägung an allen drei Ebenen an. Da sie sehr umfassend angelegt sind, lassen sie sich kaum auf einen Schwerpunkt reduziert darstellen.

##### *Zu 1): Gemeinsame Ziele und konzeptionelle Leitlinien*

Ein Beispiel für die Entwicklung gemeinsamer Ziele und landesweiter konzeptioneller Leitlinien ist Hamburg: Unter dem Motto „Eine kluge Stadt braucht alle Talente“ hat die Hansestadt eine „Hamburger Bildungsoffensive“ entwickelt, die Grundlagen schafft für ein neu zu entwickelndes Übergangssystem Schule – Beruf. Die Initiative fußt auf der Erkenntnis, dass es zwar ein vielfältiges Angebot von Berufsorientierungsmaßnahmen, Bildungsgängen und Beratungsinstanzen gibt, es aber dennoch vielen Schülerinnen und Schülern nicht gelingt, einen direkten Übergang zu schaffen.

Ziele des neuen Übergangssystems (Behörde für Schule und Berufsbildung 2009: 3) sind:

- Die Bildungsbeteiligung für alle Jugendlichen soll unabhängig von der sozialen und ethnischen Herkunft erhöht werden.
- Die Lernerfolge und die Ausbildungsreife der einzelnen Schülerinnen und Schüler sind nachhaltig zu verbessern.
- Schülerinnen und Schüler sollen lernen, die eigene Bildungs- und Berufsbiografie aktiv zu gestalten.
- Die Übergänge zwischen den allgemeinbildenden Schulen und der beruflichen Ausbildung in den Betrieben, bei den Ausbildungsträgern und in den beruflichen Schulen sind eng zu vernetzen.

### **Hamburger Bildungsoffensive – Hamburg**

Mit dem Schuljahr 2010/2011 beginnend wird sich die Bildungsoffensive an alle Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen wenden. Sie soll möglichst viele Jugendliche direkt in Ausbildung bringen.

Das Übergangssystem Schule – Beruf umfasst insgesamt vier Bereiche:

1. die Berufsorientierung,
2. die Ausbildungsvorbereitung,
3. das Hamburger Ausbildungsmodell und
4. die Beratung und Vermittlung in der Region.

Damit wird Berufswahlentscheidung als ein kontinuierlicher Prozess verstanden, der ein über mehrere Schuljahre angelegtes, systematisches Konzept erfordert, das nicht an einzelnen Bildungsabschnitten endet. Zur Umsetzung des ersten Bereichs „Berufsorientierung“ innerhalb der Bildungsoffensive hat die Behörde für Schule und Berufsbildung im September 2009 das Hamburger Programm „Berufsorientierung und Berufswegeplanung“ vorgelegt. Darin werden Ziele und Aufgaben beschrieben:

„Mit dem Hamburger Programm verpflichten sich die Partner des Aktionsbündnisses für Bildung und Beschäftigung, ihren Beitrag zur beruflichen Orientierung und zum Übergangmanagement zu leisten und ihre jeweiligen Beiträge abzustimmen und aufeinander zu beziehen.“

Dem Aktionsbündnis gehören an: Agentur für Arbeit Hamburg, Vertreter der Bezirke, Behörde für Schule und Berufsbildung, Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, Gewerkschaften, Handelskammer Hamburg, Handwerkskammer Hamburg, Senatskanzlei, team.arbeit.hamburg und UVNord – Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

Die Partner des Aktionsbündnisses bringen mit ihrem Einsatz zum Ausdruck, dass es besonders wichtig ist, im Rahmen eines Gesamtkonzepts Verantwortung zu übernehmen, damit alle Jugendlichen – unabhängig vom sozioökonomischen Status der Eltern und der Spezifik der Lebenslage – gut beraten und gut vorbereitet Bildungs- und Ausbildungswege wählen und umsetzen können.

Das Hamburger Programm wendet sich an Jugendliche und deren Eltern, an Schulen und die Partner der Berufsorientierung und des Übergangsmagements. Es beschreibt Erfolgsfaktoren und benennt die Beiträge der jeweiligen Akteure und trägt damit zur Transparenz der umfassenden Leistungen der einzelnen Akteure bei. Darüber hinaus soll das Programm dazu beitragen, weitere Partner als Unterstützer auf dem Weg in die Berufswelt zu gewinnen.“

*Weitere Informationen:*

*[http://www.li-hamburg.de/fix/files/doc/Hamburger\\_Programm\\_%20Berufsorientierung\\_und\\_Berufswegeplanung\\_2009-09.2.pdf](http://www.li-hamburg.de/fix/files/doc/Hamburger_Programm_%20Berufsorientierung_und_Berufswegeplanung_2009-09.2.pdf)*

#### *Zu 2): Landesweite Systemqualifizierung*

Eine Programmalternative besteht darin, stärker „von unten“, von bestehenden Angeboten und Netzwerken auszugehen und diese durch Landesprogramme zu qualifizieren. So setzt man in Schleswig-Holstein bei funktionierenden regionalen Netzwerken und Gremien an, diese werden genutzt und ergänzt. Der Ausbau bzw. die Optimierung basieren auf den Ergebnissen und Erfahrungen, die in regionalen Steuerungsgremien ausgewertet wurden (Landesregierung Schleswig-Holstein 2009: 37). Dadurch verweben sich regionale und Landesstrategien und entwickeln sich gemeinsam weiter.

#### **Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt – Schleswig-Holstein**

Das Handlungskonzept wurde in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe des Bildungs- und des Arbeitsministeriums erarbeitet und unter Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit weiterentwickelt. Es befindet sich seit Sommer 2007 flächendeckend in der Umsetzung und ist zunächst bis 2013 angelegt.

Das Konzept vereint individuelle und systemische Komponenten als zentrale Bestandteile der Berufsorientierung: Auf der individuellen Seite werden Stärken von Schülerinnen und Schülern festgestellt und in Lernfelder transferiert, die eine fundierte Berufswahlentscheidung unterstützen. Coaching-Fachkräfte begleiten die Schülerinnen und Schüler individuell unter Berücksichtigung der persönlichen Lebenswelten der Betroffenen. Das Konzept arbeitet systemisch durch die Implementierung von Berufsorientierung an Schulen, die Integration von Praxiserfahrungen und den Auf- und Ausbau von regionalen Netzwerken.

Im Mittelpunkt stehen junge Menschen, die als so genannte benachteiligte Jugendliche Schwierigkeiten auf dem Weg von der Schule in den Beruf haben. Sie sollen „fit“ gemacht werden für eine Ausbildung, ihre Ausbildungsreife und Beschäftigungsfähigkeit verbessern. Damit zielt das Konzept auch darauf, Jugendarbeitslosigkeit zu reduzieren und den Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss zu senken. Hierzu dienen die Angebote der vier Handlungsfelder Coaching, Kompetenzfeststellung, Berufsfelderprobung und (niedrigschwellige) Qualifizierungsbausteine sowie die Sonderprojekte „Integrationsbegleitung für junge Menschen mit Einwanderungshintergrund InB“ (4 Standorte 2007–2009) sowie „Produktionsschule“ (2 Standorte 2009–2011).

Über die individuelle Ebene hinaus soll das Konzept die Kooperation von Schulen und Bildungsträgern in einem System kommunaler Steuerung des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt nachhaltig stabilisieren.

Die Verständigung und Weiterentwicklung der Professionalität der Partner wird durch gemeinsame Lernprozesse unterstützt. Gezielte Programme zur Personalqualifizierung dienen der Vertiefung des Wissens der Fachkräfte und der Weiterentwicklung der verwendeten Instrumente und Verfahrensweisen.

Auf dieser Ebene des Konzepts sind die landesweite Personalqualifizierung (PQ) und Systemqualifizierung (SQ) zentrale Bestandteile. Die PQ richtet sich auf die Vertiefung des Fach- und Anwendungswissens im Bereich Kompetenzfeststellung und Coaching einschließlich der Netzbildung auf Arbeitsebene. Die Systemqualifizierung zielt auf eine Verbesserung der Koordination regionaler Übergangssysteme in kommunaler Verantwortung.

Alle Elemente stehen in direktem konzeptionellen und organisatorischen Bezug zueinander.

Weitere Informationen: <http://www.mjae.schleswig-holstein.de>,  
<http://www.mbf.schleswig-holstein.de>, <http://www.ib-fh.de>

### Zu 3): Qualitätsstandards

Über die Vereinbarung gemeinsamer Ziele und konzeptioneller Leitlinien hinaus arbeiten einige Programme daran, die unterschiedlichen Auffassungen und Interessen der beteiligten Akteure zu einer gemeinsamen Grundlage zusammenzufügen. Dazu formulieren sie im Konsens getragene Qualitätsstandards, die eine Orientierung bieten für die Entwicklung, Durchführung und Bewertung der Angebote und für die strategische Steuerung.

Im Projekt „Optimierung lokaler Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen“ (OloV) und in der „Sächsischen Strategie zur systematischen Berufs- und Studienorientierung“ wurden Qualitätsstandards erarbeitet. Beide Ansätze umfassen pädagogische Standards zur Berufsorientierung und organisatorische Standards, die die Zusammenarbeit regeln.

#### **„Optimierung lokaler Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen“ (OloV) – Hessen**

In Hessen hat das Projekt OloV neue Impulse gesetzt. Das Projekt startete 2005 mit dem Auftrag, den Informationsfluss zwischen den lokalen Ausbildungsmarkt-Akteuren im Übergang Schule – Beruf zu verbessern, für mehr Transparenz zu sorgen, Doppelstrukturen zu vermeiden und die Berufsorientierung und die Vermittlung in Ausbildung durch Koordination und Kooperation der Akteure in den einzelnen hessischen Regionen zu optimieren.

OloV wird aus Mitteln des Landes Hessen und des Europäischen Sozialfonds gefördert und ist ein gemeinsames Projekt aller Partner des Hessischen Paktes für Ausbildung. Seit Ende 2008 wurde daraus eine landesweite Strategie, die hessenweite Koordination liegt bei der INBAS GmbH Offenbach.

Gemeinsames Ziel aller Paktpartner ist es, allen ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen eine Chance auf eine berufliche Ausbildung zu bieten. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel sind die „Qualitätsstandards zur Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit“, welche OloV aus der Zusammenarbeit mit Akteuren des hessischen Ausbildungsmarktes entwickelt hat. Seit März 2008 werden die Standards in den hessischen Regionen erprobt und umgesetzt.

Zu den Qualitätsstandards für den Prozess der Berufsorientierung gehört, dass jede Schule mindestens einen Schulkoordinator für Berufsorientierung benennt, Kompetenzfeststellungen durchführt und als Grundlage einer individuellen Förderung benutzt, dass Fortbildungen für schulische Fachkräfte angeboten, Praktika vorbereitet, begleitet und nachbereitet werden, dass Bewerbungstrainings stattfinden und die Schule die Erziehungsberechtigten einbezieht.

Weitere Informationen: <http://www.olov.inbas.com>

In Hessen werden verbindliche, allgemeine Qualitätsstandards und ergänzende und optionale Standards unterschieden. Damit werden Handlungsspielräume geschaffen, um regionalspezifische Umsetzungen zu ermöglichen. Zur Umsetzung werden in regionalen Arbeitsgruppen regionale Zielvereinbarungen erarbeitet.

In der „Sächsischen Strategie der Berufs- und Studienorientierung“ wurden auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Studie (IRIS e.V. 2009) Qualitätskriterien erarbeitet, die ein hohes qualitatives Niveau aller Projekte und Maßnahmen absichern sollen. Die Qualitätskriterien umfassen:

- pädagogische Kriterien, d.h. Kompetenzansatz, Handlungsorientierung, Subjektorientierung, Umgang mit Heterogenität, ganzheitliche Persönlichkeitsbildung, Lebens- und Arbeitsweltorientierung/Authentizität, Regional- und Zukunftsbezug und
- organisatorische Kriterien, d.h. Zusammenwirken verschiedener Akteure, Prozessorientierung/Passung des Berufsorientierungskonzepts, Transparenz, Dokumentation und Nachhaltigkeit (Schüler), Transfer und Nachhaltigkeit (Projekt).

Die Standards bilden eine wesentliche Grundlage für die Bewertung, Umsetzung und Ergebnissicherung von Vorhaben der Akteure und Netzwerkpartner. Gemeinsames Ziel ist es, die Berufswahlkompetenz und Ausbildungsreife der Schülerinnen und Schüler nachhaltig zu verbessern. Dazu werden verbindliche Elemente gemeinsam eingeführt:

- Verankerung der Berufs- und Studienorientierung in den Lehrplänen ab Klasse 5 in allen Schularten,
- Entwicklung von Standards für Schulkonzepte BO/StO,
- Entwicklung schuleigener Konzepte zur BO/StO,
- Berufswahlpass als Strukturgeber und Sicherung der Ergebnisse,
- Einbindung der Genderperspektive in die BO/StO,
- Qualitätskriterien für Projekte der BO/StO,
- Qualitätssiegel für BO/StO als Instrument der Qualitätsentwicklung.

Mit den landesweiten Strategien liegen umfassende Konzepte zur Berufsorientierung vor, die Signalwirkungen auf andere Länder haben könnten. Sie vereinbaren wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfordernisse der Praxis, kombinieren individuelle und systemische Komponenten, betrachten die Umsetzung und die Steuerung und verzahnen die regionale und die Landesebene. Ihr besonderer Verdienst liegt darin, die darauf aufbauenden Konzepte im Gespräch und im Konsens der jeweiligen Akteure im Land und in den Regionen zu entwerfen. Es entstehen so Strategien, mit denen sich die unterschiedlichen Verantwortungsträger und die Umsetzer im Land identifizieren, die der Berufsorientierung im jeweiligen Land ein spezifisches Gesicht geben.

## **Fazit**

Der Aufbau von Kooperationen und die Koordinierung der vielfältigen Angebote ist Thema in allen Ländern, dabei haben die Programme die vorhandenen Ebenen in unterschiedlicher Weise im Fokus.

Nahezu alle Programme ermöglichen und unterstützen die Zusammenarbeit der Schulen mit externen Partnern im Feld der Berufsorientierung auf der Ebene der direkten Umsetzung.

Einige Programme und Projekte tragen dazu bei, dass Akteure vor Ort lokale und regionale Angebote gemeinsam planen und aufeinander abstimmen.

Einzelne Programme sind umfassend angelegt, sie beziehen – neben der Umsetzungs- und der regionalen Ebene – auch die Landesebene in die Weiterentwicklung der Berufsorientierung ein. Hier einigen sich die Beteiligten auf einheitliche Ziele, definieren Qualitätsstandards und schaffen die notwendigen Strukturen.

## **2 Berufsorientierung als Gegenstand von kommunaler Bildungspolitik und des Engagements von Stiftungen**

*Franciska Mahl*

Der Aufgabe, die Vorbereitung Jugendlicher auf das Gelingen von Abschlüssen und Anschlüssen am Ende des Schulbesuchs zu verbessern, haben sich in besonderer Weise die Länder, die Bundesagentur für Arbeit und verschiedene Bundesressorts zugewandt. Ebenfalls mit dieser Aufgabe befassen sich seit einer Reihe von Jahren die großen Stiftungen und zwar insbesondere mit dem Fokus, die in Modellversuchen entwickelte gute Praxis in die Fläche zu bringen. In den letzten Jahren haben auch die Kommunen begonnen, sich in diesem Feld zu engagieren.

Einen Hintergrund dafür bildet ein generell wachsendes Engagement der Kommunen im Bildungsbereich. Besonders sichtbar wird dieses Engagement bei der vorschulischen Betreuung und Förderung, die zunehmend als Bildungsaufgabe verstanden wird und für die die kommunale Ebene zuständig ist. Ein zweiter Ausgangspunkt für ein bildungspolitisches Engagement der Kommunen ist die Beobachtung, dass die negativen Folgen des Misslingens der beruflichen Integration von Jugendlichen – insbesondere Dauerarbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung – auf kommunaler Ebene sichtbar werden und dort auch bearbeitet werden müssen. Insofern ist die Motivation groß, diesen Risiken durch ein Engagement zur Verbesserung der Übergänge in Ausbildung präventiv zu begegnen.

### **2.1 Kommunale Programme und Projekte zur Verbesserung von Abschlüssen und Anschlüssen am Ende des Schulbesuchs**

#### **2.1.1 Ausgangslagen für kommunale Programme und Projekte und empirische Grundlagen dieses Abschnitts**

Eine flächendeckende Abfrage zu kommunalen Aktivitäten im Feld der Berufsorientierung hätte den Rahmen dieses Beitrags gesprengt. Darum beziehen sich die Beschreibungen dieses Abschnitts auf Informationen, die das Deutsche Jugendinstitut im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung der Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ im Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) „Perspektive Berufsabschluss“ gesammelt hat. Seit 2008 entwickeln und erproben in dieser Förderinitiative 27 Kommunen und Landkreise neue Strategien, durch Kooperation und Koordination die Übergänge Jugendlicher von der Schule in Ausbildung zu verbessern und den Risiken der Ausbildungslosigkeit präventiv zu begegnen. Die Aktivitäten und

Entwicklungen an den 27 Standorten der Förderinitiative werden vom Deutschen Jugendinstitut in jährlichen Fallstudien untersucht. Die auf der Basis dieser Fallstudien erstellten analytischen Berichte für die Jahre 2008 und 2009 bilden die Informationsgrundlage für diesen Abschnitt.

Für die im Abschnitt 2.1.2 und 2.1.3 beschriebenen Projekte wurden zusätzlich 22 Projektverantwortliche angeschrieben und um detaillierte Informationen gebeten. Von zwölf Projekten liegen ausgefüllte Fragebogen vor, deren Informationen durch telefonische Rückfragen ergänzt bzw. vervollständigt wurden.

Was sind besondere Merkmale kommunaler Programme und Projekte in diesem Feld, die diese von Initiativen anderer Akteure unterscheiden? Eine erste Besonderheit der kommunalen Aktivitäten im Übergang Schule – Beruf liegt darin, dass diese häufig im Schnittpunkt unterschiedlicher Politikfelder angesiedelt sind: Das bildungspolitische Ziel, möglichst alle Jugendlichen zu (guten) Schulabschlüssen zu bringen, und das berufsbildungspolitische Ziel, möglichst alle Jugendlichen eine Berufsausbildung abschließen zu lassen, werden verbunden mit Zielen der Jugendpolitik, die auf eine Prävention der sozialen Ausgrenzung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gerichtet sind, mit Zielen der Integrationspolitik, die auf eine Verbesserung der beruflichen und sozialen Integration der Kinder aus Zuwandererfamilien abhebt, mit Zielen der Stadtentwicklung, die eine Verbesserung der Lebensbedingungen in vom Niedergang bedrohten Quartieren zum Gegenstand hat, oder mit Zielen der Wirtschaftsförderung, die das Vorhandensein eines gut qualifizierten Fachkräftenachwuchses für lokale Unternehmen im Blick hat.

Eine zweite Besonderheit des kommunalen Engagements in diesem Feld besteht darin, dass es auf eine Ressource zurückgreifen kann, die in besonderer Weise auf der kommunalen Ebene zu verorten ist: bürgerschaftliches Engagement. Bürgerschaftliches Engagement finden wir sowohl bei Unternehmen, die sich ihrer Standortkommune verbunden fühlen und sich über ihr betriebswirtschaftliches Interesse an Fachkräften hinaus in der Pflicht sehen, durch Förderung der beruflichen Integration der jungen Generation ihren Beitrag zum Wohl des Gemeinwesens zu leisten. Bürgerschaftliches Engagement finden wir bei Individuen, die ihren Weg ins Erwerbsleben erfolgreich gegangen sind, häufig bereits am Ende ihres Arbeitslebens stehen und ihrer Heimatgemeinde etwas zurückgeben wollen, indem sie junge Menschen auf ihrem Weg in Ausbildung und Arbeit Unterstützung bieten. Schließlich findet sich noch die Verbindung beider Formen von bürgerschaftlichem Engagement: Unternehmen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter motivieren (und diese auch unterstützen), sich in Angeboten zur beruflichen Integration von Jugendlichen zu engagieren.

### **2.1.2 Kommunale Strategien zur Verbesserung des Zugangs von Hauptschüler/innen/n zur betrieblichen Ausbildung**

Eine Verknüpfung unterschiedlicher Felder kommunaler Politik und das Nutzen bürgerschaftlichen Engagements (in diesem Fall: das Engagement lokaler Unternehmen für das Gemeinwesen) ist charakteristisch für den in einer größeren Zahl von Kommunen praktizierten Ansatz zur Verbesserung der Zugänge von Hauptschüler/innen zur betrieblichen Ausbildung. Diese in den letzten Jahren

entstandenen Projekte orientieren sich konzeptionell am „Hamburger Hauptschulmodell“, das im Jahr 2000 vom „Hamburger Netzwerk der Initiative für Beschäftigung“ ins Leben gerufen wurde und darauf abzielt, Hauptschüler/innen wieder verstärkt in ungeförderte Ausbildung zu bringen. Der Ansatz nimmt die Klagen von Ausbildungsbetrieben ernst, dass sie insbesondere unter den Absolventinnen und Absolventen der Hauptschulen keine für die Besetzung ihrer Ausbildungsplätze geeigneten Bewerber/innen finden. Der Ansatz geht weiterhin davon aus, dass in den Hauptschulen Jugendliche mit einer großen Vielfalt von Lebenslagen, Plänen, Motiven und Potenzialen beschult werden. Kern des Ansatzes ist es deshalb, die „richtigen“ Bewerber/innen mit den „richtigen“ Betrieben und passenden Ausbildungsberufen zusammen zu bringen.

### *Zielgruppen und Konzeption*

Der Ansatz richtet sich an die Schülerinnen und Schüler der Abgangsklassen von Hauptschulen, die mit großer Wahrscheinlichkeit den Hauptschulabschluss erreichen werden und im direkten Anschluss eine betriebliche Ausbildung aufnehmen wollen. Kernstück des Modells ist die kontinuierliche, individuelle Begleitung und Betreuung der Jugendlichen durch eine Fachkraft bis zum Gelingen des Übergangs in Ausbildung. Dabei liegt das Augenmerk auf den Stärken und Interessen der Schülerinnen und Schüler und weniger auf Zeugnisnoten als Indikatoren für die Ausbildungseignung.

Die Begleitung und Betreuung ist eingebettet in ein Netzwerk von Kooperationspartnern (die Koordinierungsstelle, beteiligte Schulen, Berufsberatung, Partnerbetriebe), die abgestimmt und arbeitsteilig ihre Beiträge leisten.

Grundprinzip des Ansatzes ist, dass das Zusammenbringen von Jugendlichen und Ausbildungsbetrieben als ein längerfristig angelegter Prozess verstanden wird. Indem die potenziellen Bewerber/innen – Jugendliche, die voraussichtlich den Hauptschulabschluss erwerben und unmittelbar im Anschluss an den Schulbesuch eine betriebliche Berufsausbildung beginnen wollen – frühzeitig identifiziert werden, besteht die Möglichkeit, sie eine Abfolge von Unterstützungsschritten durchlaufen zu lassen, die es ihnen erleichtern, eine fundierte und bewusste Berufswahlentscheidung zu treffen und die Ernstsituation der Bewerbung im richtigen Beruf und im richtigen Betrieb zu bewältigen. Gleichzeitig ist dieser längere Prozess auch geeignet, die Motivation der Jugendlichen zu stärken: Weil das Erreichen eines Ausbildungsplatzes als realistische Perspektive erscheint, wächst die Bereitschaft, dafür Anstrengungen (so z. B. zur Verbesserung der schulischen Leistungen) zu unternehmen.

Die teilnehmenden Jugendlichen durchlaufen eine aufeinander aufbauende Abfolge von Schritten:

- In einem ersten Schritt werden in der Schule Stärken- und Interessenprofile der Schüler/innen erarbeitet, die aus einer Einschätzung der Jugendlichen selbst und Fremdeinschätzungen von z. B. Mitschüler/innen/n, Lehrer/innen/n und Eltern resultieren.
- In einem nächsten Schritt werden auf Basis der festgestellten Stärken und Interessen der Schülerinnen und Schüler in einem Gespräch mit der Berufsberatung der Agentur für Arbeit passende Ausbildungsberufe gesucht, fachliche und persönliche Voraussetzungen geklärt sowie Vermittlungsangebote gemacht.

- Einen weiteren Baustein des Modells bildet ein Gespräch der Schülerinnen und Schüler mit einer/m Personalverantwortlichen in einem Partnerunternehmen der Schule. Die Jugendlichen erhalten an dieser Stelle eine fundierte Rückmeldung aus Arbeitgebersicht zu ihrer Berufswahl, zu ihren Bewerbungsunterlagen und zum persönlichen Auftreten sowie Tipps zum weiteren Vorgehen bei der Ausbildungsplatzsuche. Die Beratungsgespräche in den Unternehmen bieten den Schülerinnen und Schülern zudem eine gute Vorbereitung auf zukünftige Vorstellungsgespräche.

Der gesamte Prozess wird von einer Koordinierungsstelle, die Ansprechpartner für alle beteiligten Akteure ist, gesteuert. Durch die Berater/innen der Koordinierungsstelle werden die Jugendlichen kontinuierlich individuell betreut und beraten und erhalten bspw. Unterstützung beim Verfassen von Bewerbungsunterlagen und bei der Praktikums- und Ausbildungsplatzsuche. Daneben unterstützt die Koordinierungsstelle Unternehmen bei der Vorauswahl von Bewerberinnen und Bewerbern für Ausbildungsplätze.

- Aufgabe der beteiligten Schulen ist es, die Stärken und Interessen der Schülerinnen und Schüler einzuschätzen. Sie helfen bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen und ermutigen die Jugendlichen bei der Ausbildungsplatzsuche. Dabei stimmen sie sich mit den Berater/innen/n ab und informieren diese über Veränderungen in den Orientierungen und Plänen der Jugendlichen.
- Die Berufsberater/innen der Agentur für Arbeit geben den Jugendlichen Informationen über Ausbildungsberufe, unterstützen sie bei der Entscheidungsfindung und planen mit ihnen die zur Erreichung des Ausbildungsziels erforderlichen Schritte.
- Die Partnerunternehmen beraten die Schülerinnen und Schüler ihrer Partnerschule in Einzelgesprächen und geben Empfehlungen und Feedback aus Unternehmenssicht. Sie stellen Praktikumsplätze bereit und informieren über freie Ausbildungsplätze. Zudem wirken die Partnerunternehmen bei Veranstaltungen der Lehrerfortbildung mit und bieten Praktika für Lehrkräfte an.

#### *Dokumentation*

Ein zentrales Element im Begleitungsprozess ist die Erfassung der Wege der Jugendlichen und der zu ihrer Unterstützung eingeleiteten Aktivitäten in einem Dokumentationssystem. In einer Datenbank werden Schülerprofile und Beratungsergebnisse zusammengeführt und ermöglichen so z. B. auch den Abgleich von Informationen über Stärken und Interessen der Schüler/innen mit den Anforderungen der ausbildenden Betriebe und somit ein gezieltes „Matching“ von Bewerber/innen/n und ausbildungsbereiten Betrieben.

#### **Hauptschultalente für die Metropolregion Rhein-Neckar – Kooperatives Übergangsmanagement Schule – Beruf (KÜM)**

Das Kooperative Übergangsmanagement in der Metropolregion Rhein-Neckar wurde 2007 im Rahmen des Netzwerks „Vitaler Arbeitsmarkt“ entwickelt. Mit dem Ziel, Hauptschülerinnen und Hauptschüler auf einen erfolgreichen Übergang in den Beruf vorzubereiten, durchlaufen alle Jugendlichen

ab der 7. Klasse verschiedene Phasen der Berufsorientierung: die aktivierende Phase in Klasse 7, die berufsorientierende Phase in Klasse 8 und die integrierende Phase in Klasse 9. Zu Beginn jedes Schuljahres wird eine Bestandsaufnahme in Form von Checks durchgeführt (Talent-Check, Kompetenz-Check und Eignungs-Check). Den Jugendlichen werden darüber hinaus so genannte Lotsen zur Seite gestellt, die sie bei der beruflichen Orientierung unterstützen, begleiten und zum Handeln ermutigen. Als Grundlage der individuellen Beratung und Förderung dienen dem Lotsen die Ergebnisse der Checks. Der Lotse organisiert z. B. Gespräche zwischen Schüler/innen/n und Personalvertreter/innen/n der Partnerunternehmen oder vermittelt andere nützliche Hilfe. Die Lotsentätigkeit ist fester Bestandteil des Schulalltags. Ein lokales Monitoring-System stellt sicher, dass bei der Begleitung der Jugendlichen alle Maßnahmen aufeinander aufbauen und keine Brüche entstehen. Zudem kann auf Grundlage des lokalen Monitoringsystems festgestellt werden, welche Maßnahmen in welchem Kontext greifen. Um eine lokale Vernetzung zu fördern, wird „KÜM“ in örtlichen Bündnissen bestehend aus Schulleitung, Klassen- und Fachlehrer/innen/n, Partnerunternehmen, Berufsberater/innen/n, Elternbeirat, Schulträger, Vertreter/innen/n der Jugendberufshilfe und von Maßnahmenträgern sowie Ehrenamtlichen umgesetzt.

Weitere Informationen: <http://www.hauptschultalente.de>

### *Umsetzungsvarianten und Erfahrungen*

Insgesamt verzeichnen die kommunalen Projekte einen deutlichen Anstieg der Übergangsquoten in betriebliche Ausbildung. Zudem ist die Zahl der Ausbildungsabbrüche gesunken. Seit Bestehen des „Hamburger Hauptschulmodells“ konnte beispielsweise die Quote der Absolventinnen und Absolventen mit Hauptschulabschluss, die direkt in eine ungeforderte betriebliche Ausbildung übertraten, nahezu verdreifacht werden<sup>38</sup>. Nachbefragungen der Jugendlichen ergaben zudem, dass sich ein Jahr nach Beginn der Ausbildung noch 92 Prozent der Jugendlichen in ihrer ursprünglichen Ausbildung befanden. Darüber hinaus konnten die Vorurteile von Unternehmen gegenüber Hauptschulabsolventen abgebaut werden, sodass der Anteil der Betriebe, die Absolvent/inn/en dieser Schulform ausbilden, erhöht werden konnte.

Beim Vergleich der regionalen Umsetzungsformen lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede feststellen:

- Ein Unterschied betrifft die Beteiligung von Schulen in der Region. Während in Hamburg nach einer Pilotphase das Modell flächendeckend für alle Hauptschulen eingeführt wurde, ist in ähnlich angelegten Projekten nur eine Auswahl von Schulen beteiligt.
- Ein zweiter Unterschied betrifft die Beteiligung der Schüler/innen. Hier ist das Programm an vielen Standorten insofern selektiv, als nur Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden, für die die Prognose (meist der Lehrkräfte) lautet, dass sie den Schulabschluss erreichen, am Ende der Schulzeit die Ausbildungsreife erlangt haben und eine betriebliche Ausbildung anstreben. Demgegenüber bezieht das „Kooperative Übergangsmanagement“ in der

38 <http://www.arbeitsstiftung.de> (10.12.09)

Rhein-Neckar-Metropolregion beispielsweise alle Schüler/innen der betreffenden Klassenstufen der an der Pilotphase beteiligten Schulen ein (damit allerdings auch Schüler/innen, die anstreben, nach dem Besuch der Hauptschule weiter zur Schule zu gehen, um einen mittleren Bildungsabschluss zu erwerben).

- Unterschiede gibt es auch hinsichtlich des Beginns der persönlichen Begleitung und Betreuung der Jugendlichen. Während an den meisten Standorten die Begleitung mit Beginn des letzten Schulbesuchsjahres einsetzt, startet das „Kooperative Übergangsmanagement“ der Rhein-Neckar-Metropolregion bereits in der 7. Klasse mit der Stärken-Interessen-Erhebung. Zudem sind in dieser Region die Lotsen, die die Jugendlichen individuell begleiten und beraten, räumlich in der Schule angesiedelt, während diese an anderen Standorten zentral von einer Koordinationsstelle aus arbeiten. Einige Projekte bieten auch die Möglichkeit der Nachbetreuung: Im Projekt „Erfolgreich in Ausbildung“<sup>39</sup> ist der Übergangskoach auch noch im ersten Halbjahr der Ausbildung Ansprechpartner für Ausbildungsbetriebe und Auszubildende.
- Große Unterschiede gibt es bisher im Betreuungsschlüssel: Während die hauptamtlichen Begleiter/innen in einigen Projekten bis zu 100 Schüler/innen betreuen, liegt die Zahl der Betreuten an anderen Standorten deutlich niedriger.
- Schließlich haben sich die verschiedenen Standorte im unterschiedlichen Maße auch die Aufgabe gestellt, im Rahmen ihrer Kooperation mit den Schulen generell zu einer Veränderung und Verbesserung der schulischen Vorbereitung auf Abschlüsse und Anschlüsse beizutragen.

### **SCHLAU (Schule-Lernerfolg-Ausbildung) – Übergangsmanagement Hauptschule Ausbildung**

„SCHLAU“ ist eine Initiative der Stadt Nürnberg mit dem Ziel, die Zahl der Hauptschulabsolventinnen und -absolventen, die direkt nach Beendigung der Schullaufbahn in die ungeforderte duale Ausbildung eintreten, deutlich zu erhöhen und bildungsbiografische Umwege und Fehlschläge zu vermeiden. Dazu wurde die Koordinierungsstelle „SCHLAU“ eingerichtet, die den Übergang der jungen Menschen moderiert und eine Wegweiserfunktion übernimmt. Die Schülerinnen und Schüler werden durch die Mitarbeiter/innen der Koordinierungsstelle individuell beraten. Vom Ende der 8. Jahrgangsstufe bis zur Einmündung werden die Schülerinnen und Schüler in einen zu ihren Stärken und Interessen passenden Anschluss begleitet. Sie erhalten Unterstützung bei der Verbesserung ihrer Berufswahlentscheidungskompetenz, der Erstellung von Bewerbungsunterlagen sowie beim Finden eines Ausbildungsplatzes. Wesentlicher Bestandteil des Konzepts von „SCHLAU“ ist das Zusammenwirken von Schule, Berufsberatung und Partnerunternehmen. Die Personalreferentinnen und -referenten der rund 70 Partnerunternehmen führen als ehrenamtliche Unterstützer mit den Schülerinnen und Schülern Probebewerbungsgespräche und geben den Jugendlichen eine anschließende Rückmeldung über die Überzeugungskraft der eingereichten Bewerbungsunterlagen, das Auftreten und die Argumente, mit denen der Berufswunsch un-

39 <http://www.erfolgreich-in-ausbildung.de> (10.12.09)

termuert wurde. Die Einschätzungen der Personalreferenten sowie Erkenntnisse und Informationen der Berufsberater und der Schule werden an die Koordinierungsstelle weitergegeben. Die spezifischen Kompetenzen der drei Instanzen werden durch die Koordinierungsstelle „SCHLAU“ systematisch zusammengeführt, ergänzt und weiterentwickelt. Die Arbeit von „SCHLAU“ wird jährlich evaluiert. Die Ergebnisse werden in einem Tätigkeitsbericht veröffentlicht.

Weitere Informationen: <http://www.schlau.nuernberg.de>

## Fazit

Im Zentrum des beschriebenen kommunalen Ansatzes zur Verbesserung des Zugangs von Hauptschülerinnen und Hauptschülern zur betrieblichen Ausbildung und deren passgenaue Vermittlung in eine Ausbildung steht die kontinuierliche Begleitung der Jugendlichen durch eine Fachkraft, die als feste Ansprechperson fungiert und eine Mittlerfunktion zwischen den einzelnen Schüler/innen/n und allen am Berufsorientierungsprozess beteiligten Akteuren vor Ort einnimmt. Die Zusammenarbeit aller Beteiligten ist durch ein gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen gekennzeichnet, sodass alle Maßnahmen und Förderschritte zur Berufsorientierung systematisch ineinander greifen und aufeinander aufbauen.

Derzeit weisen die nach diesem Ansatz arbeitenden Programme und Projekte sehr unterschiedliche Entwicklungsstände auf. Teils haben sie den Charakter von Regelangeboten, die flächendeckend alle Schulen der Gebietskörperschaft einbeziehen, teils werden sie als Pilotprogramme durchgeführt, deren Verstetigung noch unsicher ist. Eine große Zahl von Kommunen, die mit diesem Ansatz arbeiten, steht in einem engen Austausch miteinander, sodass auch an anderer Stelle gewonnene Erfahrungen genutzt werden können.

Das in den Projekten genutzte Datenbanksystem wurde zum Teil fortentwickelt und ist in Bezug auf die regionalen Kontexte angepasst worden. Seine Stärke wird vielerorts darin gesehen, dass es geeignet ist, aus dem Beratungs- und Begleitprozess Monitoring-Daten zu generieren, die Aussagen über die Wirksamkeit unterschiedlicher Varianten der Förderung und Unterstützung ermöglichen und damit Grundlagen für eine Verbesserung der Förderstrategien liefern können. Zu beachten ist dabei allerdings, dass solche Datenbanksysteme nur dann brauchbare Daten liefern können, wenn in die Qualität der Daten auch investiert wird.

### 2.1.3 Mentoren- und Patenprojekte

Das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern zur Verbesserung der beruflichen Integration von Jugendlichen zu nutzen, ist ein zentrales Element von kommunalen Mentoren- und Patenprojekten. In solchen Projekten leistet die ehrenamtliche Arbeit einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Kom-

munen und stellt eine wichtige Ergänzung zur professionellen Förderung und Unterstützung dar.

Ein traditionelles Feld des ehrenamtlichen Engagements von Mentoren oder Paten für Schülerinnen und Schüler ist die Förderung der Sprach-, Schreib- und Lesekompetenzen der Kinder und Jugendlichen. Die Unterstützung der Übergänge von der Schule in Ausbildung als Handlungsfeld für bürgerschaftliches Engagement hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Ein zentrales Instrument von lokal verankerten ehrenamtlichen Initiativen, um den Übergang für Jugendliche an der ersten Schwelle zu erleichtern, ist die individuelle Begleitung dieser Übergänge. Der Ansatz basiert auf der Idee, dass ältere, erfahrene Menschen jüngere, weniger erfahrene Menschen in ihrer individuellen Entwicklung unterstützen. Ehrenamtliches Mentoring ermöglicht eine sehr intensive Form der individuellen Begleitung, die am persönlichen Bedarf der Begleiteten ansetzt.

In den letzten Jahren ist eine Vielzahl von Initiativen und Projekten in Deutschland ins Leben gerufen worden, die das Ziel verfolgen, durch Mentoring oder Patenschaften<sup>40</sup> die Startvoraussetzungen von jungen Menschen für den Einstieg in Ausbildung zu verbessern. Jugendliche erhalten im Rahmen dieser Patenschaften Unterstützung bei der Berufsorientierung, werden beim Erwerb der „Ausbildungsreife“ und in ihrem Sozialverhalten gefördert und gestärkt sowie dazu motiviert, einen guten Schulabschluss zu erreichen.

Träger von Mentoring- oder Patenschaftsprojekten im Übergang von der Schule in das Berufsleben sind unterschiedliche Institutionen und Organisationen wie z. B. Wohlfahrtsverbände, gemeinnützige Vereine, kommunale Einrichtungen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Kirchen und Freiwilligenorganisationen. Aber auch Betriebe engagieren sich in diesem Bereich, indem sie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermuntern, Patenschaften zu übernehmen.

### *Zielgruppen und Konzeptionen*

Patenschaftsprojekte zur Verbesserung der Übergänge von der Schule in den Beruf richten sich vor allem an Jugendliche, die in besonderem Maße von Übergangsproblemen betroffen sind und eine über eine Gruppenförderung hinausgehende individuelle Unterstützung und Zuwendung benötigen. Zielgruppen sind insbesondere Jugendliche aus Familien, die nicht über die benötigten Ressourcen verfügen, um ihre Kinder beim Gelingen von Abschlüssen und Anschlüssen am Ende des Schulbesuchs wirksam unterstützen zu können: junge Menschen mit Migrationshintergrund, bildungsbenachteiligte Jugendliche, Schülerinnen und Schüler aus sozial schwachen Familien. Meist sind die betreuten Jugendlichen Schülerinnen und Schüler von Hauptschulen, z. T. aber auch von Förderschulen.

Den Jugendlichen werden persönliche Mentoren bzw. Paten zur Seite gestellt, die sie individuell auf dem Weg in die Ausbildung begleiten und bei der Bewältigung des Übergangs Schule – Beruf unterstützen. Die Betreuung setzt in der Regel in den letzten zwei Schuljahren ein und reicht meist über die Schulzeit hinaus bis zur festen Platzierung in einer Ausbildung. Abhängig vom individuellen Bedarf der Jugendlichen wird die Begleitung noch während der Ausbildung fortgeführt, um bei auftretenden Problemen im Betrieb oder in der Berufsschule

40 Beide Begriffe werden hier synonym benutzt.

verlässliche Ansprechpersonen zur Verfügung zu stellen, auch um das Risiko von Ausbildungsabbrüchen zu verringern.

In der Mehrzahl der Programme übernehmen lebens- und berufserfahrene Menschen die Funktion der Mentoren oder Paten. Sowohl aktiv im Berufsleben stehende Bürgerinnen und Bürger als auch Personen, die sich in der Nacherwerbsphase befinden, werden eingesetzt. Häufig werden sehr gezielt Personen als Paten rekrutiert, die aufgrund ihrer aktuellen oder zurückliegenden beruflichen Position über enge Kontakte zur lokalen Wirtschaft verfügen und in Unternehmen selbst für Ausbildung zuständig sind oder waren.

Daneben gibt es aber auch „Peergroup-basierte“ Ansätze, die ausdrücklich den Einsatz von jüngeren Menschen als Mentoren vorsehen. Bei Patenschaften, die durch einen geringen Altersabstand zwischen Mentoren und „Mentees“ und einen ähnlichen sozialen Hintergrund gekennzeichnet sind, soll das hohe Identifikationspotenzial zwischen Betreuern und Betreuten genutzt werden: Die jungen Paten können die Situation und Schwierigkeiten in der Übergangszeit von der Schule in den Beruf gut nachempfinden und kennen sich in der Lebenswelt der Jugendlichen gut aus.

#### **„Freunde schaffen Erfolg“ in Stuttgart**

Im Mentoring-Modellprojekt „Freunde schaffen Erfolg“ des Caritasverbandes für Stuttgart e.V. werden Hauptschülerinnen und Hauptschüler über zweieinhalb Jahre (von dem Halbjahr der 8. Klasse an bis zum ersten Ausbildungsjahr) von so genannten „Peers“ ehrenamtlich begleitet. Die „Peers“ sind junge Menschen, die ihre berufliche Ausbildung bereits erfolgreich abgeschlossen haben, ebenfalls die Hauptschule besucht haben, aus demselben Stadtteil wie ihre betreuten Jugendlichen stammen und ebenso einen Migrationshintergrund besitzen. Durch diese Merkmale haben die Peer-Mentoren einen einzigartigen Zugang zu den Jugendlichen und werden von ihnen als Vorbilder gesehen. Sie leisten Unterstützung bei der individuellen Entwicklung von Bewerbungsstrategien, motivieren, beraten und bringen ihre praktischen Erfahrungen und Kontakte zu Firmen ein. Im Vordergrund der konzeptionellen Ausrichtung des Projekts steht die Persönlichkeitsfestigung und somit die Förderung der Ausbildungsreife der Jugendlichen. Die „Peers“ vermitteln die Inhalte und Themen anhand ihrer eigenen Erfahrungen und sind somit für die Jugendlichen in hohem Maße glaubwürdig und wichtig als Experten für ihre aktuelle Lebensphase.

Das Projekt „Freunde schaffen Erfolg“ wird bereits seit 2006 an der Rosensteinschule in Stuttgart-Nord umgesetzt. 2008 folgte der Ausbau des Projektes auch in der Lerchenrainschule in Stuttgart-Heslach. Dank der Förderung des Vereins Herzenssache e.V., einer Kinderhilfsaktion des SWR und SR, ist die Multiplikation des Projektes ab 2010 in sechs weiteren Gebieten Stuttgarts möglich.

*Weitere Informationen:*

*<http://www.freunde-schaffen-erfolg.de> und <http://www.caritas-stuttgart.de>*

Gegenüber jungen Paten bringen ältere Ehrenamtliche mehr Lebenserfahrung, ein umfassenderes berufliches Wissen und berufliche Netzwerke in die Paten-

schaft ein und können dadurch den Zugang zu Ausbildungsstellen erleichtern. Die generationsübergreifende Zusammenarbeit fördert den Dialog zwischen den Generationen. Neben dem umfassenden beruflichen Hintergrund sind bei den Paten als Voraussetzung für eine erfolgreiche Patenschaft Sozialkompetenzen gefordert wie Offenheit, Toleranz, Einfühlungsvermögen, Frustrationstoleranz, Reflexionsbereitschaft und -vermögen sowie Geduld.

Die Kontaktaufnahme zu den Jugendlichen erfolgt in der Regel in enger Kooperation mit deren Schulen und wird häufig über Projektkoordinatoren gesteuert. Die Jugendlichen werden in ihren Schulen über die Möglichkeit einer Patenschaft informiert und melden sich freiwillig für eine Teilnahme. Aber auch durch persönliche Ansprache durch Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, Fachkräfte in Beratungsstellen, Jugendtreffs oder in der Berufsberatung werden Jugendliche, für die eine Patenschaft infrage kommt, in ein Mentoringverhältnis vermittelt.

Die Zusammenführung von Paten und Jugendlichen wird meist durch die Projektkoordination mit Unterstützung von Lehrkräften übernommen. Beim „Matching“ werden die Wünsche der Paten und der Jugendlichen berücksichtigt. In der Regel werden geschlechtshomogene Tandems gebildet. Weitere Kriterien sind der individuelle Bereuungsbedarf der Jugendlichen, Zeitressourcen der Paten, aber auch deren spezifische berufliche Erfahrungen.

Im Verlauf der Patenschaften treffen sich Jugendliche und Mentoren in regelmäßigen Zeitabständen entweder in der Schule der Jugendlichen oder in öffentlichen Einrichtungen wie Bürgerhäusern.

Das Aufgabenspektrum der Mentoren richtet sich nach dem individuellen Bedarf der Jugendlichen. Mentoren unterstützen in der Entscheidungsfindung und Berufswahl, indem sie über Berufsfelder informieren, Erfahrungen und Wissen über die Arbeitswelt weitergeben, gemeinsam mit den Jugendlichen deren Stärken und Interessen erkunden sowie Berufswünsche erörtern und die Kompetenzentwicklung unterstützen. Sie zeigen alternative Bildungs- und Berufswege auf und entwickeln gemeinsam mit den Jugendlichen eine realistische Berufsperspektive. Sie helfen bei der Suche nach Praktikums- und Ausbildungsplätzen, bei der Kontaktaufnahme zu Unternehmen, beim Anfertigen von Bewerbungsunterlagen und der Vorbereitung auf Vorstellungsgespräche sowie Einstellungstests. Sie begleiten ihren „Mentee“ bei Behördengängen, bei Informationsveranstaltungen von Betrieben oder Ausbildungsmessen. Falls die Vermittlung in eine Ausbildungsstelle nicht gelingt, helfen sie bei der Suche nach Alternativen. Sie leisten vor allem Hilfe zur Selbsthilfe. Die Jugendlichen werden nicht aus der Verantwortung entlassen, sondern werden in ihrem Selbstvertrauen gestärkt und zum Handeln motiviert.

Das Herzstück einer Patenschaftsbeziehung ist ein Verhältnis „auf Augenhöhe“, das die enge Zusammenarbeit zwischen Mentor und „Mentee“ möglich macht. Befördert wird der Aufbau einer persönlichen Beziehung dadurch, dass Paten als Außenstehende auf freiwilliger Basis und aus echtem Interesse heraus Unterstützung leisten. Da bei den Treffen zwischen Paten und Jugendlichen auch private Themen behandelt werden können, kann sich eine vertrauensvolle und tragfähige Beziehung entwickeln. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Informationen durch die Paten vertraulich behandelt und nicht ohne Zustimmung weitergegeben werden.

Ein besonderes Merkmal von Patenschaftsprojekten ist die Verbindung von haupt- und ehrenamtlichen Funktionen. Durch hauptamtliche Kräfte wird der

organisatorische Rahmen abgesichert und ein Netzwerk von Fachleuten und Beratungsstellen bereitgestellt. Mentoren werden während ihrer Tätigkeit durch Hauptamtliche professionell begleitet und unterstützt. Zur Vorbereitung auf ihre Aufgaben und die mit diesen verbundenen Anforderungen nehmen die Mentoren an Einführungsseminaren teil und erhalten im weiteren Verlauf ihrer Tätigkeit regelmäßige Qualifizierungsangebote. Die Qualifizierung der Mentoren erfolgt in enger Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern wie Kammern, der Arbeitsagentur, Berufsschulen oder dem Jugendamt. Darüber hinaus stehen sie im regelmäßigen Kontakt mit anderen Paten und können sich bei gemeinsamen Treffen über Erfahrungen austauschen und sich gegenseitig beraten.

Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Mentoren und beteiligten Schulen wird ein ständiger Austausch über den Leistungs- und Entwicklungsstand des Schülers sichergestellt. Auch die Abstimmung zwischen Berufsorientierungsaktivitäten in den Schulen mit der Arbeit der Mentoren wird organisiert. Zudem wird mit den Fachkräften der Berufsberatung bei Fragen der Berufswahl und bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz eng zusammen gearbeitet. Die Eltern werden möglichst aktiv einbezogen, etwa durch Elternabende oder durch bilaterale Treffen.

#### **Patenschaftsmodell Ausbildung Offenbach (PMO)**

Das „Patenschaftsmodell Ausbildung Offenbach“ wurde 2004 ins Leben gerufen und ist ein Kooperationsprojekt des Evangelischen Dekanats Offenbach und dem Jugendamt der Stadt Offenbach. Hauptschüler/innen aus drei Offenbacher Schulen werden über zwei Schuljahre (8. und 9. Klasse) durch ehrenamtliche Paten betreut und begleitet mit dem Ziel, die berufliche Orientierung der Jugendlichen zu verbessern und ihre Vermittlungschancen auf dem Ausbildungsmarkt zu steigern. Das Patenschaftsmodell umfasst neben der Betreuung der Jugendlichen durch eine Patin/einen Paten vier Unterprojekte:

- Nachhilfe Deutsch – Mathe – Englisch: Das kostenlose Nachhilfeangebot, das in Absprache mit den Schulleitungen konzipiert wird, soll zu einer Leistungssteigerung beitragen, um die Ausbildungschancen der Jugendlichen zu verbessern.
- Beratungstage „Fit für die Bewerbung“: Ca. 40 Jugendliche werden von Personalverantwortlichen großer Firmen dabei unterstützt, den eigenen Berufswunsch zu konkretisieren und auszuformulieren sowie Übung und Routine im Führen eines Bewerbungsgespräches zu entwickeln.
- PMO-Lernberatung: Das PMO-Unterprojekt Lernberatung bietet Individualberatung und -training für lernschwache Jugendliche durch eine Montessori-Pädagogin.
- Fortbildung „Interkulturelle und soziale Kompetenz“: Die Fortbildungsreihe ist ein Angebot zur kulturellen Brückenbildung zu den Schüler/innen/n und vermittelt Methodenkenntnisse zu einem flexiblen und angemessenen Umgang mit sozialen und interkulturellen Problem- und Konfliktsituationen.

Weitere Informationen: <http://www.offenbach.de/offenbach/themen/leben-in-offenbach/bildung-und-berufsausbildung-und-uebergang-schule-berufseinrichtung/patenschaft.html>

### *Umsetzungsvarianten und Erfahrungen*

In der Ausgestaltung von Patenschaftsprojekten und deren organisatorischer Struktur gibt es eine große Bandbreite. Insbesondere in Bezug auf die Anzahl der beteiligten Schulen in der Kommune oder im Landkreis gibt es große Unterschiede: Teilweise werden Patenschaften nur an einzelnen Schulen angeboten, in anderen Fällen sind die Patenschaften in der gesamten Kommune bzw. im gesamten Landkreis flächendeckend eingeführt. Die Anzahl der jährlich initiierten Patenschaften kann somit zwischen fünf bis zu mehr als 300 variieren. Auch die Dauer einer Patenschaft ist je nach Projekt unterschiedlich angelegt. Sie reicht von der Betreuung ausschließlich im letzten Schulbesuchsjahr bis zu einer mehrjährigen Begleitung von der Vorabgangsklasse bis in die Ausbildung hinein.

Weitere Unterschiede gibt es bei der Auswahl der Jugendlichen: Einerseits werden gezielt einzelne Jugendliche einer Klasse mit Unterstützungsbedarf angesprochen, zum anderen nehmen aber auch gesamte Klassenverbände an Patenschaftsprojekten teil. Beim Betreuungsverhältnis existieren neben Patenschaften mit Eins-zu-Eins-Betreuung auch Betreuungskonstellationen, bei denen die Mentorenunterstützung in Kleingruppen umgesetzt wird.

Patenschaften finden eine hohe Akzeptanz bei den Jugendlichen, ihren Eltern und den Schulen. Auch auf betrieblicher Seite ist die Akzeptanz hoch: Ausbildungsbetriebe schätzen und nutzen Mentor/inn/en als Ansprechpartner während der Ausbildungszeit.

In vielen Patenschaftsprojekten haben sich die Übergangsquoten in Ausbildung durch die Unterstützung der Paten deutlich erhöht. Allein die Vermittlungszahlen in Ausbildung sind jedoch nicht aussagekräftig genug, um den Gewinn einer Patenschaft für die Beteiligten einzuschätzen. Jugendliche können durch die Hilfe der Paten eine fundierte Berufswahl treffen, sie gewinnen in einer Patenschaft an Selbstvertrauen, entwickeln soziale Fähigkeiten und Eigeninitiative.

Allerdings hat ehrenamtliche Tätigkeit auch ihre Grenzen: Rein quantitativ können nicht alle Jugendlichen mit einem entsprechenden Unterstützungsbedarf in einer Patenschaft betreut werden. Bei jungen Menschen mit multiplen Problemlagen kann ehrenamtliche Arbeit schnell an ihre Grenzen stoßen und die Unterstützungsmöglichkeiten der ehrenamtlich Tätigen können überstiegen werden. In diesen Fällen brauchen Jugendliche professionelle Hilfe. Mentoren können durch ein frühzeitiges Erkennen von Problemen und Konflikten entsprechende Hilfen vorbereiten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die Mentoren im Vorfeld ihres ehrenamtlichen Engagements über ihre spezifischen Aufgaben im Rahmen einer Patenschaft informiert werden.

Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen ist die Bereitschaft der Jugendlichen bei einer Patenschaft mitzuwirken. Zum Teil werden dazu schriftliche Vereinbarungen zwischen Jugendlichen und Mentoren, teilweise auch Eltern und Lehrkräften, getroffen, in der die Jugendlichen – neben der Festlegung der vorläufigen Dauer, Inhalte und Zielsetzungen der Patenschaft – ihre Bereitschaft zur Mitwirkung erklären und sich verpflichten, die Absprachen und regelmäßigen Terminvereinbarungen einzuhalten. Dadurch erhält die Zusammenarbeit einen formellen Charakter mit gegenseitiger Verbindlichkeit.

Ein wichtiges Kriterium für das Gelingen von Patenschaftsbeziehungen ist die „passgenaue“ Zusammenführung von „Mentee“ und Mentor/in. Darum wer-

den häufig gezielt Klassenlehrer, die die Jugendlichen gut kennen, in den Matchingprozess einbezogen. Probleme können sich u. a. daraus ergeben, dass sich Menschen in sehr unterschiedlichen Lebenssituationen und -welten begegnen. Kulturelle und soziale Differenzen zwischen den Paten und den zu betreuenden Jugendlichen können die Patenschaftsbeziehung erschweren, aber auch bereichern, indem Vorurteile abgebaut werden.

Eine wichtige Funktion kommt dem Zusammenwirken von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Ressourcen zu. Mentoren benötigen für ihre Arbeit eine entsprechende Qualifizierung und professionelle Begleitstrukturen. Sie benötigen die ständige Ansprechbarkeit von Hauptamtlichen. Auch die Unterstützung von Patenschaften durch Formen der Anerkennung, eine versicherungstechnische Absicherung, Aufwandsentschädigungen, Supervision und Erfahrungsaustausch sind wichtige Rahmenbedingungen.

Zur Vernetzung und Abstimmung mit anderen Unterstützungsmaßnahmen in der Berufsorientierung ist es notwendig, Patenschaftsprogramme in ein kommunales Netzwerk strukturell einzubetten. Patenschaften bilden ein ergänzendes Angebot zu professionellen Hilfsangeboten, die Lücken schließen und dazu beitragen können, aufwändigere Maßnahmen zu vermeiden bzw. andere professionelle Unterstützungshilfen zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zu aktivieren und somit deren Erfolgsaussichten zu steigern.

Um den Erfahrungsaustausch zwischen den zahlreichen Patenschaftsprojekten zu intensivieren, findet zunehmend auch eine überregionale Vernetzung von Mentoring- und Patenschaftsprojekten statt. Von der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration wurde das bundesweite Netzwerk „Aktion zusammen wachsen – Bildungspatenschaften stärken, Integration fördern“<sup>41</sup> ins Leben gerufen. Ziel der Aktion ist es, bestehende Patenschaftsprojekte für junge Menschen mit Zuwanderungshintergrund im Bildungsbereich bundesweit zu vernetzen und die Gründung weiterer Projekte zu unterstützen. Das Netzwerk ermöglicht einen Wissenstransfer zwischen den vorhandenen Projekten und unterstützt das Engagement der Projekte auf regionaler Ebene durch regionale Servicestellen.

## **Fazit**

Ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger leisten im Rahmen von Patenschaften im Übergang Schule – Beruf durch ihre Begleit- und Vorbildfunktion einen großen Beitrag zur Verbesserung der Ausbildungschancen benachteiligter junger Menschen. Die Unterstützung durch Mentoren über einen längeren Zeitraum, die als feste Bezugspersonen beim Einstieg in den Beruf zur Seite stehen, findet bei den Jugendlichen eine hohe Akzeptanz. Indem Mentoren ihre eigene Berufs- und Lebenserfahrung, ihre persönlichen Kontakte, eine andere Sichtweise und ein individuelles Vorgehen in eine Patenschaft einbringen, erhält die Begleitung der Jugendlichen eine sehr individuelle Note, wobei Mentoren gezielt auf die persönlichen Belange der Jugendlichen eingehen und in das persönliche Umfeld der Jugendlichen hineinwirken können.

41 <http://www.aktion-zusammen-wachsen.de> (10.12.09)

Mentoring als Instrument der Berufsorientierung stellt eine wichtige Ergänzung professioneller Beratungs- und Unterstützungsangebote dar. Patenschaften bieten eine zeitlich intensive Begleitung ausgerichtet am individuellen Bedarf der Jugendlichen, die durch institutionelle Regelangebote nicht in der Form erbracht werden kann. Um Nachhaltigkeit zu erreichen, müssen die Mentoringprojekte in ein tragfähiges kommunales Netzwerk eingebunden sein. Auch eine stabile Finanzierung, eine kontinuierliche Rekrutierung neuer Mentoren, Qualitätskontrolle und -sicherung sind wichtige Faktoren für das Gelingen von Patenschaften.

#### **2.1.4 Kommunale Strategien zur Koordination und Qualitätsentwicklung in der Berufsorientierung**

##### *Ausgangslage*

Die Vorbereitung von Schülerinnen und Schülern auf das Gelingen des Übergangs am Ende der Pflichtschulzeit ist seit einer Reihe von Jahren ein Schwerpunkt in einer Vielzahl von Projekten, Programmen und Aktivitäten. Aus der Vielzahl von Angeboten zur Berufsorientierung und Vielfalt der engagierten Akteure in diesem Feld resultiert ein hohes Maß an Unübersichtlichkeit für Jugendliche, ihre Eltern, Schulen und Lehrkräfte, aber auch für Personen und Institutionen, die mit der Angebotsplanung befasst sind. Aktivitäten laufen teilweise unkoordiniert nebeneinander her, stehen in keinem systematischen Zusammenhang und eine inhaltlich-konzeptionelle Abstimmung verschiedener Angebote findet häufig nicht statt.

Nach Einschätzung der vom Deutschen Jugendinstitut interviewten Expertinnen und Experten besteht – insbesondere für die Berufsorientierung – in vielen Regionen kein Mangel an Angeboten. Das Problem sei vielmehr die große Unübersichtlichkeit und eine ungleichmäßige Verteilung dieser Angebote auf die Schulen in der Kommune bzw. im Landkreis, sodass nicht alle Jugendlichen erreicht werden.

Die Verantwortlichkeiten für Übergänge von der Schule in die Berufsausbildung sind auf unterschiedlichen Ebenen und bei unterschiedlichen Stellen angesiedelt: Für die Schulen bei den Ländern, für die Berufsberatung, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen und für eine Reihe von Bundesprogrammen bei der Bundesagentur für Arbeit, für die Jugendsozialarbeit bei den kommunalen Jugendämtern usw. Bei dieser Vielfalt von Zuständigkeiten kristallisieren sich Städte und Landkreise als die Ebene heraus, die geeignet erscheint, Strategien zur Koordination und Abstimmung von Angeboten zu entwickeln und umzusetzen: Hier sind Jugendämter und Träger der Grundsicherung und häufig auch örtliche Arbeitsagenturen angesiedelt; hier sind die Kammern und sonstigen Gremien der Wirtschaft präsent; hier können im Kreistag beziehungsweise Gemeinderat die politischen Willensbildungsprozesse stattfinden, die für eine Abstimmung der Angebote notwendig sind.

Da Strategien zur Koordination von Angeboten zur Berufsorientierung auf der kommunalen/regionalen Ebene von den jeweiligen lokalen Ausgangslagen, Problemdiagnosen, Akteurs- und Angebotskonstellationen abhängig sind, werden bei den Umsetzungsschritten der lokalen Strategien verschiedene Schwerpunkte gesetzt. Typische Vorgehensweisen sind:

- Herstellung von Transparenz zum Übergangsgeschehen;
- Herstellung von Transparenz zur lokalen Angebotsstruktur;
- Entwicklung von Verfahren zur Qualitätsentwicklung und zur Vereinbarung von Qualitätsstandards;
- Entwicklung von Verfahren einer besseren Kooperation und Koordination der verschiedenen Akteure.

Im Folgenden werden diese lokalen Strategien zur Verbesserung der Koordination und Qualitätsentwicklung näher beschrieben. Als Informationsgrundlage dient auch hier eine Auswertung der analytischen Berichte zu den Vorhaben der Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.<sup>42</sup>

### *Herstellung von Transparenz zum Übergangsgeschehen*

Ein erster Schritt hin zu einer verbesserten Abstimmung der berufsorientierenden Angebote vor Ort besteht darin, zunächst zu klären, welcher Handlungsbedarf in der Kommune oder im Landkreis besteht. Durch die Schaffung einer differenzierten Datenbasis zum Übergangsgeschehen kann der spezifische Bedarf vor Ort geklärt werden. Mit der Erfassung der bestehenden lokalen Angebote im Bereich der Berufsorientierung sowie der vielfältigen Akteure in diesem Handlungsfeld lassen sich Doppelstrukturen, aber auch Lücken im Angebotsspektrum identifizieren. Die Ergebnisse bilden eine wichtige Grundlage und Ausgangspunkt für das weitere Vorgehen.

Aus den Unterschieden im Ausbau von Institutionen und Angeboten und der spezifischen Ausbildungs- und Arbeitsmarktlage vor Ort resultieren entsprechende Unterschiede in den Wegen Jugendlicher von der Schule in Ausbildung und Arbeit (vgl. Kuhnke/Reißig 2010). Um den lokalen Handlungsbedarf bestimmen zu können, werden belastbare Daten zu den Übergängen von den allgemeinbildenden Schulen in die Berufsausbildung benötigt. Aus der amtlichen Statistik liegen in der Regel keine systematischen und umfassenden Informationen über das lokale Übergangsgeschehen vor. Verfügbare statistische Daten (wie z. B. Schulstatistiken, Berufsberatungsstatistiken, Statistiken der Kammern) erlauben zwar Aussagen zu Teilaspekten und zum spezifischen Zuständigkeitsbereich der Institutionen, können aber aufgrund unterschiedlicher Erfassungskriterien und Erhebungszeitpunkte nicht ohne weiteres aufeinander bezogen werden. Bundesweite oder länderspezifische Diagnosen lassen sich nicht auf die lokale/regionale Ebene herunter brechen. Eine Herausforderung besteht somit darin, regionale Datengrundlagen zu schaffen, die die Wege der jungen Menschen von der Schule in das Arbeitsleben unabhängig von Einzelzuständigkeiten der beteiligten Institutionen übergreifend dokumentieren.

Dafür werden unterschiedliche Strategien eingesetzt:

Ein Verfahren, das Auskunft über die Nutzerinnen und Nutzer von Berufsorientierungsangeboten im lokalen und regionalen Kontext gibt, sind Schulabgängerbefragungen. In den Schulabgängerbefragungen werden u. a. Informationen zu den Voraussetzungen der Jugendlichen, ihrer Vorbereitung auf den Übergang,

<sup>42</sup> Gegenstand der analytischen Berichte sind die Strukturen und Prozesse zur Implementierung eines regionalen/lokalen Übergangsmanagements der am Programm teilnehmenden 16 Städte und 11 Landkreise. Weitere Informationen: <http://www.perspektive-berufsabschluss.de> (10.12.09)

ihren Berufswünschen und Anschlussplänen erhoben (vgl. Linke 2010). Um die Wege der Schulabsolvent/inn/en von der Schule in Ausbildung im zeitlichen Verlauf nachzuzeichnen, werden in einigen Kommunen Längsschnittuntersuchungen durchgeführt, die differenzierte Informationen über die von den Schulabsolvent/inn/en erreichten Anschlüsse und ihre weiteren Bildungs- und Ausbildungswege liefern und Rückschlüsse über die Qualität und Wirksamkeit von Angeboten und Maßnahmen erlauben (vgl. Gaupp et al. 2010a).

### **Bildungs-Forum-Hohenlohekreis**

Das Bildungs-Forum-Hohenlohekreis – ein Projekt des Landratsamtes Hohenlohekreis zur Verbesserung des Übergangsmanagements zwischen Schule und Beruf – hat mit der Durchführung einer Längsschnittstudie begonnen, die die Übergangsverläufe von Jugendlichen nach dem Schulabschluss über mehrere Jahre hinweg verfolgt. Im Frühjahr 2009 fand die erste Erhebung in den Abschlussklassen der Hohenloher Haupt-, Real- und Förderschulen sowie den Schulen für Erziehungshilfe statt, die Auskunft über die schulische Situation der Jugendlichen und ihre geplanten Strategien und Wege in die Berufsausbildung gab. Eine erste telefonische Nachbefragung der Jugendlichen erfolgte im November 2009. Mit einem Abstand von jeweils einem Jahr sind zwei weitere Nachbefragungen geplant, die die Wege der Schulabsolventinnen und -absolventen durch das Bildungs-, Ausbildungs- und Erwerbssystem nachzeichnen. Die gewonnenen Daten sollen Aufschluss geben über die Pläne und Wege von Förder-, Haupt- und Realschülern im Übergang von der Schule in die Berufsausbildung. Durch die Anlage als Längsschnitt können durch die Untersuchung Informationen zu den Effekten von Bildungsgängen, Angeboten und Maßnahmen gewonnen werden.

*Weitere Informationen: <http://www.bildungs-forum-hohenlohekreis.de>*

Einen weiteren Datentyp, der für die Ermittlung des lokalen Handlungsbedarfs genutzt wird, bilden in Datenbanken erfasste Prozessdaten aus dem Fallmanagement im Rahmen der Begleitung von Jugendlichen im Übergang Schule – Berufsausbildung. Solche Datenbanken, die die Übergänge der einzelnen Jugendlichen und deren Begleitung im Fallmanagement dokumentieren, werden in verschiedenen Programmen und Projekten eingesetzt: Berufseinstiegsbegleitung, Kompetenzagenturen und Koordinationsstellen von „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ arbeiten mit „elektronischen Fallakten“ (vgl. Schwammborn 2010). Kommunale Begleitprogramme nach Vorbild des „Hamburger Hauptschulmodells“ (s. Kapitel 2.1.2) haben eigene Verfahren der Dokumentation von Prozessdaten entwickelt und an die spezifischen Bedingungen vor Ort angepasst.

Mithilfe von Prozessdaten aus dem Fallmanagement können die Wege der Jugendlichen verfolgt und Rückschlüsse über die Effekte von Förder- und Unterstützungsangeboten gezogen werden. Zudem kann der Berufsorientierungsprozess der einzelnen Jugendlichen in seiner Entwicklung nachvollzogen werden. Durch Prozessdaten aus der Begleitung von Jugendlichen lassen sich sowohl auf aggregierter Ebene als auch fallbezogen Handlungsbedarfe im Bereich der Berufsorientierung ableiten.

Ein drittes Instrument, das die Abbildung von Übergängen zwischen allgemeinbildender und beruflicher Schulen ermöglicht, sind zentrale „Anmeldesysteme“, die Jugendliche nutzen können, um sich auf elektronischem Wege am Ende des Besuchs der allgemeinbildenden Schule für Bildungsgänge an den berufsbildenden Schulen anzumelden. In solchen „Anmeldesystemen“ werden Informationen zu den von den Jugendlichen beabsichtigten Anschlüssen, zum aktuellen Status im Übergang und ihrem Verbleib gewonnen. Damit können Beratungsprozesse für Jugendliche verbunden werden. Zudem lassen sich unversorgte Jugendliche frühzeitig identifizieren, sodass zielgerichtet Maßnahmen eingeleitet werden können. Voraussetzung für die Einrichtung und effektive Nutzung der Datenbank ist die Kooperation der maßgeblichen Institutionen bei der Nutzung des Anmeldesystems (vgl. Dankwart/Gollers 2010; Fitzen/Klein/Paul 2010).

### **„Schüler Online“ im Regierungsbezirk Detmold**

Im Regierungsbezirk Detmold wird zur Verbesserung der Koordination des Übergangs von den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in die Berufskollegs und zur Überwachung der Berufsschulpflicht das onlinegestützte Anmeldesystem „Schüler Online“ eingesetzt. Alle Schülerinnen und Schüler, die einen Bildungsgang an einer beruflichen Schule aufnehmen oder in die gymnasiale Oberstufe wechseln wollen, nehmen ihre Anmeldung bis Ende Februar vor. Die Benutzung des Systems ist freiwillig. Nach Abschluss des Anmeldezeitraums wird den Schüler/innen/n, die nicht im gewünschten Bildungsgang aufgenommen werden können, ein Alternativ- oder Beratungsangebot gemacht.

Das zentrale Anmeldesystem bildet ein wesentliches Bindeglied zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen: Mit der Einführung von „Schüler Online“ wurde einerseits das Anmeldeverfahren an den Berufskollegs vereinheitlicht und transparent gestaltet, andererseits wurde eine Planungsgrundlage für die Weiterentwicklung des Bildungsangebotes in der Sekundarstufe II geschaffen.

*Weitere Informationen: <http://www.schueleranmeldung.de>*

Neben den genannten Verfahren zur Schaffung einer Datengrundlage zum Übergangsgeschehen haben Kommunen begonnen, lokale Bildungs- und Berufsbildungsberichte zu erarbeiten. Hier haben die erstmals in den 1980er-Jahren erstellten Duisburger Berufsbildungsberichte eine Vorbildfunktion (vgl. Stender 2010). Lokale Bildungs- und Berufsbildungsberichte sind ein Verfahren der periodischen Berichterstattung, um Veränderungen und Entwicklungen im Zeitverlauf festzustellen. Berufsbildungsberichte informieren insbesondere über Zu- und Abgänge und Bestände von Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden in Einrichtungen und in Angeboten, die an die Sekundarstufe I anschließen. In der Regel werden für lokale Bildungs- und Berufsbildungsberichte vorhandene Daten genutzt. Durch lokale Bildungs- und Berufsbildungsberichte lassen sich spezifische Handlungsbedarfe im Bereich der Berufsorientierung identifizieren und Ergebnisse für lokale Steuerungsprozesse nutzbar machen (vgl. Felger/Süss 2010).

### *Herstellung von Transparenz zur lokalen Angebotsstruktur*

Durch das Zusammentreffen einer Vielzahl von Programmen zur Berufsorientierung von Bund, Ländern, Stiftungen und anderen Akteuren auf lokaler bzw. regionaler Ebene fehlt dort häufig ein Überblick über vorhandene Förder- und Unterstützungsangebote, deren spezifisches Leistungsprofil, deren spezielle Zielgruppen und deren Qualität. Die Projektlandschaft in diesem Handlungsfeld ist zudem durch ständige Veränderungen gekennzeichnet, was den Aufbau einer verlässlichen und für alle Akteure transparenten Förderstruktur erschwert. An einzelnen Schulen konkurrieren mehrere Berufsorientierungsangebote um die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern, während andere Schulen derselben Kommune oder desselben Landkreises in dieser Hinsicht unterversorgt sind.

Vor diesem Hintergrund sollen Bestandsaufnahmen zu den vorhandenen Unterstützungsangeboten die Transparenz zur Angebotsstruktur erhöhen und Grundlagen für Entscheidungen schaffen, wie unterschiedliche Angebote präziser aufeinander abgestimmt werden können, wo Doppelungen im Angebot beseitigt und wo Lücken im Angebot geschlossen werden müssen. Eventuelle Doppel- und Parallelangebote werden dabei nicht einfach ersatzlos gestrichen, sondern können zu ergänzenden Angeboten umfunktioniert werden.

Bestandsaufnahmen lokaler Berufsorientierungsangebote erfolgen z. B. als systematische Erhebung und Erfassung aller Aktivitäten an den Schulen im Bereich der beruflichen Orientierung. Befragungen von Schulleitungen und Lehrkräften, aber auch von Eltern und Schüler/innen/n der Abgangsklassen zur Einschätzung der bestehenden Angebote können Aufschluss darüber geben, wo Bedarfe auf Seiten der Schulen und Jugendlichen bestehen (vgl. Hofmann-Lun/Geier 2008). Die aus einer Bestandsaufnahme gewonnenen Informationen können dann als Planungsgrundlage für die Weiterentwicklung der Förderangebote im Bereich der Berufsorientierung dienen.

#### **Regionales Übergangsmanagement Berlin**

Das Regionale Übergangsmanagement in Berlin hat eine umfassende Situationsanalyse bezogen auf die drei Elemente des Übergangssystems Berufsorientierung, Berufsvorbereitung und Berufsausbildung durchgeführt. Die Situationsanalyse schließt eine ressortübergreifende Erhebung und Darstellung der relevanten Angebote am Übergang Schule – Beruf auf der Ebene aller Berliner Bezirke und des Landes ein. Zunächst wurden die Verantwortlichen auf der Programmebene mittels eines Fragebogens zum inhaltlichen Zuschnitt, den Ressourcen und der Förderung des jeweiligen Programms befragt. Diese Daten wurden in einer zweiten Stufe der Situationsanalyse in daran anschließenden vertiefenden Interviews mit den Umsetzenden der Angebote durch qualitative Informationen ergänzt.

Die Situationsanalyse zu den berufsorientierenden externen Angeboten an den Schulen ergab ein breites Spektrum an Aktivitäten, die sich u. a. nach ihrem inhaltlichen Schwerpunkt, der Organisationsstruktur, dem zeitlichen Umfang, der Abstimmung mit dem schulischen Berufsorientierungskonzept

oder der Teilnehmerzahl stark unterscheiden. Große Differenzen ergaben sich auch hinsichtlich der Versorgung der einzelnen Schulen mit externen berufsorientierenden Angeboten: Neben Schulen, die auf kein externes Angebot zurückgreifen können, gibt es Schulen mit bis zu zehn und mehr parallelen Angeboten. In Verbindung mit der Situationsanalyse wurde zur Veranschaulichung des Koordinierungsbedarfs in den einzelnen Schulen Übersichten („Schultapeten“) zu den derzeit umgesetzten externen berufsorientierenden Angeboten an allen allgemeinbildenden Berliner Schulen erstellt und den Schulaufsichten auf Bezirksebene zur Verfügung gestellt.

Weitere Informationen: <http://www.ruem-berlin.de>

Um die erfassten Informationen über Unterstützungs- und Förderangebote auf kommunaler/regionaler Ebene öffentlich zugänglich zu machen und interessierten Nutzer/innen/n wie Eltern, Jugendlichen, Schulen und den am Übergangsprozess beteiligten Akteuren zur Verfügung zu stellen, werden die Ergebnisse von Bestandsaufnahmen in Form von Handbüchern, Broschüren oder auf internetbasierten Informations- und Kommunikationsplattformen dokumentiert und regelmäßig fortgeschrieben. Neben der Analyse zum vorhandenen lokalen Angebotsspektrum und der Bedarfserfassung auf Schulebene wird der Fokus zum Teil auch auf die Bedarfe von lokalen Unternehmen gelenkt, indem diese nach ihren Erfahrungen und Anforderungen in Bezug auf Bewerber/innen befragt werden.

### **Regionales Übergangsmanagement – Koordinierungsbüro Saarbrücken (KoSa)**

Das „Koordinierungsbüro Saarbrücken (KoSa)“ – vom Regionalverband Saarbrücken als ausführendem Organ für die Etablierung eines regionalen Übergangsmanagements eingerichtet – arbeitet im operativen Bereich vor allem an der Systematisierung und Strukturierung der Angebote an der Schnittstelle Schule – Beruf und darauf aufbauend an der Klärung des Handlungsbedarfs. Auf Basis detaillierter Bestandsaufnahmen wurden zur besseren Übersicht umfassende Darstellungen zum vorhandenen Angebot an Maßnahmen und Förderprogrammen erarbeitet: Zunächst wurde durch „KoSa“ eine Synopse aller innerschulischen Hilfen im Regionalverband Saarbrücken erstellt, die Informationen über die Verbreitung verschiedener Unterstützungsangebote an den Schulen wie z. B. Berufseinstiegsbegleitung oder der vertieften Berufsorientierung enthält. Des Weiteren wurde ein Info-Portal „Schule – Beruf“ eingerichtet, das rund 90 Förderangebote im Regionalverband Saarbrücken rund um den Schwerpunkt Jugend und Beruf systematisiert darstellt und beschreibt. Das Portal dient als Leitfaden und Arbeitshilfe für alle Akteure im Übergangsgeschehen. Inhaltlich ist das Info-Portal in verschiedene Themenfelder wie z. B. Berufsorientierung/Berufsvorbereitung vor Schulabschluss unterteilt. Um die Aktualität der aufgeführten Angebote zu gewährleisten, steht die Übersicht ausschließlich online zur Verfügung. Die im Info-Portal Schule – Beruf enthaltenen Maßnahmen und Projekte sind zudem in einer Matrix auf einer Zeitschiene mit Beginn der 5. Klassenstufe vermerkt, die Informationen zum zeitlichen Einsetzen der Unterstützungsangebote liefert.

Zur Klärung des Bedarfs und als Grundlage für weitere Schritte werden von „KoSa“ eigene Datenerhebungen durchgeführt, in denen Schulleiter/innen, Schüler/innen der Abgangsklassen und Eltern befragt werden. Eine erste Befragung der Erweiterten Realschulen und Gesamtschulen im Regionalverband diente dazu, den Stand der beruflichen Orientierung an den Schulen zu erfassen.

Weitere Informationen: <http://www.kosa-net.de>

### *Verfahren zur Qualitätsentwicklung und zur Vereinbarung von Qualitätsstandards*

Sowohl Erhebungen zum Übergangsgeschehen (z. B. Schulabgängerbefragungen) als auch Bestandsaufnahmen zur Angebotsstruktur liefern nicht nur Hinweise auf die große Vielfalt von Angeboten, sondern auch auf große Unterschiede in der Qualität solcher Angebote (vgl. Hofmann-Lun/Geier 2008; Gaupp/Lex/Reißig 2010b).

Allerdings, der auf den ersten Blick naheliegende Schritt, auf der Basis solcher Daten auf kommunaler Ebene auch Entscheidungen über Vorgaben zur Qualitätsverbesserung bzw. über die Beendigung von Angeboten zu treffen, ist kaum praktikabel: Schließlich liegt die Zuständigkeit für die Bewertung von Qualität und daraus zu ziehende Schlussfolgerungen in der Regel nicht bei den Kommunen selbst, sondern bei den für die Programme und Projekte Verantwortlichen: den Kultusministerien der Länder, den Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit, den für Bundesprogramme eingerichteten Regiestellen.

Gleichwohl bleibt die Überprüfung und Verbesserung der Qualität von Angeboten eine wichtige und notwendige Anforderung zur Optimierung der lokalen Maßnahmestrukturen. Schließlich können Qualitätssicherung und Wirkungskontrolle dazu beitragen, dass vorhandene Ressourcen zielgerichtet eingesetzt, Angebote am Bedarf ausgerichtet und deren Wirksamkeit verbessert werden.

Angesichts dieser komplexen Konstellation haben Kommunen und Landkreise mit dem Ziel des Aufbaus eines systematischen Qualitätsmanagements in der Berufsorientierung begonnen, in einem kommunikativen Verfahren gemeinsam mit allen relevanten Akteuren verbindliche Qualitätsstandards für berufsorientierende Angebote zu erarbeiten. Hier liegt eine Herausforderung darin, einen gemeinsamen Maßstab und einheitliche Bewertungskriterien zu finden. Schließlich berührt eine vergleichende Bewertung der Qualität von Angeboten unmittelbar die Interessen von Anbietern und kann die Kooperation und Koordination zwischen den Akteuren behindern. Da die Kommunen und Landkreise den anderen Akteuren in der Regel keine Vorgaben machen können, können verbindliche Qualitätsstandards nicht per „Weisung von oben“ durchgesetzt werden.

Ein Lösungsansatz besteht in einer Konsensbildung der beteiligten Akteure in Bezug auf die „Sinnhaftigkeit“ von Qualitätskriterien. Durch die Schaffung einer „Vereinbarungskultur“ verbunden mit Selbstverpflichtungen und Zielvereinbarungen der relevanten Akteure wird versucht, die Voraussetzungen für eine verbindliche Vereinbarung von Qualitätskriterien zu schaffen.

Ähnlich begrenzt, stellen sich die kommunalen Handlungsmöglichkeiten im Hinblick auf eine Verbesserung der Vorbereitung auf Abschlüsse und Anschlüsse durch Schulentwicklung dar: Schulische Konzepte und Angebote zur Berufsori-

entierung sind an den einzelnen Schulen sehr unterschiedlich entwickelt. Auch bei der Versorgung mit Berufsorientierungsangeboten von externen Anbietern ergeben sich große Unterschiede zwischen Schulen, die von einem Versorgungsmangel bis zur Überfrachtung mit Angeboten zur Berufsorientierung reichen. Bei realistischer Einschätzung der begrenzten eigenen Handlungsmöglichkeiten haben Kommunen begonnen, Schulen bei der Entwicklung und Fortschreibung von Curricula und Konzepten zur Berufsorientierung zu unterstützen, um eine systematische und flächendeckende Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen zu erreichen.

### **Koordinierungsstelle Regionales Übergangsmanagement Leipzig**

Die Koordinierungsstelle „Regionales Übergangsmanagement Leipzig“ führt in Zusammenarbeit mit dem IB e.V. ein Modellprojekt zur Sensibilisierung und Aktivierung von Eltern beim Übergang Jugendlicher zwischen Schule und Arbeitswelt durch. Umgesetzt wird das Modellprojekt an einer Förderschule und einer Mittelschule in Leipzig über einen Zeitraum von etwa zwei Jahren. Im Rahmen des Projekts sollen Instrumente und Methoden zur Ansprache, Sensibilisierung, (Re-)Aktivierung und Partizipation von Eltern an der Berufsorientierung ihrer Kinder entwickelt und erprobt werden. Erreicht werden sollen insbesondere benachteiligte Elternhäuser und Jugendliche mit schwierigen sozialen Ausgangsbedingungen am Übergang Schule – Beruf. Projektschwerpunkte sind insbesondere die Durchführung von Elterntrainingskursen zur Unterstützung und Erlangung von Erziehungs Kompetenzen sowie die Bereitstellung von Elternbildungsangeboten zu berufs- und arbeitsweltbezogenen Themen. Neben der Entwicklung und Erprobung von Instrumenten zur Elternarbeit stehen im Modellprojekt insbesondere die Nachhaltigkeit und Verstetigung der Angebote im Mittelpunkt. Es sollen Transferkonzepte entstehen, um Arbeitsergebnisse auf andere Schulen oder Standorte zu übertragen.

*Weitere Informationen: <http://www.uebergangsmanagement-leipzig.de>*

Die initiierten Schulentwicklungsprozesse beziehen sich dabei je nach lokalem Bedarf insbesondere auf eine stärkere Verzahnung und Abstimmung der vorhandenen Angebote zur Berufsorientierung, auf die Förderung der Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft, auf eine verstärkte Elternarbeit im Bereich der Berufsorientierung, auf die Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen und Jungen sowie von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Die Umsetzung dieser Prozesse erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den schulischen Akteuren und unter Einbeziehung externer Kooperationspartner. Dazu werden u. a. ergänzende Fortbildungsangebote für Lehrkräfte im Bereich der Berufsorientierung bereitgestellt. In anderen Schulen entwickelte Förderansätze werden übernommen und zunächst modellhaft erprobt. In einem weiteren Schritt findet nach erfolgreicher Erprobung eine Übertragung der Erfahrungen und Ergebnisse auf weitere Schulen statt. Wichtige Voraussetzung für das Gelingen von durch die Kommunen angestoßenen Prozessen der Schulentwicklung ist die Kooperationsbereitschaft der beteiligten Schulleiter/innen und Lehrkräfte und eine enge Zusammenarbeit mit Kultusministerien und Schulaufsicht.

### **Regionales Übergangsmanagement Schule – Beruf der Landeshauptstadt Stuttgart**

Ein Schwerpunkt des regionalen Übergangsmanagements in Stuttgart liegt in der Begleitung von Schulentwicklungsprozessen. Unter dem Titel „Startplatz Schule verbessern“ werden Stuttgarter Pilotschulen dabei unterstützt, einzelne Konzeptbausteine, die für einen gelingenden Übergang Schule – Beruf relevant sind, im schulischen Kontext weiterzuentwickeln. Die Unterstützung der Schulen erfolgt zunächst für ein Jahr mit der Option zur Verlängerung und beinhaltet u. a. die strukturelle Verankerung der Begleitung der Schüler/innen durch Mentoren, die Entwicklung der Zusammenarbeit mit Eltern und den Ausbau von Kooperationen mit Betrieben. Ein Transfer der Ergebnisse aus der Schulbegleitung auf weitere Schulen ist im Anschluss an die Pilotphase geplant. In Zusammenarbeit mit dem staatlichen Schulamt werden Fortbildungsveranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer angeboten.

*Weitere Informationen: <http://www.stuttgart.de/ruem>*

#### *Entwicklung von Verfahren einer besseren Kooperation und Koordination der verschiedenen Akteure*

Die Abstimmung und Optimierung der Angebotsstrukturen in der Berufsorientierung erfordert die Zusammenarbeit einer großen Anzahl von bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Akteuren: Allgemeinbildende Schulen haben qua gesetzlichem Auftrag eine Schlüsselfunktion bei der Vorbereitung Jugendlicher auf die Übergänge am Ende der Sekundarstufe I. Ein wichtiges Instrument schulischer Berufsorientierung sind Betriebspraktika, die wiederum eine enge Kooperation mit ortsansässigen Betrieben erfordern. Ein weiterer zentraler Kooperationspartner bei der beruflichen Orientierung ist die Bundesagentur für Arbeit mit ihrer flächendeckenden Zuständigkeit für Berufsberatung, ihrem Engagement in der „vertieften Berufsorientierung“ und der Umsetzung des Programms „Berufseinstiegsbegleitung“. Allgemeinbildende Schulen arbeiten zusammen mit Berufsschulen und überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen, in deren Werkstätten Schüler/innen Praxiserfahrungen in dualen Ausbildungsberufen gewinnen. Kammern leisten Unterstützung durch Bildungs- und Ausbildungsberater bzw. -begleiter/innen. Berufsorientierende Angebote an Schulen werden zudem in Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe bzw. der Jugendsozialarbeit unter Beteiligung freier Träger durchgeführt. Durch eine Verbesserung von Kommunikations- und Kooperationsstrukturen können Förder- und Unterstützungsangebote abgestimmt und gezielt miteinander verknüpft werden.

Für die Zusammenarbeit ist eine präzise Klärung von Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten der einzelnen Akteure eine wichtige Voraussetzung. Dies betrifft sowohl Handlungsmöglichkeiten im eigenen Zuständigkeitsbereich als auch Beiträge, die durch eine Zusammenarbeit mit anderen Akteuren geleistet werden und die zu einer Bündelung von Ressourcen und zu Synergieeffekten beitragen können.

Insbesondere durch bundeszentrale Vorgaben gesteuerte Akteure (z. B. die Arbeitsagenturen) stehen vor der Herausforderung, ihre Aktivitäten und Leistungen in eine abgestimmte lokale Angebotsstruktur einzubringen.

Initiativen für Prozesse der stärkeren Vernetzung können von unterschiedlichen Stellen ausgehen: von Jugendämtern, Bildungsbüros, der Wirtschaftsförderung wie auch von Stabsstellen, die an der Spitze der Kommunalverwaltung angesiedelt sind. Voraussetzung für eine verbesserte Kooperation und Koordination ist ein systematischer Informationsaustausch zwischen den relevanten Akteuren. Dazu wurden an den Standorten der Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ Verfahren des Informationsaustausches und der Abstimmung sowie neue Netzwerk- und Gremienstrukturen geschaffen bzw. bereits vorhandene, gewachsene Strukturen und Gremien genutzt und ausgebaut.

### **Regionales Übergangsmanagement für die Stadt Mainz**

In Mainz arbeitet das „Regionale Übergangsmanagement“ nach einer 2-Ebenen-Struktur:

Die Steuerungsebene, die sich aus Akteuren von Schule und Ausbildungsmarkt zusammensetzt, ist für den Gesamtprozess zuständig und entwickelt gemeinsam strategische Grundlagen u. a. zur nachhaltigen Optimierung und effizienten Ausgestaltung bedarfsorientierter Förderangebote und -instrumente, die auf der operativen Ebene mit den beteiligten Akteuren umgesetzt und weiterentwickelt werden. Von der Steuerungsgruppe wurden verschiedene Themenschwerpunkte herausgearbeitet, die zu einer Bildung von drei Arbeitsgruppen (Arbeitsgruppe „Schule“, „Analyse“ und „Konkrete Schritte“) geführt haben, in denen relevante Akteure an den festgelegten Themen arbeiten.

Die Schwerpunkte der AG „Schule“ liegen vor allem im Netzwerkaufbau mit den Schulen und der Unterstützung von Schulen. Im Rahmen der Arbeitsgruppe wurde eine Befragung an 20 Mainzer Schulen zum Stand der Berufsorientierung in den einzelnen Klassenstufen durchgeführt. Die AG „Analyse“ beschäftigt sich vorrangig mit der Intensivierung der Arbeitgeberkontakte und mit dem Thema Berufsorientierung. Die Teilnehmer/innen der Arbeitsgruppe haben ein Modell zur optimalen Umsetzung der Berufsorientierung in den einzelnen Klassen erarbeitet. Ein vorrangiges Ziel der AG „Konkrete Schritte“ lag in der Einrichtung einer Online-Projektdatenbank, um die Transparenz über Angebote im Übergang Schule – Beruf in Mainz zu erhöhen. Die konkrete thematische Ausrichtung der Arbeitsgruppen wird durch Entscheidungen in den Steuergruppensitzungen kontinuierlich angepasst.

*Weitere Informationen: <http://www.uesb-mainz.de>*

Eine effektive Arbeit von Gremien zur Kooperation und Koordination setzt voraus, dass wichtige Akteure und kommunale Entscheidungsträger zur Mitarbeit gewonnen werden. Dies gelingt nur, wenn dabei Doppelarbeit mit anderen Gremien vermieden wird und Absprachen und Entscheidungen ein hohes Maß an Verbindlichkeit haben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die involvierten Akteure in unterschiedliche Hierarchien eingebunden sind. Da die Zusammenarbeit in der Regel auf freiwilliger Basis erfolgt, kann Verbindlichkeit entweder durch Selbstverpflichtungen oder Kooperationsvereinbarungen hergestellt werden. Das persönliche Engagement der von Oberbürgermeister/innen/n bzw. Landrät/innen/en ist ein zentraler Erfolgsfaktor und macht konsensuelle Problemlösungen möglich, in denen die beteiligten Akteure ihre Handlungsspielräume ausschöpfen.

### **Übergangsmanagement Schule – Beruf der Stadt Weinheim**

In der Stadt Weinheim besteht bereits seit 2005 die Berufsintegrationskommission (BIK), in der mit Vertretern aus Schulen, Schul- und Jugendamt, Agentur für Arbeit, GEW, der Wirtschaft, Migrantenorganisationen, dem Weinheimer Unterstützerkreis Berufsstart (WUB), der Freudenberg Stiftung, Sozialverbänden und Fachleuten die wesentlichen Akteure für regionales Übergangsmanagement zusammenkommen.

Mit der Umsetzung des regionalen Übergangsmanagements im Rahmen von „Perspektive Berufsabschluss“ haben der Oberbürgermeister und die Koordinatoren des regionalen Übergangsmanagements die Möglichkeit gesehen, in dieses Gremium eine erhöhte Beteiligung und Verbindlichkeit zu bringen. Als sichtbarer Ausdruck dafür wurde die BIK II gegründet. Dabei spielt der Oberbürgermeister eine wichtige Rolle, versieht das Anliegen mit politischem Gewicht und mobilisiert Akteure zur Mitarbeit. Die BIK II identifiziert und definiert Handlungsbedarfe und Entwicklungsziele, erarbeitet gemeinsame Standards, fördert das „Commitment“, z. B. durch Zielvereinbarungen und Entwicklungspartnerschaften und überprüft die Wirksamkeit des Übergangsmanagements.

*Weitere Informationen: <http://www.uebma-weinheim.de>*

### **Fazit**

Kommunen und Landkreise haben im Übergang Schule – Berufsausbildung verstärkt Kooperations- und Koordinationsfunktionen übernommen, um den Folgen nicht gelingender beruflicher Integration junger Menschen präventiv zu begegnen. Abhängig von den lokalen/regionalen Bedingungen entwickeln sie differenzierte Handlungskonzepte. Um die lokalen Handlungsbedarfe zu identifizieren, werden in einem ersten Schritt in der Regel Informationen zu den Übergangswegen von Jugendlichen und zur Angebotsstruktur erhoben. Mit der Schaffung von Datengrundlagen, die Informationen zur Zielgruppe, zum vorhandenen Angebotsspektrum und den bestehenden Netzwerkstrukturen liefern, können Doppelstrukturen abgebaut und Lücken geschlossen werden. Darauf aufbauend, wird an der Verbesserung der Qualität von Angeboten gearbeitet, in der Regel auf dem Wege einer konsensuellen Erarbeitung von Qualitätsstandards.

Die dafür notwendigen Abstimmungsprozesse erfordern den Aufbau von effektiven Kommunikations- und Kooperationsstrukturen. Die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure und Institutionen wird durch Kooperationsvereinbarungen und Selbstverpflichtungen auf eine verbindliche Basis gestellt. Dafür ist das Engagement der politischen Spitze eine wichtige Voraussetzung.

## 2.2 Programme und Projekte von Stiftungen zur Verbreitung guter Praxis in der Berufsorientierung

### 2.2.1 Ausgangslagen für Programme und Projekte von Stiftungen und empirische Grundlagen dieses Abschnitts

Neben den staatlichen Akteuren hat das Engagement von gemeinnützigen Stiftungen für die Lösung gesellschaftlicher Probleme eine zunehmende Bedeutung gewonnen: In den letzten Jahren ist die Zahl der Neugründungen von Stiftungen bundesweit stark angestiegen<sup>43</sup>.

Stiftungen verstehen sich als „Ideengeber in der Gesellschaft“, sie wollen Impulse setzen für zukunftsweisende Entwicklungen und erfüllen Ergänzungsfunktionen, wo wichtige Aufgaben (noch) unerledigt bleiben. Sie können unabhängig von politischen Vorgaben flexibel auf aktuelle gesellschaftliche Probleme reagieren und innovative Lösungsansätze entwickeln.

Bildung und Erziehung sind zentrale Felder des Engagements von Stiftungen. Dabei wenden sich viele Stiftungsaktivitäten den Problemen Jugendlicher beim Übergang Schule – Berufsausbildung zu (zu einem Überblick: Schlimbach 2009). Neben der personenbezogenen Förderung richtet sich das Engagement von Stiftungen in diesem Handlungsfeld in den letzten Jahren auch darauf, die – z. T. mit Förderung durch Stiftungen – entwickelten Beispiele guter Praxis in die Fläche zu bringen. Um im Sinne von Nachhaltigkeit die Begrenzungen zeitlich befristeter Projekte zu überschreiten, wenden sich Stiftungen den Schulen zu, also den Institutionen, die unabhängig von Programm- und Projektkonjunkturen mit der Aufgabe konfrontiert sind, ihre Schüler/innen auf die Übergänge am Ende der Sekundarstufe I vorzubereiten.

Gegenstand der Darstellung dieses Abschnitts sind deshalb Stiftungsaktivitäten, die auf eine Verbesserung der Fähigkeit von Schulen zielen, ihre Schüler/innen auf das Gelingen von Abschlüssen und Anschlüssen vorzubereiten: Hinsichtlich dieser Fähigkeit lassen sich große Unterschiede zwischen Schulen feststellen. Schulen stehen vor der Herausforderung, ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das Einzelmaßnahmen und -aktivitäten an der Schule bündelt und systematisch miteinander verknüpft. Fast überall existieren Schulen, die ausgereifte systematische Gesamtkonzepte etabliert haben. Andere Schulen befinden sich auf dem Weg dorthin. An wieder anderen Schulen gibt es nur wenig Bewegung. Hier suchen die Stiftungen Lösungen: Sie entwickeln Strategien, wie in „Leuchtturmschulen“ implementierte Förderstrategien von anderen Schulen übernommen werden können, die sich „auf den Weg machen“ wollen.

Vor diesem Hintergrund richtete sich der Fokus der Recherche explizit auf Stiftungsaktivitäten mit einer solchen Zielsetzung. Darüber hinaus sollten es Stiftungsaktivitäten mit einer möglichst großen Breitenwirkung oder zumindest mit dem Anspruch einer solchen Breitenwirkung sein. Ausgewählt für eine exemplarische Darstellung wurden der bundesweite Wettbewerb „Starke Schule“, das „Siegel berufswahl- und ausbildungsfreundliche Schule“ und das Programm

43 Der Bundesverband Deutscher Stiftungen registrierte für das Jahr 2008 16.406 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts, sechs Prozent mehr als im Vorjahr. <http://www.Stiftungen.org/statistik> (15.12.09)

„SENTA! Schule, Entwicklung, Arbeit“. Für diese drei Vorhaben wurden mit Programmverantwortlichen in den Stiftungen Interviews geführt, die neben zu diesen Programmen vorliegenden Dokumenten die Grundlage für die Darstellung bilden.

### **2.2.2 „Starke Schule“: ein Schulwettbewerb als Ausgangspunkt für eine Transferstrategie**

Das Wettbewerbskonzept „Starke Schule“ setzt bei der Diagnose an, dass erprobte und gelungene Schulmodelle und -konzepte u. a. deshalb selten auf andere Schulen übertragen werden, weil sie nicht ausreichend sichtbar sind. Die Idee ist, mit der Ausschreibung von Wettbewerben erfolgreiche Konzepte durch eine kriteriengestützte Auswahl zu identifizieren und bekannt zu machen. Darüber hinaus dienen die Wettbewerbe dazu, herausragende Leistungen der Schulen öffentlich anzuerkennen und zu würdigen. Die ausgezeichneten Schulen wirken als gute Beispiele und können zur Nachahmung anregen. Damit verbunden, sollen Kommunikations- und Austauschprozesse zwischen Schulen durch die aktive Vernetzung der Schulen unterstützt werden und so das Lernen voneinander ermöglichen. Ein spezifischer Nutzen der Wettbewerbsteilnahme liegt für die Schulen in einer Selbstevaluierung des schuleigenen Konzepts und der Auseinandersetzung mit Qualitätskriterien, sodass Prozesse der Qualitätsentwicklung an den Schulen angestoßen werden können.

Im Rahmen dieser Grundkonzeption hat der von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung 1999 ins Leben gerufene „Hauptschulpreis“ zum Ziel, pädagogische Spitzenleistungen auszuzeichnen und das Innovationspotenzial von Schulen zu fördern. Schulen sollen untereinander vernetzt und in der Förderung der „Ausbildungsreife“ ihrer Schüler/innen unterstützt werden.

2009 fand bereits die sechste Ausschreibung des bundesweiten Wettbewerbs statt, der von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Bank Stiftung unter dem Titel „Starke Schule. Deutschlands beste Schulen, die zur Ausbildungsreife führen“<sup>44</sup> durchgeführt wurde. Der Wettbewerb richtete sich an alle Hauptschulen, Förderschulen und an andere Schulformen, die zum Hauptschulabschluss führen (z. B. integrierte oder kooperative Gesamtschulen, Mittelschulen usw.). Insgesamt wurden im Rahmen des Wettbewerbs drei Landessiegerschulen pro Bundesland ausgezeichnet und unter ihnen nochmals drei Bundessieger bestimmt.

Auszeichnungskriterien sind: die Förderung der Ausbildungsfähigkeit und der Berufsorientierung, Konsistenz und Nachhaltigkeit der schulischen und unterrichtlichen Qualitätsentwicklung, Differenzierungskonzepte zur Förderung unterschiedlicher Schülergruppen sowie eine langfristig angelegte Vernetzung mit dem außerschulischen Umfeld.

Mit dem Ziel des gegenseitigen Erfahrungsaustausches und der Weiterqualifizierung der Schulen untereinander, werden alle ausgezeichneten Schulen für mindestens vier Jahre in ein Netzwerk aufgenommen, das Fortbildungs- und

44 <http://www.starkeschule.ghst.de> (10.12.09)

Förderangebote für Schulen, Lehrkräfte und Schüler/innen organisiert. Im Rahmen des Netzwerkes finden z. B. Netzkonferenzen für Bundes- und Landessiegerschulen statt. Darüber hinaus erhalten alle Bewerberschulen und andere interessierte Schulen die Möglichkeit, sich in Fortbildungsveranstaltungen über das spezifische Schulprogramm und die Aktivitäten der Bundessiegerschulen vor Ort zu informieren. Die Vorstellung der Konzeptionen der Schule erfolgt in Form von Lernkarussell-Runden, die anderen Schulen Anregungen für die eigene schulische Arbeit bieten. Neben der Vernetzung von Schulen, die durch den Wettbewerb unterstützt wird und den Austausch zwischen den Schulen verstärkt, werden Informationen zu den Preisträgerschulen und Sammlungen von best-practice-Beispielen dokumentiert und für Schulen nutzbar gemacht (vgl. Gemeinnützige Hertie-Stiftung 2007).

### **2.2.3 Das „Siegel berufswahl- und ausbildungsfreundliche Schule“: Transfer guter Praxis durch ein Zertifizierungsverfahren**

Von der Bertelsmann Stiftung entwickelt wurde das „Siegel berufswahl- und ausbildungsfreundliche Schule“. Das Siegel erhalten Schulen, die ihre Schüler/innen in vorbildlicher Weise auf die Arbeitswelt vorbereiten und ihnen den Übergang ins Berufsleben erleichtern. Das Zertifizierungsverfahren wurde im Jahr 2000 im Rahmen der Aktivitäten der Initiative für Beschäftigung in Ostwestfalen-Lippe entwickelt und dort zunächst modellhaft erprobt. Seitdem haben viele Bundesländer und Regionen das Projekt vor Ort verankert und in Eigenverantwortung umgesetzt.

Innerhalb der beteiligten Regionen werden alle weiterführenden Schulen aufgerufen, sich anhand eines Kriterienkataloges für die Verleihung des Berufswahlsiegels schriftlich zu bewerben. Nach Vorauswahl durch eine Jury, die sich aus regionalen Vertreter/innen/n der Schulverwaltung sowie der Agentur für Arbeit und Wirtschaft zusammensetzt, werden die für eine Zertifizierung infrage kommenden Schulen in einem zweiten Schritt vor Ort auditiert und Schüler/innen und Lehrkräfte getrennt befragt. Die Verleihung des Berufswahlsiegels erfolgt im Rahmen einer öffentlichkeitswirksamen Veranstaltung, die den Schulen die Möglichkeit bietet, ihre Konzepte zu präsentieren. Das Gütesiegel besitzt eine Gültigkeit von drei Jahren mit der Möglichkeit zur Rezertifizierung.

Das Zertifizierungsverfahren trägt dazu bei, die Qualität der beruflichen Orientierung an den Schulen zu verbessern, sowohl schulintern als auch extern Transparenz hinsichtlich der Angebote zur beruflichen Orientierung an den Schulen herzustellen und einen Einstieg in Verfahren der Qualitätsentwicklung an Schulen aufzuzeigen. Insbesondere die Auseinandersetzung mit Qualitätskriterien zur Berufsorientierung und die Bestandsaufnahme des schuleigenen Konzepts zur beruflichen Vorbereitung im Rahmen der Bewerbung um das Siegel können Schulentwicklungsprozesse anstoßen.

Im Jahr 2004 hat die Bertelsmann Stiftung das „Netzwerk Berufswahl-SIEGEL“<sup>45</sup> ins Leben gerufen, mit dem Ziel, den Erfahrungsaustausch zwischen den Siegel-Regionen zu ermöglichen und gemeinsame Leitlinien und Qualitäts-

45 <http://www.netzwerk-berufswahlsiegel.de> (10.12.09)

standards in der Berufsorientierung zu erarbeiten. Das Netzwerk setzt sich zudem für die Weiterverbreitung des Siegels ein.

Aufbauend auf den Erfahrungen mit dem Berufswahlsiegel wurde von der Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit der „Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT“ und der „MTO Psychologische Forschung und Beratung“ ein Leitfaden zur Berufsorientierung entwickelt, der Schulen systematisch und praxisorientiert dabei unterstützen soll, ein umfassendes Gesamtkonzept zur Berufsorientierung umzusetzen. Der Leitfaden trägt dem Umstand Rechnung, dass Einzelmaßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung an den Schulen oftmals unverbunden nebeneinander laufen und ein systematisches Gesamtkonzept fehlt, das die Einzelmaßnahmen sinnvoll miteinander verbindet. Im Rahmen eines Pilotprojekts wurde der Leitfaden mit 20 Schulen unterschiedlicher Schulformen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen erprobt, evaluiert und anschließend weiterentwickelt. Das Praxishandbuch informiert u. a. über Methoden zur Einführung eines Qualitätsmanagementsystems zur Berufsorientierung, beschreibt Maßnahmen zur beruflichen Orientierung und enthält praktische Anleitungen sowie Arbeits- und Unterrichtsmaterialien zur Umsetzung einzelner Schritte und Maßnahmen zur Berufsorientierung.

#### **2.2.4 „SENTA! Schule, Entwicklung, Arbeit“: Schulentwicklung als Lernprozess zwischen Schulen**

Das Programm „SENTA! Schule, Entwicklung, Arbeit“<sup>46</sup> der Robert Bosch Stiftung will in Haupt- und Realschulen Schulentwicklungsprozesse anstoßen. Ausgangspunkt und Fokus sind dabei die Übergangskonzepte der Schulen und die Frage, wie ein bestmöglicher Anschluss nach dem Schulabschluss gelingen kann. Davon ausgehend, dass viele Schulen bereits über ausgereifte Schulkonzepte verfügen und die Berufsorientierung zum Kern ihrer pädagogischen Arbeit gemacht haben, wiederum andere Schulen sich auf dem Weg dorthin begeben wollen, steht im Programm SENTA der Transfer und Austausch zwischen Schulen mit unterschiedlichem Entwicklungsstand im Mittelpunkt.

SENTA wird in einer Pilotphase in Baden-Württemberg durchgeführt. Über zwei Schuljahre (2008/09 und 2009/10) arbeiten acht Mentorenschulen, die bereits über erfolgreiche Übergangskonzepte verfügen, mit 24 Projektschulen in acht Schulteams zusammen. Die Schulen lernen von- und miteinander.

Alle Schulen wurden auf Grundlage ihrer Bewerbung von einer unabhängigen Jury für die Förderung ausgewählt. Für die Auswahl der Schulen waren vier inhaltliche Kriterien von besonderer Bedeutung, die die Mentorenschulen in hervorragender Weise erfüllen. Sie besitzen ein durchgängiges Übergangskonzept und nutzen so die gesamte Schulzeit für die Vorbereitung auf das Arbeitsleben. Sie arbeiten in einem tragfähigen Netzwerk mit externen Partnern (z. B. Unternehmen, Vereinen usw.) zusammen und ergänzen mit dieser Expertise ihre pädagogische Arbeit. Für die Schulleitung und das Kollegium ist die Anschlussorientierung eine gemeinsame Aufgabe, die sie gemeinsam wahrnehmen. Dar-

46 <http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/13845.asp> (10.12.09)

über hinaus nutzt jede Schule bestmöglich die jeweiligen Voraussetzungen und Gegebenheiten in ihrer Region für einen verbesserten Übergang.

Die ausgewählten Projektschulen befinden sich in einem Entwicklungsprozess und wollen intensiv an ihrem Übergangskonzept arbeiten. Sie können im Rahmen von SENTA eigene Ideen entwickeln und erproben, vor allem aber auch von den Erfahrungen der anderen Schulen profitieren. In den Teams aus je einer Mentorenschule und drei Projektschulen werden gemeinsam inhaltliche Schwerpunkte der Schulentwicklung festgelegt und Erfahrungen, Tipps sowie Lösungswege weitergegeben. Die Schulen organisieren diesen Austausch eigenständig. Gemeinsame Vorhaben und Themen sind beispielsweise die Weiterentwicklung der Elternarbeit im Prozess der Berufsfindung, Anbahnung und Ausbau der Kooperationen mit externen Partnern, Förderung der Kernkompetenzen in Deutsch und Mathematik, jahrgangsübergreifendes und selbstorganisiertes Lernen, die Unterstützung für Schüler/innen mit besonderem Förderbedarf oder die Entwicklung spezifischer Curricula zur Berufswahlorientierung ab Klasse 5. Im Rahmen gegenseitiger Schulbesuche und regelmäßiger Treffen werden die einzelnen Konzeptionen ausgetauscht und die gemeinsamen Arbeitsthemen bearbeitet.

Die Robert Bosch Stiftung unterstützt die Zusammenarbeit der Schulen finanziell und ideell. Die bereitgestellten Fördermittel werden von den Schulen für das Lernen im Team und für die Verbesserung der individuellen Übergangskonzepte eingesetzt. Darüber hinaus bietet die Robert Bosch Stiftung allen Schulen ein begleitendes Fortbildungsangebot, das zentrale Themen der Schulentwicklung aufgreift und neue Impulse gibt (z. B. Die Zusammenarbeit mit externen Partnern – von der Kooperation bis hin zur Lernpartnerschaft; Neue Diagnoseverfahren für den Übergang in das Arbeitsleben; Die Entwicklung von Schulprogramm und Schulprofil).

Nach Auslaufen der Pilotphase ist mit dem Schuljahr 2010/11 eine Übertragung des Förderkonzepts in weitere Bundesländer vorgesehen.

## **Fazit**

Durch das Engagement von Stiftungen, einzelne Schulen untereinander zu vernetzen und Strukturen für Austauschprozesse vorzugeben, kann ein intensiver Erfahrungstransfer zwischen den Schulen stattfinden. Der Ansatz „Schulen lernen von Schulen“ ermöglicht es, im kollegialen Austausch erfolgreiche Konzepte und Strategien zur Berufsorientierung kennen zu lernen und zu diskutieren. Was sich an einer Schule bewährt hat, kann weiterentwickelt und mit Blick auf die eigenen schulspezifischen Gegebenheiten und Bedingungen reflektiert und übertragbar gemacht werden. Gerade die persönlichen Begegnungen mit Kolleginnen und Kollegen anderer Schulen ermöglichen einen intensiven Erfahrungsaustausch und die Weitergabe von vorhandenem Wissen. Von diesen Prozessen profitieren nicht nur die „lernenden“, sondern auch die „erfahrenen“ Schulen, die aus dem Austausch ebenfalls Anregungen für die eigene schulische Arbeit mitnehmen und eine andere Perspektive auf ihr schulindividuelles Übergangskonzept erhalten.

Der Erfahrungsaustausch zwischen Schulen kann dazu beitragen, Impulse und Ideen in den eigenen Schulkontext mitzunehmen und Schulentwicklungsprozesse anzustoßen. Die Entwicklung eines eigenen Konzepts zur beruflichen Orientierung, die immer als ein kontinuierlicher Prozess verstanden werden muss, ist aber letztendlich eigenverantwortliche Aufgabe der Schulen, die das Engagement der Schule als Institution voraussetzt. In diesem Zusammenhang ist es für Schulen hilfreich, dass nötige Know-how durch ergänzende Qualifizierungsangebote zu erwerben, um Prozesse der Qualitätsentwicklung auf Ebene der Einzelschule umsetzen zu können.

### **3 Tagungsprogramm und Eröffnungsvorträge der Fachtagung „Berufsorientierung – Konzepte, Strategien, Entwicklungstendenzen“ am 2./3. November 2009 in Kiel**

#### **3.1 Tagungsprogramm**

Junge Menschen im Übergang Schule – Beruf stehen heute vor großen Herausforderungen: In einer Gesellschaft im Wandel sind sie gefordert, sich den steigenden Anforderungen der Arbeitswelt zu stellen. Sie müssen Kompetenzen entwickeln, um in immer neuen unterschiedlichen beruflichen Situationen zu bestehen, aber auch um wechselhafte Erwerbsbiografien zu bewältigen. In diesem Orientierungsprozess sollen sie sich mit eigenen Stärken und Interessen auseinandersetzen, sich über Anforderungen der Berufe und der Arbeitswelt informieren und beides in eine Balance bringen.

Eine Vielzahl neuer Projekte, Programme und Initiativen arbeitet daran, diesen Prozess der Berufsorientierung zu unterstützen und setzt dabei an unterschiedlichen Schwerpunkten an. Das Spektrum reicht von Ansätzen, die unter dem Stichwort Ausbildungsreife Anforderungen der Wirtschaft in die Schule tragen, über Konzepte, die die Stärkung der Persönlichkeit und die Entwicklung ihrer Kompetenzen in den Vordergrund rücken bis zu Projekten, die an der Schulqualität ansetzen oder auch Programmen, die tragfähige Kooperationsstrukturen im Übergang Schule – Beruf bilden.

Die Qualifizierungsinitiative für Deutschland hat dem Thema Berufsorientierung eine hohe Priorität eingeräumt und vereinbart, in allen allgemeinbildenden Schulen und Förderschulen entsprechende Angebote zu entwickeln und vorzuhalten. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Abschluss und Anschluss“, die im Rahmen der Qualifizierungsinitiative für Deutschland eingerichtet wurde, will mit dieser Fachtagung Transparenz in die vielfältigen Ansätze bringen und fachlichen Austausch fördern. Die Tagung bietet die Gelegenheit, die unterschiedlichen Aktivitäten zur Berufsorientierung vorzustellen.

#### **Tagungsprogramm**

**MONTAG, 2. November 2009**  
12.00 Uhr **Eröffnung des „Markts der Möglichkeiten“**  
13.00 Uhr **Berufsorientierung als Auftrag der Schulen**  
Minister Dr. Ekkehard Klug  
Minister für Bildung und Kultur des Landes  
Schleswig-Holstein (MBK)

### **Berufsorientierung – zentraler Bestandteil der Qualifizierungsinitiative**

Kornelia Haugg

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

### **Berufsorientierung durch die Bundesagentur für Arbeit – der Einstieg in die Berufswegplanung**

Raimund Becker

Vorstand der Bundesagentur für Arbeit (BA)

### **Berufsorientierung – Ein-Blick in die Vielfalt**

Dr. Frank Braun, Franciska Mahl, Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Nader Djafari, Petra Lippegauß, Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt-  
und Sozialpolitik (INBAS GMBH)

Moderation: Carsten Kock, Radio Schleswig-Holstein

#### 15:30 Uhr **Berufsorientierung – Konzepte, Strategien und Entwicklungstendenzen**

Beispiele guter Praxis:

Die Foren werden jeweils am 1. und am 2. Tagungstag angeboten, sodass jede/r Teilnehmende die Möglichkeit hat, zwei Foren zu besuchen.

**Forum 1: Kompetenzfeststellung und Kompetenzentwicklung**

**Forum 2: Produktion und Praxis**

**Forum 3: Berufseignung und Betrieb**

**Forum 4: Berufswahl und Biografiegestaltung**

**Forum 5: Beratung und Begleitung**

**Forum 6: Schulqualität und Schulentwicklung**

**Forum 7: Kooperation und Koordination**

#### 19.00 Uhr **Empfang des Ministeriums Bildung und Kultur Schleswig-Holstein**

Mit Buffet in der Förde Sparkasse, Finanzzentrum Kiel, Lorentzendam 28–30, 24103 Kiel

### **DIENSTAG, 3. November 2009**

#### 9.00 Uhr **Fachforen:**

Wiederholung vom Vortag

**Forum 1: Kompetenzfeststellung und Kompetenzentwicklung**

**Forum 2: Produktion und Praxis**

**Forum 3: Berufseignung und Betrieb**

**Forum 4: Berufswahl und Biografiegestaltung**

**Forum 5: Beratung und Begleitung**

## **Forum 6: Schulqualität und Schulentwicklung**

## **Forum 7: Kooperation und Koordination**

12.00 Uhr      Abschlussdiskussion  
**Berufsorientierung: Qualität erkennen und ausbauen**

mit

- Dr. Gabriele Romig  
Ministerium für Bildung und Kultur des  
Landes Schleswig-Holstein
- Peter Munk  
Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Yvonne Kohlmann  
Bundesarbeitsgemeinschaft *SCHULEWIRTSCHAFT*
- Hermann Nehls  
Deutscher Gewerkschaftsbund
- Monika Wenzel  
Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und  
Landesentwicklung
- Nader Djafari  
Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
- Jürgen Goecke  
Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit

Moderation: Carsten Kock, Radio Schleswig-Holstein

### **Beschreibung der Fachforen:**

#### **Forum 1:      Kompetenzfeststellung und Kompetenzentwicklung**

Kompetenz gilt als Antwort auf die Anforderungen, die Arbeitswelt und Gesellschaft heute an alle Menschen stellen. Deshalb sollen Jugendliche frühzeitig lernen, sich selbst einzuschätzen, eigene Interessen und Neigungen zu erkennen und Kompetenzen zu entwickeln, mit denen sie diese Anforderungen meistern. Durch Kompetenzfeststellung erkennen junge Menschen eigene Kompetenzen, erfahren ihre Stärken, entdecken ihr eigenes Profil und können so Verantwortung übernehmen für ihre eigene Entwicklung. Eine systematische Kompetenzentwicklung wird unterstützt durch Trainingsangebote, durch individuelle Förderung und die Dokumentation der individuellen Entwicklung.

Dieses Forum präsentiert Projekte, die in der Vielfalt bestehender Instrumente und Verfahren besonderen Wert legen auf den Kompetenzansatz, Handlungsorientierung und systematische Verhaltensbeobachtung. Diese bildet eine Grundlage für eine sich anschließende Entwicklung der individuellen Kompetenzen.

- **Kompetenzfeststellung und Dokumentation im Übergang Schule – Beruf**  
Dr. Ursula Bylinski, BIBB
- **Kompetenzanalyse Profil AC/ Individuelle Förderung**

Susanne Kugler, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, Projektbüro Kompetenzanalyse Profil AC

– **Abschlussquote erhöhen – Berufsfähigkeit steigern (AQB)**

Hartmut Hohnschopp, Niedersächsisches Kultusministerium

Manuela Wehrmeyer, Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft

**Moderation:** Hans Weißmann, BMBF

**Forum 2: Produktion und Praxis**

Berufe kennen lernen – das bedeutet praktisch arbeiten, tatsächlich produzieren oder aber Dienstleistungen erbringen. Praxis- und produktorientierte Ansätze ermöglichen den Jugendlichen sich zu erproben, sie stärken das Selbstbewusstsein. Gleichzeitig verdeutlichen sie, was in der Arbeitswelt und in einem Beruf gefordert wird und nicht zuletzt, was diese Anforderungen mit schulischen Leistungen zu tun haben.

In diesem Forum zeigen Projekte, wie sie produktions- und projektorientiertes Lernen in den Mittelpunkt stellen und damit Jugendliche unterstützen, ihren Weg ins Berufsleben zu finden.

– **Produktives Lernen im Rahmen der flexiblen Ausgangsphase in Mecklenburg-Vorpommern**

Norbert Frank, Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Jens Schneider, Iple Berlin

– **Praxisprojekte im Rahmen der Schulstrukturreform Rheinland-Pfalz**

Herbert Petri, Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Rheinland-Pfalz

– **Initiative Du schaffst das – Modellprojekt**

**Werkstatt-Schule**

Mechthild Falk, Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur Saarland

**Moderation:** Birgit Voigt, INBAS

**Forum 3: Berufseignung und Betrieb**

Neben der individuellen Frage der Berufswahl soll Berufsorientierung dazu beitragen, den Nachwuchs an Fachkräften für die Zukunft der Betriebe zu sichern.

Aus diesem Grund engagieren sich Arbeitgeberverbände und Betriebe in Projekten der Berufsorientierung und des Übergangs und fördern Hauptschülerinnen und Hauptschüler. Sie wecken ihr Interesse, motivieren sie zu einer dualen Ausbildung und stärken ihre Eigenverantwortung. Berufsorientierung findet im direkten Kontakt mit Betrieben, überbetrieblichen und vergleichbaren gemeinnützigen Einrichtungen statt, sie arbeitet am Scharnier zwischen den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler und den Anforderungen der Betriebe.

Das Forum bietet einen Einblick in arbeitsmarktorientierte Ansätze der Berufsorientierung. Diese zielen darauf, die Passung zwischen den Voraussetzungen der Jugendlichen und den Anforderungen der Betriebe zu verbessern.

- **Berufsorientierungsprogramm in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten**  
Dr. Heike Niemann, BIBB  
Hans-Peter Schäfer, Bildungszentrum Butzweilerhof der HWK zu Köln
- **STARTKLAR! Mit Praxis fit für die Ausbildung in Nordrhein-Westfalen**  
Ludger Reiberg, Stiftung Partner für Schule NRW
- **Berufsstart PLUS**  
Peggy Greiser, Berufsbildungs- und Technologiezentrum Rohr-Kloster  
Thüringen

**Moderation:** Dr. Ulrike Geiger, BMBF

#### **Forum 4: Berufswahl und Biografiegestaltung**

Berufsorientierung ist mehr als eine einmalige Entscheidung. Der Beruf bestimmt maßgeblich die Identität und die Chancen in der Gesellschaft.

Berufsorientierung soll deshalb junge Menschen dazu befähigen, ihre eigene Biografie zu gestalten, das heißt berufliche und private Ziele zu planen, und immer wieder neue Anforderungen zu bewältigen. In Zeiten des Wandels und der Globalisierung wird Berufsorientierung zu einem lebenslangen Prozess.

Dieser Wandel erfordert hohe Flexibilität und die Bereitschaft, traditionelle Grenzen aufzulösen und sich auf Neues einzulassen. Unterstützung bieten Projekte, die Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg in den Beruf und in die Gesellschaft stärken und dabei dazu nötige Angebote in den Regionen vernetzen.

- **Berufspraxis erleben**  
Angela Lorenz, TMSFG Thüringen  
Michael Backhaus, Jugendberufshilfe Thüringen
- **Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt**  
Thomas Börner, Ausbildungsverbund Neumünster Schleswig-Holstein
- **Regionales Übergangsmangement der Stadt Nürnberg**  
Dr. Hans-Dieter Metzger, Bildungsbüro Stadt Nürnberg

**Moderation:** Silke Hundertmark, Nemark Wernigerode GmbH,  
*SCHULEWIRTSCHAFT* Sachsen-Anhalt, Arbeitskreis Harz

#### **Forum 5: Beratung und Begleitung**

Niemand soll zurückbleiben – jeder wird gebraucht. Um allen jungen Menschen Zugang zu Arbeit zu ermöglichen, bieten zahlreiche Projekte fundierte sozialpädagogische Unterstützung. Sie wenden sich vor allem an Schülerinnen und Schüler mit ungünstigen Voraussetzungen, z. B. an Hauptschülerinnen und Hauptschüler, die gefährdet sind, den Abschluss nicht zu schaffen oder an Schülern in Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit/hohem Migrationsanteil.

Fachkräfte der hier vorgestellten Projekte kennen sich in der Arbeits- und Lebenswelt der Jugendlichen aus. Sie beraten die jungen Menschen, ihre Kompetenzen, ihre Situation und ihre Möglichkeiten zu reflektieren. Sie helfen ihnen, sich mit den z.T. sehr unterschiedlichen Anforderungen der Familie, der Freundinnen und Freunde, der Schule und der Arbeitswelt auseinanderzusetzen und motivieren sie, in diesem Geflecht einen eigenen Weg zu finden.

- **Berufseinstiegsbegleitung**  
Ulrich Eberle, Bundesagentur für Arbeit
- **BRAFO – Berufsauswahl Richtig Angehen Frühzeitig Orientieren**  
Birgit Reinbothe, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit Sachsen-Anhalt  
Monika Hinze, Bildungswerk der Wirtschaft Sachsen-Anhalt e.V.
- **Kompetenzagentur Braunschweig**  
Thomas Mallon, Stadt Braunschweig

**Moderation:** Uwe Kirchbach, INBAS

#### **Forum 6: Schulqualität und Schulentwicklung**

Die Schaltstelle für eine gute Berufsorientierung ist die Schule. Sie ist gefordert, über einzelne Bausteine hinaus systematische Konzepte zu entwickeln, das Personal für diese neuen Aufgaben zu qualifizieren, aber auch die Möglichkeiten externer Partner zu erkennen und zu nutzen und sich in regionale Kooperationsstrukturen einzubinden. Diese Bereitschaft erfordert ein hohes Maß an Offenheit und Innovationsbereitschaft.

Dieses Forum bietet Ansätze aus Kommunen und Regionen, in denen Schulen gemeinsam mit anderen regionalen Partnern an ihrer Qualität arbeiten. Das Spektrum reicht von der Verankerung der Berufsorientierung als Leitidee bis hin zu Fortbildungen des Kollegiums.

- **Berliner Programm zur vertieften Berufsorientierung – BVBO**  
Carolina Böhm, SPI Consult GmbH
- **„SENTA! Schule, Entwicklung, Arbeit“**  
Tina Stengele, Robert Bosch Stiftung
- **Initiative Oberschule (IOS)**  
Manfred Walhorn, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg

**Moderation:** Dr. Frank Braun, DJI

#### **Forum 7: Kooperation und Koordination**

Weiß eine Hand, was die andere tut? Maßnahmen abstimmen, Ressourcen bündeln und Doppelstrukturen abbauen, dies sind die Ziele zahlreicher landesweiter und regionaler Initiativen. Sie bringen alle Beteiligten an einen Tisch, einigen sich auf gemeinsame Gesamtkonzepte und fördern darüber hinaus lokale Verantwortungsgemeinschaften.

In diesem Forum stellen Projekte des Regionalen Übergangsmanagements und weitere lokale Initiativen ihre Handlungsansätze und Erfahrungen vor. Vertreter

und Vertreterinnen der Länder zeigen, wie es gelingen kann, alte Strukturen und Zuständigkeitsgrenzen zu überwinden und landesweite umfassende Gesamtstrategien zu entwickeln und umzusetzen.

– **Hamburger Bildungsoffensive**

Dr. Alfred Lumpe, Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg

– **OLOV** – Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen

Monika Wenzel, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Monika von Brasch, INBAS Offenbach

– **Strategie zur systematischen Berufs- und Studienorientierung**

Dr. Elke Pietsch, Sächsisches Staatsministerium für Kultus, Landesservice-stelle Schule – Wirtschaft Sachsen

Thomas Thiel, Regionaldirektion Sachsen

**Moderation:** Dr. Birgit Reißig, DJI

*Veranstalter:*

Ministerium für Bildung und Kultur Schleswig-Holstein, Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Bundesagentur für Arbeit im Auftrag der Arbeitsgruppe „Abschluss und Anschluss“ im Rahmen der Qualifizierungsoffensive für Deutschland.

*Tagungsorganisation:*

Institut für Berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS) GmbH

Geschäftsführer: Nader Djafari

Herrnstr. 53

63065 Offenbach am Main

Tel.: 069 27224-0, Fax: 069 27224-30

<http://www.inbas.com>

## 3.2 Berufsorientierung als Auftrag der Schulen

*Dr. Ekkehard Klug (Minister für Bildung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein)*

Eines der häufigsten Zitate, die im Zusammenhang mit der Schule gebraucht werden, ist auch eines der ältesten Zitate. Es ist der kritische Ausspruch von Seneca: „Nicht für das Leben, sondern für die Schule lernen wir“ (non vitae, sed scholae discimus). Die Schulen haben sich bis heute vielfach verändert, aber diese Kritik ist immer noch nicht verstummt.

Berufs- und Lebensorientierung gehören zu den zentralen Aufgaben unserer Schulen. Deshalb ist es notwendig, dass die Diskussion darüber, wie Berufs-

orientierung in den Schulen verankert werden soll, weiter vorankommt. Diese bundesweite Fachkonferenz ist dafür ein wichtiger Schritt.

Sie ist zugleich eine Premiere, angeregt durch die gemeinsame Qualifizierungsinitiative von Bund und Ländern. Ich freue mich sehr, dass Schleswig-Holstein hierfür die Gastgeberrolle übernehmen durfte. Und ich freue mich, dass Sie alle in den hohen Norden gekommen sind, um unser gemeinsames Anliegen weiterzuerfolgen! Seien Sie uns herzlich willkommen!

Der Industrie- und Handelskammer (IHK) danke ich, dass wir diesen Veranstaltungsort nutzen können. Das „Haus der Wirtschaft“ ist auch deshalb ein passender Ort, weil eine erfolgreiche Berufsorientierung in den Schulen ohne starke Partner nicht funktionieren kann. Dazu zählen die Vertreter der Arbeitgeberseite – über die IHK hinaus –, dazu zählen die Gewerkschaften, und dazu zählt natürlich auch die Bundesagentur für Arbeit.

Durch das Engagement der Bundesagentur für eine präventive Arbeitsmarktpolitik sind neue Möglichkeiten in der Zusammenarbeit mit Schulen entstanden. Aber auch eine große Zahl von Beratungseinrichtungen, Bildungsträgern, Instituten und Stiftungen geben Unterstützung.

Partner aus diesem breiten Spektrum sind an der Veranstaltung beteiligt und ich bin sicher, dass wir von den verschiedenen Perspektiven profitieren werden! Vielen Dank für Ihre Mitwirkung!

Auf dieser Tagung geht es erstmalig um eine gemeinsame Bestandsaufnahme – inwieweit die Schulen und ihre Partner bereits Maßnahmen zur Berufsorientierung umsetzen. Und es geht vor allem um einen Blick auf die Praxis, welche Wege sich als besonders erfolgversprechend erweisen.

Eine grundlegende Voraussetzung für eine gute Berufsorientierung sehe ich darin, dass wir die Trennung zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung in Deutschland stärker überbrücken müssen und die Systeme noch enger verzahnen. Kein Jugendlicher darf dabei verloren gehen.

Eine weitere Voraussetzung ist, dass wir uns in die Schülerinnen und Schüler hineinversetzen. Was braucht ein Jugendlicher mit 15 oder 16 Jahren, um einen guten Einstieg ins Berufsleben zu bekommen? Mit welchen Fragen beschäftigt er sich? Und: Was steht ihm dabei vielleicht auch im Weg?

Es geht um einen inneren Kompass für das ganze Berufsleben. Berufsorientierung ist ein lebenslanger Prozess, in dem es immer wieder um das Finden eines Weges geht. Und dieser Weg orientiert sich an zwei wesentlichen Größen: zum einen an den eigenen Interessen, Fähigkeiten, Wünschen und zum anderen an den Möglichkeiten und Anforderungen des Arbeitsmarkts.

Heutzutage verändert sich gerade die zweite Größe permanent. Eine Erwerbsbiografie verläuft kaum noch linear – also von der Ausbildung bis zur Rente bei einem einzigen Arbeitgeber. Das Arbeitsleben ist stattdessen von Wechseln geprägt.

Wir verlangen von den jungen Menschen, dass sie sich darauf einstellen. Das sorgt bei manchen für Verunsicherungen. Wenn sich diese auch noch verfestigen, ist das eine schlechte Voraussetzung für den Start in das Berufsleben. Klarheit über die eigenen Chancen und Potenziale ist enorm wichtig für die schulische Motivation. Die Qualifizierungsinitiative von Bund und Ländern räumt der Berufsorientierung deshalb zu Recht einen hohen Stellenwert ein. Das ist ein wichtiger Baustein zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Senkung der Quote von Jugendlichen ohne Schulabschluss.

Hier in Schleswig-Holstein ist die Berufsorientierung seit 2007 ein Bildungsziel im Schulgesetz. („Es gehört zum Auftrag der Schule, die jungen Menschen zur Teilnahme am Arbeitsleben und zur Aufnahme einer hierfür erforderlichen Berufsausbildung zu befähigen“, § 4,3 SchulG.)

Wir wollen, dass jeder Schüler, jede Schülerin in die Lage versetzt wird, seinen bzw. ihren Lernprozess zunehmend selbstständiger zu organisieren. Diese Kompetenz wird zum entscheidenden Faktor für die individuelle Berufsbiografie, für die Bewältigung von Übergängen und muss daher rechtzeitig verinnerlicht werden. Auf der Grundlage der Bildungs- und Erziehungsziele für Berufsorientierung soll jede Schule in Schleswig-Holstein ein Curriculum „Berufsorientierung“ entwickeln, für alle Jahrgangsstufen, beginnend ab Jahrgangsstufe 5. Dabei rückt der gesamte Bildungsweg der Jugendlichen in den Blick. Ziele und Aufgaben der schulischen Berufsorientierung werden in diesem Prozess neu bestimmt.

Die klassischen Standards sind bekannt und bewährt:

- Praktika,
- die Besuche des Berufsinformationszentrums und der Berufsberatung,
- das Einüben von Bewerbungsroutinen
- sowie die Teilnahme an Berufsmessen, dem Sozialen Tag oder dem Girl's Day.

Viele Schulen gehen bereits heute schon darüber hinaus, etwa indem sie den Berufswahlpass einsetzen oder das Internet zur Berufsorientierung nutzen. Unterstützt wird das in Schleswig-Holstein durch Fachberaterinnen und Fachberater für Berufsorientierung in allen Kreisen und kreisfreien Städten. Für die gymnasialen Oberstufen gibt es Wirtschaftskoordinatoren.

Das Ministerium für Bildung und Kultur unterstützt die Schulen in diesem Prozess durch vielfältige Angebote. Ein Programm hat dabei besonderes Gewicht: das Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt – ein Kooperationsprojekt des Bildungs- und des Arbeitsministeriums in Schleswig-Holstein. Die Bundesagentur für Arbeit ist in einem großen Umfang finanziell und inhaltlich beteiligt. Für die Laufzeit von 2007 bis 2013 steht ein Gesamtvolumen von 56 Millionen Euro zur Verfügung, davon kommen rund 25 Millionen aus dem Sozialfonds der Europäischen Union.

Dieses Programm wird auch heute und morgen hier auf dem Markt der Möglichkeiten vorgestellt. Es wurde konzipiert für Schülerinnen und Schüler, bei denen abzusehen ist, dass sie auf dem Arbeitsmarkt Probleme haben werden. Diese Gruppe muss sehr viel stärker mit den Anforderungen der Arbeitswelt vertraut gemacht werden. Für diese Aufgabe sind z. B. die Jugendaufbauwerke in den Kreisen und kreisfreien Städten wichtige Partner, aber auch die anderen Bildungsträger, die sich an der Umsetzung beteiligen.

Das Handlungskonzept beinhaltet vier zentrale Komponenten:

- Ein individuelles Coaching soll den Jugendlichen helfen, ihre Stärken herauszufinden und eine realistische, für sie passende Planung ihres Berufswegs zu erarbeiten.
- Hinzu kommen Verfahren zur Kompetenzfeststellung.
- Auf Basis der Ergebnisse werden Berufsfelderproben absolviert, um praktische Erfahrungen zu sammeln.

- Darüber hinaus setzen wir gezielt Qualifizierungsbausteine in Berufseingangsklassen an den berufsbildenden Schulen ein, um für diese Jugendlichen die Chancen auf einen Ausbildungsplatz oder eine Arbeitsstelle zu erhöhen.

Übergreifend haben wir mit dem Handlungskonzept auch eine generelle Verbesserung des Übergangsmanagements von der Schule in die Arbeitswelt im Blick. Ziel ist es, alle Angebote auf regionaler Ebene miteinander abzustimmen. „Runde Tische“ allein können das nicht leisten. Dafür bedarf es einer systematischen Verzahnung.

Unsere bisherigen Erfahrungen sind positiv. Mit dem Handlungskonzept gelingt es deutlich besser, die Schülerinnen und Schüler zu motivieren, ihr Selbstvertrauen zu stärken und sie zur Ausbildungsreife zu führen.

Von den guten Leistungen können Sie sich hier übrigens ganz direkt überzeugen: Denn Schülerinnen und Schüler der Muhliusschule Kiel, Auszubildende und Jugendliche in Berufsvorbereitenden Maßnahmen des JAW-Kiel sind am Catering dieser Veranstaltung beteiligt.

Ein solches Projekt wie das „Handlungskonzept“ ist nur umsetzbar mit einem breiten Schulterschluss aller beteiligten Stellen. Die Basis für eine derartige Kooperation bildet hier in Schleswig-Holstein die „Landespartnerschaft Schule und Wirtschaft“, an der drei Ministerien, die IHK, die Handwerkskammer, die Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein und die Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit beteiligt sind. Diese Partnerschaft fördert den engen gegenseitigen Austausch, zum Beispiel auch mit Kooperationsverträgen im Rahmen einer „Regionalen Fachberatung Schule und Betrieb“.

Soweit der kurze Einblick in den aktuellen Stand hier in Schleswig-Holstein. Als Bildungsminister, der erst wenige Tage im Amt ist, brauche ich sicher nicht extra zu betonen, dass wir uns dieser Aufgabe weiterhin mit viel Elan widmen werden.

Ich würde mich deshalb auch freuen, wenn diese Veranstaltung dazu beiträgt, dass wir dieses Thema gemeinsam im Blick behalten – vielleicht auch als Auftakt zu weiteren Veranstaltungen. Um auf das Eingangszitat zurückzukommen: Unsere Schülerinnen und Schülern sollten in Zukunft ganz selbstverständlich sagen können: An den Schulen lernen wir für das Leben, wofür sonst?

Nun bin ich gespannt auf die Erfahrungen aus den anderen Bundesländern und wünsche uns allen interessante Anregungen und einen fruchtbaren fachlichen Austausch!

### 3.3 Berufsorientierung – zentraler Bestandteil der Qualifizierungsinitiative

*Kornelia Haugg (Abteilungsleiterin Berufliche Bildung und Lebenslanges Lernen im Bundesministerium für Bildung und Forschung)*

Im Namen von Frau Bundesministerin Prof. Annette Schavan darf ich Sie recht herzlich zu dieser Fachtagung begrüßen. Ich darf Ihnen auch die besten Grüße von Frau Staatssekretärin Quennet-Thielen überbringen, die zu ihrem großen Bedauern ihre Teilnahme leider kurzfristig absagen musste. Aber als Amtschefin des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) ist sie zu Beginn einer neuen Legislaturperiode besonders gefordert, damit – lassen Sie es mich salopp ausdrücken – der Laden wieder auf Hochtouren läuft.

Mir ist es jedoch nicht Pflicht, sondern Freude an ihrer Stelle diese Tagung zu eröffnen – denn, das muss ich Ihnen ganz offen gestehen, ich brenne leidenschaftlich für das Thema Berufsorientierung. Und nun kann ich – hoffentlich im positiven Sinne – gleich zu Beginn dieser Tagung „Feuer an die Lunte legen“.

Die Idee zu dieser Tagung hatten wir im BMBF schon länger. Vereinbart und auf den Weg gebracht wurde sie in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Abschluss und Anschluss“ im Rahmen der von Bund und Ländern gemeinsam getragenen „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“. Das Thema Berufsorientierung ist ein zentrales Thema der „Qualifizierungsinitiative“.

Vor fast genau zwölf Monaten haben die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs der Länder mit der Dresdener Erklärung die „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“ beschlossen. Nicht trotz Föderalismusreform – sondern meiner Ansicht nach wegen der Föderalismusreform. Denn allen in der Bildungspolitik Handelnden war und ist klar, dass wir auf der einen Seite klare Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten brauchen, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb aber nur bestehen kann, wenn sich die Länder untereinander und die Länder mit dem Bund auf gemeinsame anspruchsvolle Ziele verständigen.

Der Weg zur Erreichung der Ziele unterliegt dem Gestaltungswillen des jeweils Verantwortlichen. Dabei wollen wir einen Wettbewerb der besten Konzepte. Aber wir wollen auch voneinander und miteinander lernen. Denn wir haben über alle Zuständigkeitsgrenzen hinweg ein gemeinsames Ziel: Wir wollen und wir müssen Deutschland zukunftsfest machen. Wer im internationalen Konzert der Volkswirtschaften auch künftig in der ersten Reihe mitspielen will, der braucht kluge Köpfe und hervorragend qualifizierte Fachkräfte, der braucht Leistungsträger in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.

Dazu müssen wir alle Potenziale in unserer Gesellschaft erschließen. Wir können es uns im globalen Wettbewerb nicht mehr leisten, Talente brach liegen zu lassen. Unser Ziel ist es, keinen zurückzulassen, sondern jedes Talent zu nutzen. Zu diesem Ziel gibt es keine Alternative. Erreichen können wir es nur im Schulterschluss.

Meine Überzeugung basiert auf der Analyse der demographischen Entwicklung in Deutschland: Seit über 30 Jahren liegen die Kinderzahlen in Deutschland unter jenem Wert, der für eine langfristige stabile Bevölkerungsentwicklung notwendig wäre. Seit Anfang der 1970er-Jahre ist jede Generation um rund ein Drittel kleiner als ihre Elterngeneration. Die niedrige Geburtenhäufigkeit führt dazu, dass die Anzahl der potenziellen Mütter immer kleiner wurde und wird.

Wir befinden uns damit bevölkerungstechnisch auf einem unumkehrbaren Schrumpfkurs, der – nur begrenzt – durch Zuwanderung ausgeglichen werden kann. Gleichzeitig dringen z. B. in Indien jedes Jahr rd. 15 Mio. junge Menschen, die etwas werden und leisten wollen, auf den Ausbildungs- und Qualifizierungsmarkt. Und eine Nation wie China, mit einer Bevölkerung von derzeit

rd. 1,3 Mrd. Menschen kann einerseits schrumpfen und hat immer noch zahlenmäßig ein Potenzial, das für uns mehr als nur eine Herausforderung sein wird.

Vor dem Hintergrund der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten war die demographische Entwicklung in Deutschland auf dem Ausbildungsmarkt in diesem Jahr zunächst ein Segen. Mehr junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz gesucht haben, waren erfolgreich. Die Bilanz zwischen unvermittelten Bewerbern und noch offenen Ausbildungsplätzen ist so gut wie lange nicht. Die Zahl der Altbewerber ist sowohl relativ wie absolut zurückgegangen.

Das verleitet zu der verlockenden Idee, dass sich vor dem Hintergrund stark rückläufiger Schulabgängerzahlen in Zukunft alle Probleme am Übergang von Schule und Beruf wie von selbst auflösen werden. Vor allem, wenn die konjunkturelle Entwicklung wieder anziehen wird. Die Betriebe werden zur Deckung ihres Nachwuchsbedarfs jeden nehmen müssen und auch nehmen wollen, d. h. auch schwächere Jugendliche. Das in Verruf geratene Übergangssystem wird sich in Nichts auflösen, ebenso wie der Pool an Altbewerbern. Das Thema Berufsorientierung wird in der Bedeutungslosigkeit verschwinden, weil sowieso jeder nach seinem Schulabschluss von weiteren Qualifizierungsangeboten überschwemmt wird, sei es von Betrieben, von Hochschulen oder anderen Bildungsanbietern.

Die Idee ist verlockend – aber meines Erachtens unrealistisch. Wir werden uns nicht entspannt zurück lehnen können, wir werden uns sogar verstärkt anstrengen müssen.

Ich möchte gerne zwei Gründe näher erläutern:

1. Die Wirtschaft wird nicht die Aufgabe eines Reparaturbetriebs des Bildungssystems und der Gesellschaft übernehmen können und wollen.

Ja, die Unternehmen werden sich wieder verstärkt um schwächere Jugendliche kümmern müssen. Aber die Wirtschaft wird diese Aufgabe nur zu einem bestimmten Anteil schultern können, und sie wird den staatlichen Anteil zur Bewältigung des Problems einfordern. Der Hauptanteil der Länder wird darin liegen, die Ausbildungsreife von Schulabgängern als Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Übergang in Ausbildung und Beschäftigung sicher zu stellen.

Knapp 7,3 Prozent der Schülerinnen und Schüler, das sind rd. 65.000 junge Menschen, schaffen derzeit den Abschluss der allgemeinbildenden Schulen nicht. Das ist eine große Hypothek für den weiteren Bildungs- und Lebensweg und einer der Gründe dafür, dass noch immer rund 15 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren ohne Berufsabschluss sind.

Unternehmen beklagen dabei nicht nur Defizite in den Bereichen Lesen, Schreiben, Rechnen, sondern v. a. bei den Sozial- und Personalkompetenzen. Dazu gehört das Verhalten im Team oder das zielgerichtete Denken in Zusammenhängen.

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben mit der „Qualifizierungsinitiative“ beschlossen, bis 2015 die Quote der Schulabgänger ohne Schulabschluss auf vier Prozent zu senken. Es versteht sich von selbst, dass das Erreichen dieses Ziels nicht mit einer Absenkung des Niveaus des Schulabschlusses einhergehen kann. Deshalb ist die Einführung gemeinsamer Bildungsstandards durch

die Länder ein wichtiger Schritt. Bei konsequenter Umsetzung und Überprüfung werden diese Standards ein zentrales Instrument zur Qualitätssteigerung sein.

Auch die Einrichtung von Praxisklassen, Produktionsschulen, produktivem Lernen und dualen Lernen in den Schulen wird die Ausbildungsreife befördern helfen. Insbesondere lernschwächere und lernmüde Schülerinnen und Schüler mit praktischer Begabung können in praxisnahen Zusammenhängen neue Lernmotivation erfahren, um den gefährdeten Schulabschluss zu schaffen und auf dem Ausbildungsmarkt erfolgreich zu sein.

Wir alle wissen, dass aber auch Absolventinnen und Absolventen von Hauptschulen und vergleichbaren Schulzweigen an Mittel-, Sekundar- oder Gesamtschulen mit Abschluss besondere Schwierigkeiten haben, einen direkten Einstieg in die Berufsausbildung zu schaffen. Eine vom BMBF geförderte Panel-Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts verfolgt seit 2004 kontinuierlich den Weg einer repräsentativen Gruppe von Hauptschülerinnen und Hauptschülern. Danach gelingt der direkte Übergang von Schule in eine Ausbildung nur rund 25 Prozent der Hauptschulabsolventen. Zwei Drittel der Hauptschülerinnen und Hauptschüler schaffen es, bis zwei Jahre nach Schulabschluss in Ausbildung zu kommen und diese auch weitgehend stabil und erfolgreich zu absolvieren.

Die Untersuchung belegt, dass viele junge Menschen, insbesondere auch junge Menschen mit Migrationshintergrund, ohne zusätzliche Förderung nicht zu einem erfolgreichen Schul- und Berufsabschluss gelangen. Von den Jugendlichen, die in Ausbildung gekommen sind, haben rund 60 Prozent im Ausbildungsbetrieb zuvor ein Praktikum absolviert. Auch das belegt: Frühzeitige Unterstützung und Orientierung hilft, Ausbildungs- und Berufschancen zu eröffnen.

Um mehr Betriebe für die Ausbildung Jugendlicher mit schlechteren Startchancen zu gewinnen, ist es notwendig, ein begleitendes, gut konzipiertes und gut ausgebautes regionales Unterstützungssystem für die Jugendlichen und Betriebe umzusetzen. Der Einsatz von Berufseinstiegsbegleitern, die Jugendliche nach ihrer Ausbildungsentscheidung beim Übergang in die Ausbildung betreuen und stützen, ist in Erprobung. Ähnliche Aktivitäten werden von einzelnen Ländern und der Wirtschaft gefördert, wie der Berufswahlpatte und Lotse. Hier stellt sich sowohl die Frage des aufeinander abgestimmten Vorgehens wie der Verstärkung der Maßnahmen.

Generell muss unser gemeinsames Ziel lauten: Prävention im Schulsystem und am Übergang statt Reparatur im Ausbildungssystem und in der Nachqualifizierung.

## 2. Wir laufen in ein erhöhtes Risiko eines Mismatching.

Wir haben einerseits Jugendliche, die keine Ausbildung finden, es gibt aber andererseits Betriebe, die keine Jugendlichen finden. Wir haben mittlerweile Regionen mit einem Überangebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen.

Viele Jugendliche, die ausbildungsreif sind, haben dennoch unrealistische Vorstellungen von eignungsgerechten Berufswünschen, die ihren Stärken und Neigungen entsprechen. Sie wurden nicht frühzeitig mit den Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt und den betrieblichen Ansprüchen konfrontiert.

Es nutzt weder unserer Wirtschaft noch unserer Gesellschaft, wenn Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben. Und wir können es uns nicht leisten, dass viele

junge Menschen eine Ausbildung wählen, die sich für sie als falsch erweist und die sie ohne Alternative abbrechen.

Ich verweise auch auf die aktuellen Analysen zum BIBB-Ausbildungsmonitoring, in denen als Fazit aus regionalen Ungleichheiten von Bewerberwünschen und Ausbildungsangeboten eine verstärkte Vernetzung von Angebots- und Nachfrageseite und eine Verbesserung der Anwerbe- und Bewerbungsstrategien angemahnt wird.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat sich in der zurückliegenden Legislaturperiode im Bereich Berufsorientierung verstärkt engagiert und wird dieses Engagement auch in dieser Legislaturperiode fortsetzen:

Im April 2008 haben wir das „BMBF-Programm zur Berufsorientierung“ gestartet. Seither wurden bundesweit Maßnahmen für mehr als 61.000 Jugendliche mit einem BMBF-Förderanteil von 18,3 Mio. € bewilligt. Jugendliche, vor allem aus den Hauptschulen, haben mit diesem Programm die Chance, in Klasse 8 drei verschiedene duale Berufe kennen zu lernen – und zwar in einer überbetrieblichen Berufsbildungsstätte oder einer vergleichbaren gemeinnützigen Bildungseinrichtung. Diese Einrichtungen haben seit Jahren Erfahrung mit der beruflichen Erstausbildung, die Ausbilder sind im Umgang mit Lehrlingen geschult. Die Schüler und Schülerinnen werden von der Schule auf ihren Aufenthalt in der Werkstatt vorbereitet und erhalten im Anschluss an die 80 Stunden ein Zertifikat, das Aussagen zu ihren Eignungen und Neigungen, aber auch zu den Fähigkeiten enthält, die noch zu verbessern sind.

Die Hypothesen, die wir bei der Konzeption des Programms aufgestellt haben, bestätigen sich in der Praxis: Die Maßnahmen werden nicht nur von Schülerinnen und Schülern hervorragend angenommen, umgekehrt sind auch die Ausbilder in den Berufsbildungsstätten und die Lehrer begeistert von Jugendlichen, die beim Schweißen, Sägen oder Malern ihre Fähigkeiten erkennen und sich ganz anders verhalten als im Unterricht. Die Jugendlichen haben Spaß daran, etwas selbst herzustellen und dann ein Werkstück mit nach Hause nehmen zu können.

Und: Die Jugendlichen glauben dem Ausbilder eher als den Lehrern, wenn dieser sagt: „Um ein Regal bauen zu können, musst du den Holzbedarf ausrechnen können. Außerdem musst du in vernünftigen Deutsch Kundenbriefe formulieren können. Also streng dich mal an.“ Diese Erfahrung an der Werkbank ist der Schlüssel zu mehr Motivation im Unterricht – die Brücke von der Praxis zur Theorie. Gerade für Fächer wie Mathematik und Deutsch, die eine ganz wesentliche Rolle für eine erfolgreiche Bewerbung um einen Ausbildungsplatz spielen, kann für Jugendliche ein neuer Zugang geschaffen werden. Die Aufgaben stammen aus dem ersten Lehrjahr und geben somit einen realistischen Einblick in die tatsächlichen Anforderungen in der Ausbildung.

Was die Jugendlichen selbst uns als positiv rückmelden, ist, dass sie sich sehr wertgeschätzt fühlten und dadurch mit einem gestärkten Selbstbewusstsein aus der Maßnahme wieder in die Schule zurückgehen. Für Mädchen eröffnet das Programm die Chance, sich z. B. mit der Ausbildung zur Metallbauerin auseinanderzusetzen, und für die Jungen bietet sich die Möglichkeit, in so genannte „typische Frauenberufe“ hinein zu schnuppern.

Für die kleinen und mittleren Unternehmen bietet sich die Chance, früh Kontakte zu möglichen Auszubildenden zu knüpfen und dadurch einem etwaigen Fachkräftemangel entgegen zu wirken.

Als wirklich erfolgreich werden wir das BMBF-Programm aber erst bezeichnen können, wenn es uns gelingt, in allen Ländern zu einer systematischen Verknüpfung von schulischem und praktischem Lernen zu kommen, sodass die Maßnahmen zur Berufsorientierung in den schulischen Alltag eingebettet sind. Das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) hat das, was als Pilot gestartet ist, in eine übergreifende Konzeption eingebettet. Mit dem Programm STARTKLAR! ist ein Angebot entwickelt worden, das über das Angebot in der 8. Klasse hinaus geht und eine dreijährige Begleitung bis in Klasse 10 aus einem Guss bietet. Ich darf Ihnen versichern, dass wir bereit sind, uns in allen Ländern in derartige Konzeptionen einzubringen. Diese beiden Tage bieten sicherlich Gelegenheit zu diskutieren, wie dies erfolgen könnte.

Berufsorientierung ist kein Thema allein für Lernschwache oder für Haupt- und Realschulen. Auch in den Gymnasien muss die Frage der richtigen Studien- und Berufswahl einen zentralen Stellenwert einnehmen. Ein besonderes Augenmerk legt die Bundesregierung auf die Bereitschaft junger Menschen, ein Studium der Mathematik, der Informatik, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften aufzunehmen. Um mehr junge Menschen zur Aufnahme von sogenannten MINT-Studiengängen zu motivieren, haben wir im Mai 2009 eine neue studien- und berufsorientierende Maßnahme mit dem Titel „Technikum“ auf den Weg gebracht.

Mit dem „Technikum“ ermöglichen wir jungen Menschen mit Hochschulreife einen strukturierten Übergang zwischen Schule und Studium, machen sie mit den Anforderungen und Möglichkeiten von MINT-Studiengängen vertraut und zeigen ihnen darüber hinaus die große Bandbreite ingenieur- und naturwissenschaftlicher Berufsfelder auf. Dabei richtet sich das „Technikum“ insbesondere an junge Frauen, die sich – trotz Studierfähigkeit – häufig gegen ein Studium im MINT-Bereich entscheiden. Mit dem Technikum bieten wir ein hervorragendes Instrument an, um falschen Vorstellungen und Erwartungen zu begegnen und Hemmschwellen vor Technik und Naturwissenschaften abzubauen.

Das „Technikum“ findet in Unternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen statt. Technikumsbetriebe treffen dabei auf junge, motivierte Menschen, die sich bewusst entschlossen haben, die Anforderungen von MINT-Studiengängen und -berufen kennen zu lernen. Die Betriebe kooperieren dabei mit regionalen Hochschulen. Das trägt auch dazu bei, die Kooperation zwischen Wirtschaft und Hochschulen in Fragen der Studien- und Berufsorientierung zu verbessern und somit mittelfristig tragfähige, lokale Kooperationsstrukturen zwischen Wirtschaft und Hochschulen aufzubauen. Außerhalb des Betriebes nehmen die Praktikantinnen und Praktikanten an einem pädagogischen Begleitprogramm teil, das in Form von Veranstaltungen, Kompetenzchecks, Vorträgen und Exkursionen organisiert ist. Die Bundesagentur für Arbeit bietet den jungen Menschen im Rahmen der Einführungsveranstaltung studienfeldbezogene Eignungstests an.

Berufsorientierung war und ist kein alleiniges Thema von Bund und Ländern. Viele haben sich hier bereits engagiert – und wir brauchen sie alle weiterhin: die Sozialpartner, die Bundesagentur für Arbeit, Stiftungen und private Einrichtungen. Die Arbeitsgemeinschaft Schule Wirtschaft engagiert sich seit Jahren in der Berufsorientierung und hat hier an und mit vielen Schulen Hervorragendes geleistet.

Wir können auf einem hohen Sockel von gemeinsamen Leistungen und Erfahrungen aufbauen. Auf dem Markt der Möglichkeiten können Sie sich heute und morgen davon überzeugen, über welche vielfältigen Maßnahmen wir bereits verfügen. Die Vereinbarungen der Regionaldirektionen mit den einzelnen Bundesländern haben wichtige Entwicklungen angestoßen. Aus diesen Konzepten wollen wir lernen.

Was notwendig ist, ist eine konzertierte Aktion. Zugespitzt formuliert: Das Problem am Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf ist nicht der Mangel an Mitteln und Maßnahmen, sondern der Mangel an Koordination beim Einsatz des vorhandenen Potenzials. Und das sowohl in finanzieller Hinsicht als auch im Blick auf die Qualität und Wirksamkeit der Bildungsarbeit der Akteure vor Ort.

Das aktuelle BMBF-Programm „Perspektive Berufsabschluss“ versucht, diese Abstimmung vor Ort beispielhaft zu verbessern. Bis 2012 werden in 27 Regionen bundesweit der Aufbau und die Weiterentwicklung eines regionalen Übergangsmagements im Sinne kohärenter Benachteiligtenförderung gefördert. Nach über einem Jahr Laufzeit kann eingeschätzt werden, dass an allen Standorten mehr oder weniger qualitative Schwachstellen im Bereich Übergänge Schule – Beruf konstatiert werden. Auch die Ansprechpartner vor Ort sehen das Problem nicht im Mangel an Angeboten, sondern in der noch fehlenden Koordination und Qualitätskontrolle.

Deshalb sollte das Instrument des regionalen Übergangsmagements, das in vielen Regionen in Angriff genommen wird, unterstützt werden. Der Landesausschuss für berufliche Bildung NRW hat in seiner letzten Sitzung dieses Konzept aufgegriffen und die flächendeckende Einführung eines regionalen Übergangsmagements im Land NRW vorgeschlagen.

Ich freue mich, dass diese Tagung so viel Interesse hervorgerufen hat. Ich wünsche uns allen ein gutes Gelingen, gute Ergebnisse und viele weitere gemeinsame Schritte, um unser aller Ziel zu erreichen – im Interesse der jungen Menschen, aber auch im Interesse unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft.

Wir müssen den Jugendlichen dabei helfen, ihre Stärken zu entdecken.

Wir dürfen keine Talente brachliegen lassen.

Wir müssen uns um jeden Einzelnen kümmern, damit ihm oder ihr der Weg in die Berufswelt gelingt.

### 3.4 Berufsorientierung durch die Bundesagentur für Arbeit – der Einstieg in die Berufswegplanung

*Raimund Becker (Vorstand der Bundesagentur für Arbeit)*

Wir alle wissen: Die Gesellschaft ist im Wandel – Qualifikationsanforderungen verändern sich; höhere und breitere Qualifikation wird künftig gefordert.

Deutschland als Land, das vor allem auf den „Rohstoff“ Bildung angewiesen ist, benötigt qualifizierte Fachkräfte: Stichworte wie „Globalisierung“, „technologischer Wandel“ und die „Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft“

beschreiben einen übergreifenden Trend: Die Arbeitswelt stellt immer höhere Qualifikationsanforderungen an die Berufstätigen. Der demographische Wandel konfrontiert uns parallel dazu mit der Herausforderung, dass Jugend womöglich in Zukunft zur „Mangelware“ wird. Gleichzeitig haben wir nach wie vor eine hohe Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss (2009: 64.000 Jugendliche ohne Hauptschulabschluss) oder ohne Ausbildung (15,2 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 gelten als ungelernt).

Aufgrund des demographischen Wandels und dem damit einhergehenden Rückgang des Arbeitskräftepotenzials, müssen wir die vorhandenen Potenziale fördern und stärken. Wir können es uns nicht leisten, auch nur einen Jugendlichen zu verlieren.

### *Gute Berufsorientierung zur rechten Zeit*

Berufsorientierung löst natürlich nicht das Demographieproblem und kann Schulabbrüche nicht per se verhindern. Sie kann aber dazu beitragen, dass Jugendliche sich frühzeitig mit der Frage beschäftigen, „Was kann ich?“ und „Was will ich?“, und damit besser in die Lage versetzt werden, selbst aktiv zu werden, Entscheidungen zu Bildungswegen und zu ihrer Berufswahl zu treffen und ihre Begabungen auszuschöpfen.

Berufsorientierung ist aus mehreren Gründen wichtig:

- weil sie Jugendliche auf die Berufswahl vorbereitet und dabei unterstützt, ihre Fähigkeiten/Kompetenzen und Interessen besser einzuschätzen;
- weil sie das Kennenlernen unterschiedlicher Berufsfelder ermöglicht;
- weil sie (idealerweise) Jugendliche auch dazu befähigt, selbstständig fundierte Entscheidungen zu treffen;
- weil sie aufgrund des technologischen und gesellschaftlichen Wandels und der gestiegenen Anforderungen im Laufe der gesamten beruflichen Biographie eine Rolle spielen wird;
- weil sie hilft, berufliche Fehlentscheidungen zu vermindern, und damit auch volkswirtschaftlich sinnvoll ist (Prävention statt Reparatur).

Berufsorientierung nimmt damit eine Schlüsselrolle im Berufswahlprozess ein: Sie ermöglicht Jugendlichen im Wortsinne eine erste Orientierung im teilweise unübersichtlichen Geflecht beruflicher Möglichkeiten (Stichwort „information overflow“), unterstützt dabei, Kompetenzen und Interessen zu entdecken und weist den Weg für weitere Unterstützung bei der Berufsfindung.

Und schließlich hat Berufsorientierung auch eine volkswirtschaftliche Dimension: Wir können es uns angesichts der vorgenannten Entwicklungen auch als Gesellschaft und als Volkswirtschaft schlichtweg nicht leisten, Jugendliche und deren Kompetenzen zu verlieren, wenn wir im internationalen Wettbewerb bestehen wollen.

Berufsorientierung hilft, Aufwände im Übergangssystem zu vermeiden. Berufsorientierung ist allerdings nicht alleine Sache der Bundesagentur für Arbeit oder gar der Versichertengemeinschaft, im Gegenteil.

Wie Sie wissen, sind in der Berufsorientierung viele Akteure gefragt. Neben der Bundesagentur für Arbeit sind dies insbesondere:

- Eltern,

- Schulen und Länder,
- Wirtschaft.

Warum haben wir uns in den letzten Jahren verstärkt im Bereich der Berufsorientierung engagiert? Die Bundesagentur investiert in großem Umfang personelle und finanzielle Ressourcen, um junge Menschen zu unterstützen, die „im ersten Anlauf“ den Übergang von der Schule in Berufsausbildung nicht reibungslos schaffen bzw. nicht geschafft haben. Vor diesem Hintergrund hat sich die Frage gestellt, ob es nicht sinnvoller ist, – anstatt erst nach einem nicht geglückten Start in den Beruf mit Fördermaßnahmen anzusetzen – bereits während der Schulzeit, also im Vorfeld des Übergangs in den Beruf in die Jugendlichen stärker zu investieren (mit den Instrumenten: Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme (BVB), Einstiegsqualifizierung (EQ), Berufseinstiegsbegleiter).

Die Bundesagentur hat diese Frage positiv beantwortet. Dabei geht es nicht nur darum, den Jugendlichen Zeitverlust und Misserfolge beim Einstieg in das Berufsleben zu ersparen und einen Beitrag zur Deckung des Bedarfs an qualifiziertem Nachwuchs in der Wirtschaft zu leisten. Ein solches Engagement ist auch mit der Erwartung verbunden, dass man sich bei frühzeitiger Investition in die Jugendlichen die späteren Ausgaben bei den „Reparaturmaßnahmen“ erspart.

Deshalb hat die Bundesagentur für Arbeit neben unserem seit jeher bestehenden gesetzlichen Auftrag zur Berufsorientierung in den letzten Jahren Aktionsprogramme zum Thema „Prävention“ entwickelt.

Mit dem Stichwort „Prävention“ lassen sich verschiedene Aktivitäten der Bundesagentur für Arbeit im Bereich der beruflichen Orientierung zusammenfassen:

#### *Regelmäßige Berufsorientierung*

Erste Säule ist die regelmäßige Berufsorientierung in den Schulen und in den Agenturen für Arbeit, bei denen Berufsberater und Berufsberaterinnen die Jugendlichen über ihre beruflichen Möglichkeiten informieren. In allgemeinbildenden Schulen werden z. B. für jede Schulklasse oder Jahrgangsstufe Schulbesprechungen in der Schule mit einem Gesamtumfang von zwei Schulstunden und eine Schulbesprechung im Berufsinformationszentrum BiZ oder im BiZmobil angeboten. Da Eltern von jungen Menschen mit Behinderungen eine besonders wichtige Rolle im Berufswahlprozess zukommt, wird eine dieser Schulveranstaltungen in den Förder- und Sonderschulen als Veranstaltung für Eltern durchgeführt. Um dem prozessualen Charakter der Berufswahl Rechnung zu tragen, werden diese Veranstaltungen ca. 1½ bis 2 Jahre vor Schulentlassung angeboten. In der Zeit vom 1. Oktober 2008 bis zum 31. September 2009 wurden in allgemeinbildenden Schulen z. B. etwa 68.000 Schulsprechstunden in Entlass- und Vorentlassklassen sowie 9.500 Elternveranstaltungen durchgeführt.

Ergänzend hierzu werden zahlreiche berufs- oder studienkundliche Vortragsveranstaltungen, Seminarreihen im BiZ oder BiZmobil oder Beteiligungen an Messen organisiert. In dem oben genannten Zeitraum waren dies z. B. rund 4.660 Vortragsveranstaltungen, in ca. 1.700 Fällen erfolgte eine Beteiligung an Bildungs- bzw. Berufsmessen.

### *Umfangreiches Medienangebot*

Die zweite Säule ist das umfangreiche Medienangebot rund um das Thema Berufs- und Studienwahl der Bundesagentur für Arbeit. Das Medienportfolio der Bundesagentur für Arbeit hat sich dem aktuellen Mediennutzungsverhalten der Jugendlichen, deren Erwartungen und den veränderten Rahmenbedingungen gestellt und inzwischen ein zielgruppenspezifisches Angebot entwickelt. Online- und Digital-Medien fungieren als Leitmedien und werden durch Printmedien ergänzt. Regelmäßig werden in Sonderausgaben auch Themenfelder wie MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik), geschlechtsspezifisches Berufswahlverhalten oder migrationsspezifische Fragestellungen aufgegriffen. Immer ist dabei auch die Erweiterung des Berufswahlspektrums junger Menschen intendiert.

Die Leitmedien hierbei sind:

- planet-beruf.de für Schüler/Schülerinnen bis zur Mittleren Reife;
- für die Sekundarstufe I: Selbstlernprogramm Berufe-Universum mit Stärken-Schwächen-Analyse (welcher Beruf passt zu mir?) sowie Unterlagen für ein erstes Gespräch beim Berufsberater;
- abi.de für Schüler/Schülerinnen, welche die Hochschulreife anstreben;
- ausbildungberufchancen.de für junge Menschen mit Behinderung;
- die Datenbanken BERUFENET, KURSNET sowie BERUFE-TV oder die JOBBÖRSE;
- BRAVO Jobattacke.

In den Berufsinformationszentren, kurz BiZ der Bundesagentur für Arbeit sind alle Medienangebote vorhanden und werden durch berufsfeldbezogene BiZ-Mappen ergänzt.

Neben diesen schon beinahe „klassischen“ Instrumenten der Berufswegeplanung wurde in den letzten Jahren mit den vertiefenden Angeboten der Berufsorientierung eine dritte wichtige Säule aufgebaut: Hierunter sind vorrangig Maßnahmen der vertieften bzw. erweiterten vertieften Berufsorientierung zu verstehen, die insbesondere solche Berufsorientierungsaktivitäten umfassen, die durch die Berater und Beraterinnen der Berufsberatung nicht abgedeckt werden, wie z. B. die Vermittlung von spezifischen Kenntnissen einer Berufs- oder Studiensparte durch eigenes Tun. Bei diesen Maßnahmen können wir 50 Prozent der Finanzierung übernehmen und uns mit Partnern gemeinsam dafür engagieren, dass Jugendliche frühzeitig ihre Kompetenzen erkunden, Berufsfelder entdecken können oder einen Einblick in die Unternehmenswelt nehmen.

Zu Beginn des Jahres 2007 hatte der Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit ein „Programm zur Verbesserung der Ausbildungschancen Jugendlicher“ beschlossen, mit dem auch verstärkte Mittel für präventive Maßnahmen für Jugendliche, insbesondere Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung eingebracht wurden. Während sich die Ausgaben für diese Maßnahmen 2006 auf 4 Mio. Euro beliefen, wurden 2007 bereits knapp 20 Mio. Euro ausgegeben. 2008 hatten wir hierzu ein Budget von 50 Mio. Euro im Einsatz und haben mit ca. 2.800 Maßnahmen rund eine halbe Million Schüler erreicht. 2009 stehen für diese Maßnahmen 70 Mio. Euro zur Verfügung.

Eine solche Ausweitung der Maßnahmen zeigt, wie groß das Interesse unserer Partner, die sich ebenfalls mit Fragen der Berufsorientierung von Schülern befas-

sen und diese Maßnahmen mit finanziert haben, ist. Beteiligt sind vor Ort und in den Regionen unterschiedlichste Kofinanziers: z. B. Kommunen, Schulen, Fördervereine, Arbeitgeberverbände, Kammern, Gewerkschaften und – überregional – natürlich die Länder.

Dieses Engagement macht andererseits auch deutlich, wie groß der Bedarf der Jugendlichen ist, intensive Unterstützung und Informationen bei der Berufswahl zu erhalten. Dabei wurden die präventiven Maßnahmen insbesondere dazu eingesetzt, um durch frühzeitige Orientierung und Förderung den Übergang von Abgängern aus der Sekundarstufe I, insbesondere aus den Hauptschulen zu verbessern. Gerade Schüler, die nach der 9. bzw. 10. Klasse die Schule verlassen wollen, müssen sich frühzeitig mit Fragen der Berufswahl auseinandersetzen und eine Entscheidung über einen passenden – ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden, aber auch erreichbaren – Beruf treffen. Da sie es gegenüber Konkurrenten mit höheren Schulabschlüssen häufig auf dem Ausbildungsmarkt schwerer haben, müssen sie möglichst auch Alternativen erarbeiten. Hier ist es besonders wichtig, dass die Weichen auf dem Weg in den Beruf von Anfang an richtig gestellt werden. Das heißt jedoch nicht, dass Berufsorientierung nicht auch für Abgänger aus höheren Schulen aus Sicht der Bundesagentur für Arbeit ein wichtiges Thema ist (evtl. Erhöhung der Studierneigung, Mint-Fächer). Ausbildungs- und Studienabbrüche erzeugen nicht nur volkswirtschaftliche Kosten, sondern stellen auch einen empfindlichen Bruch in der Lebens- und Berufsbiografie der jungen Leute dar. Trotzdem erscheint es uns sinnvoll, vor allem Schüler und Schülerinnen in der Sekundarstufe I mit zusätzlichen Maßnahmen zu fördern, weil wir davon ausgehen, dass sie am meisten von der Unterstützung profitieren. Dabei müssen wir auch an besondere Zielgruppen denken, insbesondere Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund, die künftig in noch zunehmender Zahl die Schulen verlassen und in das Berufsleben eintreten werden.

Der Ausbau der Maßnahmen ist weiter befördert worden durch die Entscheidung des Gesetzgebers, uns – befristet bis 31.12.2010 – die Möglichkeit zu eröffnen, Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung auch über einen Zeitraum von vier Wochen hinaus und während der Unterrichtszeiten zu fördern. Dies gibt Spielraum, um Maßnahmen zu konzipieren, mit denen Schüler intensiver und kontinuierlicher gefördert werden können. Aus Sicht der Bundesagentur ist es wichtig, dass der Gesetzgeber zeitnah über die Verlängerung entscheidet, da insbesondere die Länder wegen notwendiger politischer Entscheidungen einen längeren Vorlauf und eine ausreichende zeitliche Perspektive für die Planung benötigen.

Was ist das Ergebnis der vielen Aktivitäten? Entstanden ist eine große Vielfalt von Maßnahmen. Ein inhaltlicher Schwerpunkt liegt – neben der Information über Berufe und der Verbesserung des Entscheidungsverhaltens – häufig bei einer vertieften Eignungsfeststellung. Denn eine realistische Einschätzung eigener Fähigkeiten und Möglichkeiten in Bezug auf konkrete Berufe ist die Basis für eine kompetente Berufswahlentscheidung. Die Formen der Umsetzung sind unterschiedlich. So gibt es z. B. Workshops innerhalb und außerhalb der Schule, u.U. mehrwöchige Camps, Planspiele, Schülerfirmen und besondere Projekt-tage. Viele Maßnahmen beinhalten Praktika bei Betrieben oder Trägern oder in kombinierter Form bei Betrieben und Trägern.

Unser Ziel im Rahmen des Aktionsprogramms Prävention ist es, im Sinne einer Anschubfinanzierung zum Ausbau eines qualitativ hochwertigen Angebotes an Berufsorientierung in den Schulen beizutragen.

Was wissen wir über die Wirkung dieser Maßnahmen? Wir möchten dabei bei den bisher gewonnenen Erfahrungen ansetzen. Zwar gibt es noch keine harten Evaluationsergebnisse, erste Erkenntnisse über erfolgsrelevante Elemente in präventiven Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung konnten wir aber bereits gewinnen:

1. Netzwerke sind besonders erfolgreich:
  - Fachkompetenz der Beteiligten;
  - Dienstleistungen unter den Partnern abstimmen;
  - Partikularinteressen der gemeinsamen Sache unterordnen;
  - abgestimmte Bildungs- und Betreuungsketten sind notwendig.
2. Berufswahlkompetenz wird erkennbar gestärkt:
  - Jugendliche geben Ausbildung/Beruf höheren Stellenwert;
  - Jugendliche sehen Notwendigkeit einer guten Ausbildung;
  - höhere Abschlüsse werden angestrebt;
  - höhere Eigenverantwortung;
  - realistischere Einschätzung der vorausgesetzten Fähigkeiten für einen Beruf.
3. Weitere zentrale Erfolgsfaktoren sind, dass Maßnahmen
  - schon früh in der Vorabgangsklasse der Hauptschule anfangen;
  - nicht einmalig, sondern fortlaufend stattfinden;
  - gezielt spezielle Personengruppen betreffen (Geschlecht, Schulform, Nationalität);
  - wenn sie weiche Faktoren wie Bestärkung, Anerkennung, Wertschätzung und Respekt mit beinhalten;
  - Praktika und Praxiserfahrung beinhalten;
  - modulare Angebote machen.

Diese ersten Erkenntnisse über erfolgsrelevante Faktoren belegen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Zwischenzeitlich haben wir einige dieser Empfehlungen schon auf der Kultusministerkonferenz (KMK) vorgestellt. Einige Länder folgen diesen Empfehlungen und befinden sich in der Umsetzungsphase.

Erste Erkenntnisse für die Eckpunkte der Weiterentwicklung sind aus unserer Sicht:

- die Herstellung von Transparenz zu den vorhandenen Angeboten,
- ein bedarfsgerechterer modularer Einsatz,
- die Bündelung von Ressourcen und eine damit verbundene effizientere Mittelverwendung sowie
- eine bessere Koordination der Aktivitäten,
- Maßnahmen zur Qualitätssicherung,
- die Berücksichtigung der regionalen und lokalen Besonderheiten, insbesondere im Bereich des jeweiligen Schulsystems,
- die Berücksichtigung der regionalen und lokalen Akteure und deren Engagement im Bereich der vertieften Berufsorientierung.

Zwischenzeitlich gibt es im gesamten Bundesgebiet eine große Zahl und Vielfalt unterschiedlicher Maßnahmen im Bereich der Berufsorientierung. Im Rahmen dieser Tagung gibt es Gelegenheit, viele interessante Beispiele kennen zu lernen und Anregungen für die eigene Arbeit mitzunehmen.

Die Vielfalt birgt auch Herausforderungen. Für die Konzeption eines bedarfsgerechten Angebotes an Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung z. B. auf Landesebene braucht man einen Überblick über bereits vorhandene Angebote, um Redundanzen zu vermeiden und neue Angebote sinnvoll in das bestehende System einzufügen. Unser Ziel ist es mitzuhelfen, das Angebot der vertieften Berufsorientierung zu systematisieren und in Kooperation mit den Ländern passgenaue, modulare Angebote für die Fläche zu konzipieren.

Ich möchte bei den Ländern dafür werben, noch intensiver mit der Bundesagentur für Arbeit bei der Konzeption, Umsetzung und Weiterentwicklung von landesweiten Programmen zur vertieften Berufsorientierung zusammenzuarbeiten.

Weiter haben wir auch ein hohes Interesse an der Qualitätssicherung und der Evaluation der Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung, um mittelfristig auch Aussagen über die Wirksamkeit (und Wirtschaftlichkeit) von Berufsorientierung treffen zu können. Gemeinsam mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) überlegen wir zurzeit, wie ein Konzept für eine Evaluation der Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung aussehen müsste, um zu aussagekräftigen und verwertbaren Ergebnissen insbesondere über die Wirkung der Maßnahmen zu gelangen.

Wichtig ist uns – auch angesichts der Unterschiedlichkeit der Maßnahmen –, Qualitätskriterien für die Einrichtung, Durchführung und Ausgestaltung der Maßnahmen zu identifizieren. Ziel ist es dabei nicht, die Maßnahmen zu normieren oder zu standardisieren. Da es sich bei den Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung um ein ergänzendes Angebot handelt, welches auf das – in den einzelnen Ländern und Regionen jedenfalls schulseitig unterschiedlich ausgestaltete – Regelangebot aufsetzt und an den konkreten Bedarfen ausgerichtet sein soll, wäre ein bundesweit gleich ausgestaltetes Angebot nicht sinnvoll. Bei den Qualitätskriterien geht es vielmehr darum, Anforderungen herauszuarbeiten, die nach den bisherigen Erfahrungen und Erkenntnissen für eine erfolgreiche Durchführung von Bedeutung sind.

Zum Schluss möchte ich noch auf einen zentralen Erfolgsfaktor für präventive Maßnahmen zurückkommen: Dies ist im komplexen Feld der Berufswegeplanung und des Übergangsmangements die Kooperation in Netzwerken. Dies gilt sowohl auf Bundes- und Landesebene als auch für die Arbeit in den Regionen und vor Ort. Wir möchten dazu beitragen, die Kooperation und Koordination der zahlreichen Akteure zu verbessern.

Viele Institutionen und Akteure bemühen sich, jungen Menschen durch eine frühzeitige Aufklärung und Information den Start ins Berufsleben zu erleichtern. Nicht immer ist es für die Schulen leicht, den Überblick über die unterschiedlichsten Orientierungsangebote und deren Nutzen für ihre Schüler und Schülerinnen zu gewinnen bzw. zu behalten.

Die Bundesagentur für Arbeit hat sich vorgenommen, sich an der Koordination der regionalen Akteure maßgeblich zu beteiligen und die Schulen bei der Entwicklung eines auf die spezifischen Schulbelange abgestimmten Konzepts zur Berufswahlvorbereitung zu unterstützen. Erfolgreich vor Ort zusammenar-

beitende Netzwerke sowie positive Erfahrungen einschlägiger regionaler und überregionaler Projekte sollen dabei berücksichtigt werden. Die Stärkung von Netzwerken und der Koordination von Angeboten haben wir in den Grundsätzen und fachlichen Grundlagen zur Berufsorientierung in der Bundesagentur für Arbeit für den Bereich der Sekundarstufe I und II verankert. Die Bundesagentur für Arbeit will damit einen Beitrag zur Verbesserung des Übergangsmanagements leisten.

Die Bundesagentur für Arbeit bekennt sich damit deutlich zur Kooperation in Netzwerken, insbesondere in diesem komplexen Feld der Berufswegeplanung und des Übergangsmanagements: Wir benötigen mehr gemeinsame und vor allem dauerhafte Anstrengungen in Netzwerken, wenn wir nachhaltige Erfolge erzielen wollen.

Im Rahmen der heutigen Tagung gibt es Gelegenheit, viele interessante Beispiele kennen zu lernen und Anregungen mitzunehmen.

Ich wünsche Ihnen fruchtbare Dialoge, wertvolle gegenseitige Erkenntnisse und die Umsetzung von möglichst vielen noch kommenden Folgeaktivitäten.

## 4 Ausblick

*Petra Lippegaus-Grünau, Franciska Mahl, Iris Stolz*

Die Bestandsaufnahme der Programme und Projekte auf regionaler, auf Landes- und auf Bundesebene sowie die Fachtagung „Berufsorientierung“ in Kiel haben Einblicke in ein äußerst lebendiges Arbeitsfeld geboten. Greift man ein Bild von Raimund Becker, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit bei der Fachtagung auf, handelt es sich um eine bunte Blumenwiese. Auf dieser wimmelt es nur so von unterschiedlichen Programmen, aber auch von unterschiedlichen Akteuren, die Projekte gemeinsam zum Blühen bringen und zwischen ihnen fruchtbare Verbindungen schaffen. Schaut man mit etwas Abstand auf diese Wiese, zeichnen sich in all der Vielfalt gemeinsame Grundlagen, verwandte Gruppen und ähnliche Entwicklungslinien ab.

Für das Gedeihen in der Natur sind zunächst die Umfeldbedingungen von großer Bedeutung, z. B. der Boden, auf dem die Blumen wachsen, und der Klimawandel, der sie umgibt. Die Basis der vielfältigen Programme und Projekte bilden die enormen Veränderungen in der Arbeitswelt und der Gesellschaft, aus denen sich große Herausforderungen für junge Menschen im Prozess der Berufsorientierung ergeben. Die Jugendlichen sind gefordert, eine Reihe von Kompetenzen zu entwickeln, um die sich ständig wandelnden Anforderungen bewältigen zu können. Statt eines Lebensberufes müssen sie heute vielfach den Einstieg in eine Kette von Neu- und Umentscheidungen wählen. Ihre Berufsorientierung findet unter den Bedingungen einer Situation am Ausbildungsmarkt statt, die durch ungünstige „klimatische“ Bedingungen gekennzeichnet ist: Ausbildungsplatzmangel, erschwerte Zugänge für marginalisierte Gruppen und ein expandierendes Übergangssystem, bei dem nicht sicher ist, ob es die Chancen der Jugendlichen tatsächlich verbessert.

Bei der Antwort auf die Frage, wie mit dieser Situation umzugehen ist, nehmen die Verantwortlichen unterschiedliche Perspektiven ein, sie betrachten die Wiese aus unterschiedlichen Blickrichtungen. Zusammenfassend lassen sich dabei drei Richtungen ausmachen.

Eine erste Perspektive, die eine Gruppe von Programmen und Projekten kennzeichnet, nennen wir die externe Perspektive. Hier gehört die Wiese eher zu einem Gartenfachbetrieb, und es geht um die Frage: Was wollen die Kunden? Was brauchen die Wirtschaft, die Arbeitswelt, die Gesellschaft? Welche Anforderungen müssen erfüllt werden? Viele Programme sollen Jugendliche „fit machen“ für die Ausbildung. Sie zielen darauf, die Kompetenzen, die der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in seinem Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife gebündelt hat, zur Verfügung zu stellen bzw. Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Berufsorientierung auf diese Anforderungen vorzubereiten. Angesprochen werden deshalb überwiegend diejenigen, von denen man annimmt, dass ihre Ausbildungsreife oder Berufswahlkompetenz noch nicht ausreichend entwickelt ist. Durch begleitete Praktika, durch Praxiswerkstätten, Praxistage oder auch Schülerfirmen sollen sie Gelegenheiten bekommen, die jeweiligen Anforderungen kennen zu lernen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und „daran zu wachsen“.

Bei anderen Projekten dient Berufsorientierung dazu, junge Menschen gezielt „auf etwas hin“ zu orientieren, auf Berufsfelder oder Berufe, in denen ein Facharbeitermangel prognostiziert wird. Dazu gehören z. B. Programme, die Schülerinnen und Schüler aus den Hauptschulen für das Handwerk oder Mädchen für MINT-Berufe gewinnen wollen.

Eine andere, eine subjektive Perspektive nimmt eine zweite Gruppe von Programmen und Projekten ein. Leitfragen sind hier: Welches Entwicklungspotenzial steckt in der Person des Schülers oder der Schülerin? Was sind ihre Besonderheiten, wie kann ihr Wachstum gefördert werden? Häufig handelt es sich eher um sozialpädagogisch orientierte Programme, die sich an Schülerinnen und Schüler wenden, die individuelle Unterstützung bei ihrer weiteren Berufs- und Lebensplanung benötigen. Die Programme und Projekte unterstützen Jugendliche darin, sich mit ihrer Biografie, mit ihren Kompetenzen und Ressourcen auseinanderzusetzen. Auf den Ergebnissen dieser Auseinandersetzung baut eine individuelle Förderung auf, die die Jugendlichen ermutigt, ihre Kompetenzen auf eigenen Wegen zu entwickeln und sie dabei durch individuelle Förderung unterstützt.

Eine solche Berufsorientierung versteht sich als eine Befähigung, die Anforderungen in Beruf und Alltag zu meistern. Sie setzt auf die Stärkung der Persönlichkeit, auf Selbstreflexion, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Dabei nehmen diese Projekte stärker als andere die tatsächlichen Lebensbedingungen und Perspektiven benachteiligter Jugendlicher in den Blick und machen sie zur Ausgangslage der Berufsorientierung.

Solche Ansätze konzentrieren sich in der Praxis häufig auf Jugendliche, die als benachteiligt gelten. In vielen Bundesländern werden für Abschlussgefährdete spezielle Klassen mit neuen didaktischen Konzepten eingerichtet. Konzepte, die Kompetenzentwicklung und die Befähigung zur Biografiegestaltung für alle fördern, bleiben bislang die Ausnahme.

Aus einer dritten Perspektive stellt sich die Frage: Was für eine Umgebung brauchen wir, damit sich junge Menschen in der Phase ihres Übergangs positiv entwickeln, gut gedeihen? Diese Programme verstehen Berufsorientierung nicht nur als individuellen Prozess der Selbstreflexion und der Auseinandersetzung mit Anforderungen, sondern beziehen strukturelle Aspekte des (gefährdeten) Übergangs ein bzw. stellen diese in den Mittelpunkt.

Nicht zuletzt von den Erkenntnissen der PISA-Studien ausgehend, beginnen Programme die Voraussetzungen benachteiligter Gruppen genauer wahrzunehmen und diese besser zu fördern. Aufeinander aufbauende Bausteine der Beratung und Begleitung werden zu Begleitprogrammen zusammengefügt und tragen dazu bei, dass ihr Übergang von der Schule in den Beruf besser gelingt. Insbesondere in Klassen für Abschlussgefährdete finden neue didaktische Konzepte Anwendung, die die Praxis zum Ausgangspunkt des Lernens machen und neue Lernkulturen einführen. Einige weiten den Blick und richten sich an alle Jugendlichen im Übergang Schule – Beruf.

Die Entwicklung der Berufsorientierung trägt dazu bei, Schulqualität zu verbessern. Viele Schulen entwickeln systematische Gesamtkonzepte der Berufsorientierung und verankern diese in ihren Schulprogrammen. Bereits erfolgreich etablierte Modelle anderer Schulen werden verbreitet und dienen als Ausgangspunkt für Schulentwicklungsprozesse. Um ihre erweiterten Aufgaben zu bewälti-

gen, qualifizieren sich Lehrkräfte in Fortbildungen, arbeiten mit anderen Berufsgruppen in Teams sowie mit externen Lernortpartnern zusammen.

Insbesondere Hauptschulen haben z.T. ein vielfältiges Förderangebot entwickelt, das sowohl darauf ausgerichtet ist, Risiken des Scheiterns in der Schule präventiv zu begegnen, als auch darauf, Jugendliche, die in der Schule schon viele Niederlagen erlitten haben, für systematisches Lernen wieder zu gewinnen. In einer ersten Entwicklungsrichtung werden Berufsorientierung und Praxisbezug tendenziell als Alternative zum theoretischen Lernen in der Schule gesehen. Die zweite Entwicklungsrichtung fördert durch praktisches Lernen das theoretische Lernen. Dabei werden die Möglichkeiten des ganztägigen Lernens genutzt, um ausreichend Raum für Betriebspraktika, schulischen Unterricht und für eine ergänzende Förderung in kleinen Lerngruppen zu gewinnen. Diese Hauptschulen öffnen sich auch für Lernmöglichkeiten in anderen Kontexten – im Verein, im Jugendverband, im freiwilligen Engagement.

Zahlreiche Programme sehen ihre Aufgabe darin, die verschiedenen Programme und Projekte des Bundes, der Länder, der Bundesagentur für Arbeit, der Kommunen sowie anderer Akteure wie z. B. Stiftungen effizienter aufeinander abzustimmen. Aus dem „natürlichen Chaos“, das zunächst das Entstehen vieler Bemühungen kennzeichnet, werden systematische und nachhaltige Strukturen, innerhalb derer alle relevanten Akteure auf lokaler, auf regionaler und z.T. auch auf Landesebene zusammenarbeiten. Neue Programme sind auf Transparenz und Übersichtlichkeit angelegt, legen Standards und gemeinsame Ziele fest. Um die Wirksamkeit der vielfältigen Angebote zu gewährleisten, finden Prozesse der Qualitätsentwicklung und -sicherung statt.

Zusammenfassend zeigt sich nicht nur eine bunte Wiese, sondern auch eine, die sich gut entwickelt. Vergleicht man die Ergebnisse dieser Bestandsaufnahme mit vorherigen, z. B. aus dem Modellprogramm „Schule – Wirtschaft/Arbeitsleben“ (SWA), so gibt es Anzeichen für eine Erweiterung der Berufsorientierung. Bereits die Modellversuchsreihe SWA hatte darauf hingewiesen, dass Berufsorientierung sich nicht darauf beschränken kann, junge Menschen auf die Erfüllung von Anforderungen vorzubereiten, dass Berufsorientierung stattdessen als lebenslanger Prozess der Abstimmung zwischen der subjektiven Seite und den objektiven Anforderungen zu verstehen ist. In der nun vorgestellten „neuen Generation“ der Programme scheint die mit dieser Definition geforderte subjektive Perspektive stärker in den Blick gerückt zu sein. Viele Programme ermöglichen den jungen Menschen die Auseinandersetzung mit objektiven Anforderungen und umgekehrt.

Mit der Wahrnehmung der systemischen Komponente kündigen sich weitere Entwicklungsschübe an: Berufsorientierung geht nicht nur die Jugendlichen an, die sich aktiv mit Anforderungen auseinandersetzen – und Berufsorientierung bleibt nicht auf die Schule konzentriert. Sie ist eingerahmt in die Gesellschaft und ihre Teilsysteme, die maßgeblich über die Notwendigkeit von Kompensationsmaßnahmen, ihre Ziele, ihre Ausgestaltung und ihre Erfolge mitbestimmen. Berufsorientierung lässt sich so als eine gemeinsame Aufgabe vieler mit einer persönlichen, einer pädagogischen und einer politischen Dimension verstehen.

Wenn abschließend ein Eindruck von viel Aufbruch entsteht, ist diese Entwicklung gut – aber bei weitem nicht ausreichend. Noch blühen auf unserer Wiese viele Exoten, die Wiese ist längst nicht typisch für die gesamte Landschaft.

Eine Öffnung und Ausweitung der Berufsorientierung ist in mehrfacher Hinsicht gefragt.

Eine Ausweitung vom Modell zum Regelfall: Viele Programme werden über die erweiterte vertiefte Berufsorientierung gefördert, die zeitlich beschränkt angelegt ist. Berufsorientierung aber ist eine Daueraufgabe, die auch zukünftig entsprechende Rahmenbedingungen braucht. Nur so können die vielen guten Ansätze – die Perspektive der Biografiebewältigung, die Öffnung von Schulen und die Erarbeitung gemeinsamer Konzepte – verstetigt werden.

Eine Öffnung von den „Sonderangeboten“ für Benachteiligte zu neuen Normalitäten: Alle Schüler/innen, auch die der Gymnasien, brauchen verstärkt Gelegenheiten, sich mit sich selbst, mit beruflichen und gesellschaftlichen Anforderungen auseinanderzusetzen, eigene Wege zu planen und dabei eine individuelle Unterstützung zu erhalten. Neue Lernkulturen, die sich als erfolgreich für Benachteiligte erweisen, können als Vorbild für eine neue pädagogische Qualität in der „Normalschule“ dienen. Welche Richtung die Entwicklung nehmen kann, zeigen die im Wettbewerb „Starke Schule“ ausgezeichneten Schulen. Sie setzen auf eine individualisierte Förderung, holen das Arbeitsleben in die Schule und schicken ihre Schüler/innen hinaus ins Arbeitsleben. Sie engagieren sich im künstlerischen und kulturellen Bereich, fördern ehrenamtliches Engagement und orientieren sich an Zielen wie Solidarität, Schutz der Umwelt und einem guten Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft.

Wir danken allen, die mit ihren Informationen dazu beigetragen haben, dass das Bild der Berufsorientierung so bunt und vielfältig ausgefallen ist. Wir hoffen, dass dieser Überblick zu einer guten Entwicklung der Landschaft, vor allem aber zu gelingenden Anschlüssen und Abschlüssen beiträgt.

## 5 Literaturverzeichnis

- Aktionsbündnis für Bildung und Beschäftigung Hamburg/Behörde für Schule und Berufsbildung (2009): Hamburger Programm Berufsorientierung und Berufswegeplanung. Leitsätze und Erfolgsfaktoren für den Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf. Band 1. [http://www.li-hamburg.de/fix/files/doc/Hamburger\\_Programm\\_%20Berufsorientierung\\_und\\_Berufswegeplanung\\_2009-09.2.pdf](http://www.li-hamburg.de/fix/files/doc/Hamburger_Programm_%20Berufsorientierung_und_Berufswegeplanung_2009-09.2.pdf) (21.12.2009)
- Anton, Tanja (2008): Der Praxistag in Schulen mit Bildungsgang Hauptschule. Eine Bereicherung in der schulischen Berufsorientierung. In: Unterricht und Erziehung SchVw HE/RP 12/2008, S. 324f.
- Bbeauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2008): Patenatlas. Berlin [http://www.aktion-zusammen-wachsen.de/data/downloads/webseiten/Patenatlas\\_20.08.pdf](http://www.aktion-zusammen-wachsen.de/data/downloads/webseiten/Patenatlas_20.08.pdf) (08.12.2009)
- Behörde für Schule und Berufsbildung (2009): Hamburger Bildungsoffensive. Rahmenkonzept für die Reform des Übergangssystems Schule – Beruf. Hamburg <http://www.hamburg.de/content-blob/1546270/data/bsb-rahmenkonzept-uebergang-schule-beruf.pdf> (21.12.2009)
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2008): Leitfaden lokales Übergangsmanagement. Von der Problemdiagnose zur praktischen Umsetzung. Gütersloh
- Bertelsmann Stiftung/Bundesarbeitsgemeinschaft SchuleWirtschaft/MTO Psychologische Forschung und Beratung GmbH (Hrsg.) (2009): Leitfaden Berufsorientierung. Praxishandbuch zur qualitätszentrierten Berufs- und Studienorientierung an Schulen. Gütersloh
- Böhnisch, Lothar/Schröder, Wolfgang (2003): Soziale Benachteiligung, Kompetenzentwicklung und Sozialpolitik. In: Durchblick, Zeitschrift für Ausbildung, Weiterbildung und berufliche Integration, Heft 4/2003, S. 33–35
- Brauer-Schröder, Margareta/Butz, Bert/Drescher, Harald/Hübner, Manfred/Lexis, Ulrike (o.J.): Standards für Berufsorientierung. Unverzichtbare Qualitätsmerkmale guter Berufsorientierung nach dem Verständnis des Netzwerkes Berufswahl-SIEGEL. Vorgelegt von der Arbeitsgruppe SIEGEL Standards <http://www.netzwerk-berufswahl-siegel.de/standards.98.html> (15.12.2009)
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2008): Aufstieg durch Bildung. Die Qualifizierungsinitiative für Deutschland. [http://www.bmbf.de/pub/beschluss\\_bildungsgipfel\\_dresden.pdf](http://www.bmbf.de/pub/beschluss_bildungsgipfel_dresden.pdf) (15.12.2009)
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2009): Berufsbildungsbericht 2009. [http://www.bmbf.de/pub/bbb\\_09.pdf](http://www.bmbf.de/pub/bbb_09.pdf) (15.12.2009)
- Butz, Bert (2007): Neue Wege in der Berufsorientierung. Vortrag auf der Transfer-Tagung der Rheinland-Pfälzischen SWA-Projekte BOBB, BORIS-GTSM, Herausforderung Hauptschule I+II, T.A.L.ENT am 04.07.2007 in Speyer [http://www.swa-programm.de/texte\\_Material/swa\\_vortraege/vortrag\\_butz\\_speyer.pdf](http://www.swa-programm.de/texte_Material/swa_vortraege/vortrag_butz_speyer.pdf) (15.12.2009)
- Dankwart, Martina/Gollers, Bianca (2010): SchülerOnline. In: Kuhnke, Ralf/Reißig, Birgit (Hrsg.) (2010): Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung: Schaffung einer Datenbasis zum Übergangsgeschehen. München/Halle: Deutsches Jugendinstitut, Regionales Übergangsmanagement Bd. 1
- Druckrey, Petra (2007): Qualitätsstandards für Verfahren zur Kompetenzfeststellung im Übergang Schule – Beruf. Hrsg. von BIBB und IMBSE. Bonn
- Ebner, Peter H./Fritz, Sabine (2005): Berufswahl: Das will ich. Das kann ich. Das mach ich. Lebensplanung spielerisch ausprobieren. Mülheim a. d. Ruhr
- Erpenbeck, John/Rosenstiel, Lutz von (2003): Handbuch Kompetenzmessung. Erkennen, verstehen und bewerten von Kompetenzen in der betrieblichen, pädagogischen und psychologischen Praxis. Stuttgart
- Fallner, Heinrich/Pohl, Michael (2001): Coaching mit System. Die Kunst nachhaltiger Beratung. Opladen
- Famulla, Gerd. E. (2003): Berufsorientierung als Bildungsaufgabe im Strukturwandel von Ausbildung, Arbeit und Beruf. *Das Programm „Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben“ aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung. Sowi-online Bielefeld.* <http://www.sowi-online.de/reader/berufsorientierung/famulla.htm> (15.12.2009)
- Felger, Susanne/Süss, Ulrike (2010): Berufsintegrationsbericht für Weinheim und die Badische Bergstraße. In: Kuhnke, Ralf/Reißig, Birgit (Hrsg.) (2010): Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung: Schaffung einer Datenbasis zum Übergangsgeschehen. München/Halle: Deutsches Jugendinstitut, Regionales Übergangsmanagement Bd. 1
- Fitzen, Sandra/Klein, Birgit/Paul, Phyllis (2010): Ausbau der „Dortmunder Schulbank“ zu einem Instrument des Übergangsmonitorings. In: Kuhnke, Ralf/Reißig, Birgit (Hrsg.) (2010): Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung: Schaffung einer Datenbasis zum Übergangsgeschehen. München/Halle: Deutsches Jugendinstitut, Regionales Übergangsmanagement Bd. 1

- Gaupp, Nora/Geier, Boris/Mahl, Franciska/Kuhnke, Ralf/Reißig, Birgit (2010a): Die lokalen Schulabsolventen-Längsschnitte des DJI. In: Kuhnke, Ralf/Reißig, Birgit (Hrsg.) (2010): Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung: Schaffung einer Datenbasis zum Übergangsgeschehen. München/Halle: Deutsches Jugendinstitut, Regionales Übergangsmanagement Bd. 1
- Gaupp, Nora/Lex, Tilly/Reißig, Birgit (2010b): Hauptschüler/innen an der Schwelle zur Berufsausbildung: Schulische Situation und schulische Förderung. München/Halle: Deutsches Jugendinstitut, Regionales Übergangsmanagement Bd. 2
- Gemeinnützige Hertie-Stiftung (2007): Starke Schule. Aus der Praxis – Deutschlands beste Schulen, die zur Ausbildungsreife führen. Praxisbeispiele aus dem Hauptschulpreis 2007 (Buch und Film). Frankfurt am Main
- Gildenhaus GmbH (o.J.) Change – Chance durch Veränderung. Veränderungskompetenz als zentrales Element einer zukunftsorientierten Berufsorientierung. Bielefeld [http://www.change-chance.de/uploads/media/Veraenderungskompetenz\\_Berufsorientierung.pdf](http://www.change-chance.de/uploads/media/Veraenderungskompetenz_Berufsorientierung.pdf) (15.12.2009)
- Hendrich, Wolfgang (2005): Erwerbsbiografische Gestaltungskompetenz als Perspektive für Berufspädagogik und Erwachsenenbildung. In: Niemeyer, Beatrix (Hrsg.): Neue Lernkulturen in Europa? Prozesse, Positionen, Perspektiven. Wiesbaden, S. 19–40
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (2007): Qualitätsstandards zur Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen (OloV). Wiesbaden
- Hilke, Reinhard (2007): Wissenschaftliche Ansätze zur Vorhersage von Ausbildungsreife und beruflicher Eignung. In: Spöttl, Georg u. a.: Berufliche Bildung – Innovation – Soziale Integration. 14. Hochschultage Berufliche Bildung 2006. Bielefeld (CD-ROM. Workshop 21, S. 31–47)
- Hofmann-Lun, Irene (Hrsg.) (2007): Arbeiten und Lernen in Schülerfirmen, Jugendhilfebetrieben und Produktionsschulen. München/Halle: Deutsches Jugendinstitut
- Hofmann-Lun, Irene/Geier, Boris (2008): Förderangebote im letzten Pflichtschuljahr und ihr Beitrag zum Gelingen von Übergängen. Eine Untersuchung in Stuttgart und Leipzig. Zusammenfassung. München/Halle: Deutsches Jugendinstitut
- IRIS e.V. (2009): Studie „Professionalisierung des Systems der Berufsorientierung – Konzept für ein System der Berufsorientierung im Freistaat Sachsen C 3“, Dresden 20.8.2009 [http://www.good-practice.de/konzept\\_bo\\_sachsen.pdf](http://www.good-practice.de/konzept_bo_sachsen.pdf) (18.12.2009)
- Jung, Eberhard (Hrsg.) (2008): Zwischen Qualifikationswandel und Marktenge. Konzepte und Strategien einer zeitgemäßen Berufsorientierung. Hohengehren
- Kleve, Heiko/Haye, Britta/Hampe-Grosser, Andreas/Müller, Matthias (2006): Systemisches Case-Management. Falleinschätzung und Hilfeplanung in der Sozialen Arbeit. Heidelberg
- Koch, Barbara/Kortenbusch, Johannes (2009): Berufsberatung der Agentur für Arbeit und Schule. Eine Handreichung für Schulen der Sekundarstufen I und II (Heft 4 der Reihe „Individuell fördern in der Berufs- und Studienorientierung“). Bielefeld [http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Unterricht/Fächer/Berufs\\_Studienorientierung/Handreichung/Heft\\_4.pdf](http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Unterricht/Fächer/Berufs_Studienorientierung/Handreichung/Heft_4.pdf) (17.12.2009)
- Kruse, Roman (2009): Praxislernen innerhalb der Initiative Oberschule. Ein Unterrichtskonzept zur Förderung der Ausbildungsfähigkeit. In: Qualitätsentwicklung von IOS-Schulprojekten. <http://www.mbj.schulministerium.nrw.de/media/bb2.a.5813.de/IOS-Publikation2009online.pdf> (15.12.2009)
- Kuhnke, Ralf/Reißig, Birgit (Hrsg.) (2010): Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung: Schaffung einer Datenbasis zum Übergangsgeschehen. München/Halle: Deutsches Jugendinstitut, Regionales Übergangsmanagement Bd. 1
- Landesregierung Schleswig-Holstein (2009): Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt. Präventive und flankierende arbeitsmarkt- und bildungspolitische Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen im Förderzeitraum 2009 bis 2011. Kiel [http://www.schleswig-holstein.de/Bildung/DE/Schulen/Foerderzentren/Handlungskonzept\\_\\_Schule\\_\\_Arbeitswelt,templateId=raw,property=publicationFile.pdf](http://www.schleswig-holstein.de/Bildung/DE/Schulen/Foerderzentren/Handlungskonzept__Schule__Arbeitswelt,templateId=raw,property=publicationFile.pdf) (17.12.2009)
- Linke, Regina (2010): Die Kölner Schulabsolventenbefragung. In: Kuhnke, Ralf/Reißig, Birgit (Hrsg.) (2010): Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung: Schaffung einer Datenbasis zum Übergangsgeschehen. München/Halle: Deutsches Jugendinstitut, Regionales Übergangsmanagement Bd. 1
- Lippegaus-Grünau, Petra (2009): Kompetenzen erkennen und entwickeln. Sozialpädagogisch orientierte Kompetenzfeststellung im Übergang Schule – Beruf dargestellt am Beispiel einer Diagnose- und Trainingseinheit für benachteiligte Jugendliche. Hannover/Offenbach a.M. (im Erscheinen)
- Mertens, Martin (2000): Kasseler Produktionsschule BuntStift. [http://www.buntstift-kassel.de/pdf/vortrag\\_hochschultage\\_hh.pdf](http://www.buntstift-kassel.de/pdf/vortrag_hochschultage_hh.pdf) (09.03.2008)

- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg (2009): Qualitätsentwicklung von IOS-Schulprojekten. <http://www.mbjs.brandenburg.de/media/bb2.a.5813.de/IOS-Publikation2009online.pdf> (15.12.2009)
- Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland (2006): Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife. Ein Konzept für die Praxis. Nürnberg, Berlin <http://www.pakt-fuer-ausbildung.de> (15.12.2009)
- Niemeyer, Beatrix (Hrsg.) (2005): Neue Lernkulturen in Europa? Prozesse, Positionen, Perspektiven. Wiesbaden
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (2004): Career Guidance and Public Policy: Bridging the Gap. <http://www.oecd.org/dataoecd/33/45/34050171.pdf> (13.01.2010)
- Pätzold, Günter/Wingels, Judith (2006): Kooperation in der Benachteiligtenförderung. Studie zur Umsetzung der BLK-Handlungsempfehlungen „Optimierung der Kooperation zur Förderung der sozialen und beruflichen Integration benachteiligter Jugendlicher“. Hrsg. von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Bonn
- Ramm, Beate (2009): Das Tandem-Prinzip. Mentoring für Kinder und Jugendliche. Hamburg
- Ratschinski, Günter (2001): Ansätze einer theoriegeleiteten Berufsorientierung und Berufsberatung als Beitrag zur Berufsbildung für benachteiligte Jugendliche. In: Enggruber, Ruth (Hrsg.): Berufliche Bildung benachteiligter Jugendlicher. Empirische Einblicke und sozialpädagogische Ausblicke. Münster, S. 165–196
- Ratschinski, Günter (2006): Verdient die Ausbildungsreife ihren Namen? <http://www.ratschinski.de/skripte/reife.pdf> (13.01.2010)
- Ratschinski, Günter (2008): Berufswahlkompetenz. In: Koch, Martin/Straßer, Peter: In der Tat kompetent. Zum Verständnis von Kompetenz und Tätigkeit in der beruflichen Benachteiligtenförderung. Bielefeld, S. 73–91
- Rauner, Felix (2004): Praktisches Wissen und berufliche Handlungskompetenz. Bremen [http://www.itb.uni-bremen.de/fileadmin/Download/publikationen/forschungsberichte/fb\\_14\\_04.pdf](http://www.itb.uni-bremen.de/fileadmin/Download/publikationen/forschungsberichte/fb_14_04.pdf) (20.05.2008)
- Rauner, Felix/Grollmann, Philipp/Martens, Thomas (2007): Messen beruflicher Kompetenz(entwicklung). Bremen [http://www.itb.uni-bremen.de/fileadmin/Download/publikationen/forschungsberichte/fb\\_21\\_07.pdf](http://www.itb.uni-bremen.de/fileadmin/Download/publikationen/forschungsberichte/fb_21_07.pdf) (15.12.2009)
- Rützel, Josef (2006): Grußwort des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Berufliche Bildung e.V. In: Kaune, Peter/Spöttl, Georg: 14. Hochschultage Berufliche Bildung. Berufliche Bildung. Innovation. Soziale Integration. Programm. Bremen
- Schlimbach, Tabea (2009): Unterstützungsangebote im Übergang Schule – Beruf. Die Rolle gemeinnütziger Organisationen. Expertise im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. München/Halle: Deutsches Jugendinstitut
- Schroeder, Joachim/Thielen, Marc (2009): Das Berufsvorbereitungsjahr. Eine Einführung. Stuttgart
- Schröer, Claus/Martinek, Manuela (2006): Praxis und Perspektiven zur Kompetenzentwicklung vor dem Übergang Schule – Berufsbildung. Band IIb der Schriftenreihe zum Programm „Kompetenzen fördern – Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf (BQF-Programm)“. Hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Bonn/Berlin
- Schwammhorn, Christoph (2010): WASKA und WASKO. In: Kuhnke, Ralf/Reißig, Birgit (Hrsg.) (2010): Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung: Schaffung einer Datenbasis zum Übergangsgeschehen. München/Halle: Deutsches Jugendinstitut, Regionales Übergangsmanagement Bd. 1
- SPI Consult GmbH (Hrsg.) (2009): Berliner Programm zur vertieften Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler. Berlin
- Stender, Jörg (2010): Kommunale Berufsbildungsberichte – Das „Duisburger Modell“. In: Kuhnke, Ralf/Reißig, Birgit (Hrsg.) (2010): Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung: Schaffung einer Datenbasis zum Übergangsgeschehen. München/Halle: Deutsches Jugendinstitut, Regionales Übergangsmanagement Bd. 1
- Timmermann, Dieter (2007): Perspektiven der Berufsorientierung – Möglichkeiten und Grenzen des Transfers von Programmresultaten. Vortrag auf der Abschlusstagung des Programms „Schule – Wirtschaft/ Arbeitsleben“ am 06. Juni 2007 in Berlin
- Weyrather, Irmgard (2006): Ausbildungspatenschaften. Ergebnisse eines Forschungsprojekts. Meinerk-Institut. Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle. Paderborn
- Wissenschaftliche Begleitung zum SWA-Programm (2007): Übersicht über Initiativen zur Stärkung von Berufsorientierung in Deutschland. Stand 2. April 2007 – Dokumentation.
- Wust, Christoph/Butz, Bert (o. J.): Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei SIEGEL-Kriterienkatalogen. [http://www.netzwerk-berufswahlsiegel.de/uploads/tx\\_jpdownloadbox/Kriteriensynopse.pdf](http://www.netzwerk-berufswahlsiegel.de/uploads/tx_jpdownloadbox/Kriteriensynopse.pdf) (15.12.2009)

## 6 Anhang

Zu den folgenden Programmen und Projekten wurden vertiefende Informationen erhoben:

### *Programme und Projekte auf Bundesebene:*

#### **Berufseinstiegsbegleitung**

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

#### **Berufsorientierungsprogramm (BOP) in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten**

Bundesministerium für Bildung und Forschung

#### **Girls' Day**

Bundesministerium für Bildung und Forschung; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

#### **Komm, mach MINT - mehr Frauen in MINT-Berufen**

Bundesministerium für Bildung und Forschung

#### **Kompetenzagenturen**

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

#### **Neue Wege für Jungs**

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

#### **Perspektive Berufsabschluss, Förderinitiative 1: „Regionales Übergangsmanagement“**

Bundesministerium für Bildung und Forschung

### *Programme und Projekte auf Landesebene:*

#### *Baden-Württemberg*

#### **Azubi in spe**

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

#### **Girls' Day Akademie**

Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

#### **Girls' Day Akademie**

Initiative der Agentur für Arbeit Heilbronn und des Verbands der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e.V., Südwestmetall, Regionaldirektion Baden-Württemberg in Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

#### **Kompetenzanalyse/Profil AC an allgemeinbildenden Schulen und an beruflichen Schulen**

Kultusministerium in Baden-Württemberg

*Bayern*

**Berufsorientierung in der Haupt-/Mittelschule**

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

**P-Seminar**

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

*Berlin*

**Berliner Programm zur vertieften Berufsorientierung – BVBO**

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung; Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales; Regionaldirektion Berlin Brandenburg

*Brandenburg*

**Berufsorientierung als Chance (BaCh)**

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport; Regionaldirektion Berlin-Brandenburg

**Initiative Oberschule – IOS**

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport; Regionaldirektion Berlin-Brandenburg

**Praxislernen in der Initiative Oberschule**

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport; Regionaldirektion Berlin-Brandenburg

*Bremen*

**Arbeits- und Berufsorientierung für die Zukunft – Lernort Praktikum**

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales des Landes Bremen; Senatorin für Bildung und Wissenschaft des Landes Bremen

**Schülerfirmen in Bremen**

Senatorin für Bildung und Wissenschaft des Landes Bremen

*Hamburg*

**Rahmenkonzept für die Reform des Übergangssystems Schule-Beruf**

Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg

*Hessen*

**Optimierung lokaler Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen (OloV)**

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

**Schule und Betrieb (SchuB)**

Hessisches Kultusministerium

*Mecklenburg-Vorpommern*

**Produktives Lernen im Rahmen der Flexiblen Schulausgangsphase**

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

*Niedersachsen*

**Abschlussquote erhöhen – Berufsfähigkeit steigern (AQB)**

Niedersächsisches Kultusministerium, Regionaldirektion Niedersachsen

## **Neustädter Modell**

Niedersächsisches Kultusministerium

### *Nordrhein-Westfalen*

#### **Betrieb und Schule (BuS)**

Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW;  
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW

#### **Startklar!**

Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW; Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW; Bundesministerium für Bildung und Forschung; Regionaldirektion NRW

#### **Zukunft fördern**

Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW; Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW; Regionaldirektion NRW

### *Rheinland-Pfalz*

#### **Global Enterprise Challenge**

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

#### **Praxistag**

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur; Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland

#### **Realschule plus**

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur

### *Saarland*

#### **Initiative Du schaffst das – Werkstatt-Schule**

Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur des Saarlandes; Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland

#### **Initiative Du schaffst das – Reformklassen**

Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur des Saarlandes; Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland

#### **Zukunft konkret**

Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur des Saarlandes; Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland

### *Sachsen*

#### **Landesservicestelle Schule – Wirtschaft**

Sächsisches Staatsministerium für Kultus und Sport

#### **Sächsische Strategie zur Berufs- und Studienorientierung**

Sächsisches Ministerium für Kultus, Sächsisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Sächsisches Ministerium für Soziales, Sächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Sächsisches Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft, Regionaldirektion Sachsen

*Sachsen-Anhalt*

**Berufsauswahl Richtig Angehen Frühzeitig Orientieren (BRAFO)**

Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt; Regionaldirektion Sachsen-Anhalt Thüringen

*Schleswig-Holstein*

**Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt**

Ministerium für Bildung und Kultur; Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit

*Thüringen*

**Berufspraxis erleben**

Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur; Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit

**Berufsstart Plus**

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie; Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen

*Programme und Projekte auf kommunaler Ebene:*

**Ausbildungspaten für Mülheim an der Ruhr**

Centrum für bürgerschaftliches Engagement e.V.

**Bildungs-Forum-Hohenlohekreis (BFH)**

Landratsamt Hohenlohekreis

**Der Pate**

Ceno & Die Paten e.V.

**Erfolgreich in Ausbildung**

Netzwerk Lippe gGmbH

**Etablierung eines systematischen Übergangsmagements im Bereich der Berufskollegs durch modellbildende Schaffung eines regionalen Netzwerks im Kreis Herford**

Kreis Herford, Bildungsbüro

**„Fit fürs Leben“ – Paten-für-Schüler-Projekt**

Stadt Jülich; Amt für Kinder, Jugend und Sozialplanung

**Freunde schaffen Erfolg - Peer Mentoring im Übergang Hauptschule-Beruf**

Caritasverband für Stuttgart e.V., Jugend- und Familienhilfe

**Jobpatenprojekt**

Agentur :ehrensache der Stadt Oldenburg

**Kooperatives Übergangsmangement Schule-Beruf (KÜM)**

Metropolregion Rhein-Neckar GmbH

**Koordinierungsbüro Saarbrücken (KoSa)**

Regionalverband Saarbrücken; Fachbereich Schulen und Bildung; Fachdienst Gebäude- und Betriebsmanagement Schulen (GBS)

**Koordinierungsstelle Frankfurter Hauptschulprojekt**

gjb - Gesellschaft für Jugendbeschäftigung e.V.

**Koordinierungsstelle Regionales Übergangsmanagement Leipzig**

Stadt Leipzig, Jugendamt

**Koordinierungsstelle Regionales Übergangsmanagement Salzlandkreis**

Salzlandkreis; Dez. IV Beschäftigung, Bildung, Kultur und Soziales

**Koordinierungsstelle Übergangsmanagement Schule-Beruf der Stadt Weinheim**

Stadt Weinheim

**Parchimer Übergangsmanagement Schule – Beruf**

Landkreis Parchim, Koordinierungsstelle „ParMa“

**Patenaktionen im Übergang Schule - Beruf im Landkreis Böblingen**

Landratsamt Böblingen, Koordinationsstelle für Patenaktionen

**Patenschaftsmodell Ausbildung Offenbach (PMO)**

Jugendamt Offenbach

**Regionales Koordinationssystem U 25 im Kreis Gütersloh**

Kreis Gütersloh, Bildungsbüro

**Regionales Übergangsmanagement**

Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Landratsamt Referat Wirtschaftsförderung

**Regionales Übergangsmanagement**

Stadt Fürstenwalde, Büro für Wirtschaft und Gewerbe

**Regionales Übergangsmanagement Berlin**

SPI Consult GmbH, Ausbildungsservice/Networking

**Regionales Übergangsmanagement – KorA**

Hansestadt Hamburg, Behörde für Bildung und Sport

**Regionales Übergangsmanagement des Rheingau-Taunus-Kreises**

Kreisausschuss des Rheingau-Taunus-Kreises

**Regionales Übergangsmanagement für die Stadt Mainz, ÜSB Übergang Schule – Beruf**

Landeshauptstadt Mainz, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktförderung im Büro Oberbürgermeister

**Regionales Übergangsmanagement für die Stadt Offenbach**

Stadt Offenbach; Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration

**Regionales Übergangsmanagement Göttingen**

Beschäftigungsförderung Göttingen

**Regionales Übergangsmanagement im Landkreis Marburg – Biedenkopf**

Landkreis Marburg-Biedenkopf; Fachbereich Familie, Jugend und Soziales; Fachdienst Jugendförderung

**Regionales Übergangsmanagement im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt**  
Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, Bildungszentrum Saalfeld GmbH

**Regionales Übergangsmanagement im Landkreis Soltau-Fallingb.ostel**  
Landkreis Soltau-Fallingb.ostel, Bildungsbüro Heidekreis

**Regionales Übergangsmanagement in der Stadt Oberhausen**  
Stadt Oberhausen; Fachbereich 3-2-30 Kinder, Jugendliche und Familie

**Regionales Übergangsmanagement in Dortmund, Zeitgewinn-Agentur**  
Stadt Dortmund; Dezernat für Schule, Jugend und Familie

**Regionales Übergangsmanagement in Hoyerswerda**  
Stadt Hoyerswerda, Oberbürgermeister

**Regionales Übergangsmanagement in Kiel**  
Landeshauptstadt Kiel; Amt für Schule, Kinder- und Jugendeinrichtungen

**Regionales Übergangsmanagement Nürnberg**  
Stadt Nürnberg, Bildungsbüro

**Regionales Übergangsmanagement Schule-Beruf der Landeshauptstadt Stuttgart**  
Landeshauptstadt Stuttgart, Jugendamt

**Regionales Übergangsmanagement Wilhelmshaven-Friesland**  
Volkshochschule der Stadt Wilhelmshaven (im Auftrag der Stadt Wilhelmshaven und des Landkreises Friesland)

**SCHLAU (Schule – Lernerfolg – Ausbildung) - Übergangsmanagement Hauptschule Ausbildung**  
Koordinierungsstelle SCHLAU

**U 25 - Regionales Übergangsmanagement in Mülheim an der Ruhr**  
Stadt Mülheim an der Ruhr, Sozialagentur

**Weinheimer Unterstützerkreis Berufsstart (WUB)**  
Jugendagentur Job Central

### *Programme und Projekte von Stiftungen:*

**Netzwerk „Berufswahl-SIEGEL“**  
Bertelsmann Stiftung

**SENTA! Schule, Entwicklung, Arbeit**  
Robert Bosch Stiftung

**Wettbewerb „Starke Schule. Deutschlands beste Schulen, die zur Ausbildungsreife führen“**  
Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Bundesagentur für Arbeit, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutsche Bank Stiftung

## Reihe „Übergänge in Arbeit“ im DJI Verlag Deutsches Jugendinstitut

Bezug über den Buchhandel, es gelten die Bezugsbedingungen von VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden (vormals Leske + Budrich, Opladen)



Thomas Gericke, Tilly Lex,  
Günther Schaub,  
Maria Schreiber-Kittl,  
Haike Schröpfer (Hrsg.)

### **Jugendliche fördern und fordern**

Strategien und Methoden einer  
aktivierenden Jugendsozialarbeit

Übergänge in Arbeit, Band 1  
Verlag Deutsches Jugendinstitut 2006  
ISBN 3-87966-404-8  
EUR 14,50



Maria Schreiber-Kittl,  
Haike Schröpfer

### **Abgeschrieben?**

Ergebnisse einer empirischen Unter-  
suchung über Schulverweigerer

Übergänge in Arbeit, Band 2  
Verlag Deutsches Jugendinstitut 2006

ISBN 3-87966-405-6  
EUR 9,80



Thomas Gericke

### **Duale Ausbildung für Benachteiligte**

Eine Untersuchung zur Kooperation von  
Jugendsozialarbeit und Betrieben

Übergänge in Arbeit, Band 3  
Verlag Deutsches Jugendinstitut 2006  
ISBN 3-87966-407-2  
EUR 8,90



Ulrike Richter (Hrsg.)

### **Jugendsozialarbeit im Gender Mainstream**

Gute Beispiele aus der Praxis

Übergänge in Arbeit, Band 4  
Verlag Deutsches Jugendinstitut 2007  
ISBN 3-87966-408-0  
EUR 9,90



Tilly Lex, Günther Schaub

### **Arbeiten und Lernen im Jugendhilfebetrieb**

Zwischen Arbeitsförderung  
und Marktorientierung

Übergänge in Arbeit, Band 5  
Verlag Deutsches Jugendinstitut  
2006  
ISBN 3-87966-409-9  
EUR 9,90



Heike Förster, Ralf Kuhnke,  
Jan Skrobanek

### **Am Individuum ansetzen**

Strategien und Effekte der  
beruflichen Förderung von  
benachteiligten Jugendlichen

Übergänge in Arbeit, Band 6  
Verlag Deutsches Jugendinstitut 2006  
ISBN 978-3-87966-412-2  
EUR 13,80

## Reihe „Übergänge in Arbeit“ im DJI Verlag Deutsches Jugendinstitut

Bezug über den Buchhandel, es gelten die Bezugsbedingungen von VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden (vormals Leske + Budrich, Opladen)



Tilly Lex, Nora Gaupp,  
Birgit Reißig, Hardy Adamczyk

### **Übergangsmanagement: Jugendliche von der Schule ins Arbeitsleben lotsen**

Ein Handbuch aus dem Modell-  
programm »Kompetenzagenturen«

Übergänge in Arbeit, Band 7  
Verlag Deutsches Jugendinstitut 2006  
ISBN 978-3-87966-413-9  
EUR 9,80



Irene Hofmann-Lun,  
Andrea Michel, Ulrike Richter,  
Elke Schreiber

### **Schulabbrüche und Ausbildungslosigkeit**

Strategien und Methoden  
zur Prävention

Übergänge in Arbeit, Band 8  
Verlag Deutsches Jugendinstitut 2007  
ISBN 978-3-8966-414-6  
EUR 13,80



Birgit Reißig, Nora Gaupp,  
Tilly Lex

### **Hauptschüler auf dem Weg von der Schule in die Arbeitswelt.**

Übergänge in Arbeit, Band 9  
Verlag Deutsches Jugendinstitut 2008

ISBN 978-3-87966-415-3  
EUR 13,80